



universität
wien

DIPLOMARBEIT

„Ethnizität und Minderheitendiskurs am Beispiel der
österreichischen Solidaritätsbewegung mit den Kärntner
Slowenen in den 1970er Jahren“

Verfasser

Milan Obid

angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien, 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 307

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Diplomstudium Kultur- und Sozialanthropologie

Betreuerin

V.-Prof. Doz. Dr. Marie-France Chevron

Ich danke meiner Mutter Vida Obid für ihre Unterstützung während meines gesamten Studiums, die Hilfe bei der Revision der Arbeit sowie für etliche inhaltliche Vorschläge. Besonderer Dank gilt auch meiner Freundin Julija Schellander, die mich bei allem tatkräftig unterstützte und meinem Vater Werner Pirker, der mir in zahlreichen Gesprächen wertvolle Impulse lieferte. Ein herzliches Dankeschön auch an Prof. Marie-France Chevron für die kompetente und geduldige Betreuung.

1. Einleitung	4
2. Methode und Theoriebildung	6
2.1. Dokumentenanalyse	9
2.2. Interviewführung	10
2.3. Quellenkritik	11
2.4. Begriffsbestimmungen	12
2.4.1. Ethnizität	12
2.4.2. Nation	19
2.4.2.1. Der emanzipatorische Nationalismus	19
2.4.2.2. „Westlicher“ und „östlicher“ Nationalismus	20
2.4.2.3. Nationalbewegungen bei den „kleinen Völkern Europas“	22
2.4.2.4. Historisch-materialistische Beurteilung des Nationalismus	23
2.4.2.5. Die Nationalbewegung der Kärntner Slowenen	24
2.4.2.6. Zusammenfassung	29
2.4.3. Minderheit	30
2.4.3.1. Nationale (Grenz)Minderheit	31
2.4.3.2. Der Minderheitendiskurs – zwischen Universalismus und Differenz	33
3. Historische Momente	34
3.1. Die Jubiläumsfeierlichkeiten zum 10. Oktober 1970	34
3.2. Die Aufschriftenaktionen 1970	36
3.3. Der Prozess gegen Marjan Sturm	37
3.4. Das Ortstafelgesetz 1972	38
3.5. Der „Ortstafelsturm“ 1972	39
3.6. Die Demonstration des Solidaritätskomitees in Klagenfurt am 25. 10. 1973 – der „Gründungsakt“ der Solidaritätsbewegung	42
3.7. Die Volkszählung besonderer Art 1976	45
3.8. „Der Fall Warasch“	47
3.9. Das Abebben der Solidaritätsbewegung	48
4. Strukturen und Akteure der Solidaritätsbewegung	51
4.1. Die Zeitschrift Kladio	51

4.1.1.	Von den Aufschriftenaktionen bis zur Gründung des ersten Solidaritätskomitees für die Rechte der Kärntner Slowenen	52
4.1.2.	Der Wirkungsgrad des Kladivo	54
4.2.	Der Klub slowenischer Studenten in Wien (Klub slovenskih študentov na Dunaju – KSŠD).....	54
4.2.1.	Politische Bildung, Aktivismus und Mitsprache	55
4.2.2.	KSŠD regt die Gründung eines Solidaritätskomitees an.....	56
4.2.3.	Radikal, pluralistisch oder „sektiererisch“?	58
4.3.	Der Klub mladje	59
4.4.	Der Zentralverband slowenischer Organisationen (Zveza slovenskih organizacij – ZSO)	60
4.4.1.	Der ZSO und sein Verhältnis zur SPÖ	60
4.4.2.	Das Verhältnis des ZSO zur aufkommenden Jugendbewegung	61
4.4.3.	Die Radikalisierung eigener Forderungen.....	63
4.4.4.	Der ZSO und Jugoslawien.....	65
4.5.	Der Rat der Kärntner Slowenen (Narodni svet koroških Slovencev – NSKS)	66
4.5.1.	Das Verhältnis des NSKS zur ÖVP und erste Protestäußerungen auf juristischem Weg	66
4.5.2.	Das Verhältnis des NSKS zur aufkommenden Jugendbewegung.....	67
4.5.3.	Die Bildung slowenischer Wahllisten und der Verlust des Vertrauens in die österreichische Politik	68
4.5.4.	Auf der Suche nach Verbündeten in der Zivilgesellschaft.....	69
4.6.	Kirche und kirchennahe Organisationen	71
4.6.1.	Minderheitenpolitische Aktivitäten der Kirche in den 1970er Jahren	72
4.6.2.	Die Minderheitenfrage als Konfliktherd innerhalb der Kirche	75
4.7.	Die Solidaritätskomitees	76
4.7.1.	Das Solidaritätskomitee in Klagenfurt	77
4.7.2.	Das Solidaritätskomitee in Wien.....	79
4.7.3.	Solidaritätskomitees in anderen Universitätsstädten.....	82
4.8.	Die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ).....	83
5.	Versuch einer Analyse des Zusammenhangs zwischen Ethnizität, Identität und Geschichtsinterpretation als Beitrag zum Verständnis der Solidaritätsbewegung mit den Kärntner Slowenen	85

5.1.	Historische Abgrenzungsmechanismen: Nazistische Kontinuitäten und historischer Antagonismus.....	86
5.2.	Historisierung I. - Vom „Abwehrkampf“ zum Kampf gegen den „Sprachenzwang“ und das „slowenische Territorium“	90
5.3.	Historisierung II. - Vom „physischen“ zum „statistischen Genozid“	92
5.4.	Ausgewählte Aspekte der Ethnizität bei den Kärntner Slowenen.....	94
5.5.	Die Minderheitenfrage als Klassenfrage	98
5.6.	Die Ethnisierung des politischen Antagonismus.....	100
5.7.	Ethnizität und die Problematik nationaler und ethnischer Identifikation.....	102
5.8.	Ethnische/Nationale Differenzierung oder mehrsprachige Gesellschaft?.....	104
6.	Schlussbetrachtung und Ausblick	106
7.	Quellen	113
8.	Anhang	122

1. Einleitung

Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit ist die österreichweite Solidaritätsbewegung mit den Kärntner Slowenen, die sich nach dem so genannten Ortstafelsturm¹ in Kärnten² 1972 zu bilden begann. Durch die Geschehnisse beim „Ortstafelsturm“ wurde die Problematik der nationalen Frage in Kärnten zum Gegenstand der öffentlichen Debatte und des politischen Diskurses in ganz Österreich sowie in Jugoslawien. In Österreich entwickelte sich vor allem im studentischen Milieu Verständnis für die Anliegen der Kärntner Slowenen. Die slowenenfeindlichen Aktivitäten, welche sich beim „Ortstafelsturm“ äußerten, stießen bei Teilen der österreichischen Bevölkerung auf Ablehnung. Deshalb entstanden in mehreren österreichischen Universitätsstädten Solidaritätskomitees für die Rechte der Kärntner Slowenen, welche in der vorliegenden Arbeit unter dem Begriff „Solidaritätsbewegung“ zusammengefasst werden. Anhand ihrer Analyse und Beschreibung sollen vor allem die für das Fach der Kultur- und Sozialanthropologie relevanten Begriffe Ethnizität, Minderheit und Nation(alität) besprochen und erörtert werden. Die Arbeit besteht im Wesentlichen aus drei Abschnitten. Im ersten Teil werden die genannten Schlüsselbegriffe theoretisch und historisch aufgearbeitet, um im weiteren Verlauf auf die daraus gewonnenen Erkenntnisse zurückgreifen zu können, und so dem hier untersuchten Gegenstand eine theoretische und historische Tiefe zu verleihen. Im Zuge der Begriffsbestimmungen wird häufig der Bezug zur Südkärntner Situation sowie zu anderen historischen Kontexten hergestellt, wodurch die abstrakten Begriffe mit einer konkreten sozialen Realität konfrontiert werden. Damit soll einer „historisch-materialistischen Ideologietheorie“ gegenüber einer rein geistesgeschichtlich verhafteten Ideologiekritik der Vorzug gegeben werden (Rehmann 2009: 15). U. a. wird anhand dieser Vorgehensweise dem Nationalismus ein ambivalenter Charakter zugeschrieben, welcher sowohl als Vehikel für soziale Emanzipation als auch zur Unterdrückung derselben dienen kann.

Im zweiten Abschnitt wird das historische Phänomen der Solidaritätsbewegung im Stil einer

¹Als am 20. September 1972 damit begonnen wurde, zweisprachige Ortstafeln in Südkärntner Ortschaften aufzustellen, kam es sofort zu mehreren Unmutsbekundungen gegen diese. Bei mehreren kleinen Protestaktionen wurden zweisprachige Ortstafeln beschädigt und entfernt, bis schließlich Aktivisten am 9. Oktober 1972 in Fahrzeugkolonnen alle noch stehenden zweisprachigen Ortsschilder ausrissen und vor der Kärntner Landesregierung in Klagenfurt deponierten. Diese Geschehnisse sind in Kärnten allgemein unter dem Begriff „Ortstafelsturm“ bekannt (siehe Kap. 3.5.).

²Für die slowenischen Ortsbezeichnungen siehe Zdovc 1993.

Monographie beschrieben. Zu diesem Zweck werden die historischen Schlüsselmomente dargestellt, welche zur Entstehung der slowenischen Protest- und der österreichweiten Solidaritätsbewegung beigetragen haben. Als Zeitrahmen für die monographische Untersuchung der Bewegung wurden im Wesentlichen die Jahre 1970 bis 1976 gewählt. Zwar gab es nach der Volkszählung besonderer Art 1976³ noch etliche Veranstaltungen und Aktionen, die dem Kontext der Solidaritätsbewegung zuzuordnen sind, die historisch wichtigen Momente ereigneten sich jedoch im von mir gewählten Zeitrahmen. Die Aktivitäten bezüglich des zweisprachigen Schulwesens in Kärnten in den 1980er Jahren sind nicht Gegenstand der Untersuchung, da dies den Rahmen gesprengt hätte. Des Weiteren sollen die verschiedenen Akteure der Bewegung beschrieben werden. Die Darstellung wurde anhand einer umfangreichen Durchsicht historischer Dokumente, vor allem der Kärntner slowenischen Wochenzeitungen und der Studentenzeitschrift Kladivo, vorgenommen. Zusätzlich wurden zum Zweck eines umfangreichen Verständnisses Interviews mit ehemaligen Aktivisten geführt.

Im dritten Abschnitt der Arbeit werden die anthropologischen Schlüsselkonzepte Ethnizität und Identität direkt mit der Solidaritäts- und Protestbewegung konfrontiert. Es werden die gesellschaftlichen Verhältnisse in Kärnten charakterisiert, die dafür sorgten, dass viele Kärntner Slowenen zu dem Schluss kamen, sie seien eine benachteiligte Minderheit. Eine der aus dem Datenmaterial entwickelten Thesen ist, dass die Problematik von den Protagonisten der Protestbewegung nicht in erster Linie in der mangelnden Toleranz der Mehrheitsbevölkerung, sondern in der sozialen Benachteiligung gesehen wurde. Der Deutschnationalismus, den man als stärksten Gegner slowenischer Anliegen identifizierte, war aus dieser Perspektive betrachtet keine Nationalbewegung, sondern ein auf den Erhalt gesellschaftlicher Privilegien orientiertes „reaktionäres“ Segment des Bürgertums, während die Slowenen im Großen und Ganzen als Unterschichtenverband betrachtet wurden. Ausgehend von der These, dass der ausgeprägte Geschichtsdiskurs in Kärnten den stärksten Grenzmarker der Ethnizität darstellt, wird veranschaulicht, wie alle maßgeblichen Akteure die Geschichte zur Rechtfertigung oder Anprangerung gesellschaftlicher Verhältnisse eingesetzt

³1976 wurde eine „Volkszählung besonderer Art“, oft auch als „Minderheitenfeststellung“ bezeichnet, in ganz Österreich durchgeführt, um die Anzahl der Minderheitenangehörigen festzustellen. Die slowenischen Organisationen riefen zum Boykott dieser Zählung auf. Die Gegner slowenischer Anliegen forderten nämlich, dass man erst feststellen müsse, wo wie viele Slowenen leben, um ihnen dann, je nach prozentueller Stärke, bestimmte Rechte zusprechen zu können. Diese Forderung wurde von ihnen „Minderheitenfeststellung“ genannt. Die slowenischen Organisationen führten indes an, dass laut Artikel 7 des österr. Staatsvertrages keinerlei auf prozentmäßiger Stärke der Minderheit basierende Lösung vorgesehen sei. Das „gemischtsprachige“ Gebiet sei im Wesentlichen durch den Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens festgelegt (siehe Kap. 3.7.).

haben. Dabei wird anhand des Rückgriffs auf sozialwissenschaftliche Theorien eine Interpretationsweise angewandt, welche historisches Bewusstsein und die Einordnung des Selbst in eine historisch-kulturelle Kontinuität als eines der menschlichen Grundbedürfnisse begreift. Diesen Zugang anwendend, wird Kritik an akademischen und politischen Strömungen formuliert, die jeglichen positiven Bezug auf Nationalität, Tradition und Herkunft als rechtes oder gar rassistisches Gedankengut ablehnen. Zu diesem Zweck werden auch Dokumente der slowenischen Protestbewegung mit stark nationaler Argumentationsweise herangezogen, um sie mit gegenwärtigen Konzepten der ehemaligen Protagonisten des Protestes zu kontrastieren, welche auf nationale Bezüge weitgehend verzichten und als Gegenkonzept eine mehrsprachige Gesellschaft anstreben. Der These folgend, dass identitäre Bezüge auf Nationalität und Herkunft nicht a priori negativ zu bewerten sind, wird ein Ansatz kritisiert, welcher die gesamte Problematik auf den Aspekt der Sprache reduzieren und das Beherrschen der Sprache von jeglicher ethnisch-nationaler Identifikation trennen möchte. Es ist u. a. ein Anliegen der vorliegenden Arbeit, das durch mediale Verkürzungen entstandene Bild von der „ewiggestrigen“ Kärntner Bevölkerung zu relativieren. „Ewiggestrig“ ist die Kärntner Bevölkerung in dem Sinn, dass sie mehr als anderswo in Österreich der Geschichte verhaftet ist. Doch auch dies sollte mit Ambivalenz betrachtet werden: immerhin wird in Kärnten aufgrund des Nationalitätenkonfliktes der in letzter Zeit so oft eingeforderte Vergangenheitsdiskurs („Vergangenheitsbewältigung“) schon lange intensiv geführt.

2. Methode und Theoriebildung

Die der vorliegenden Arbeit zugrundeliegende Forschung stützt sich auf die ethnohistorische Herangehensweise, deren besonderes Anliegen es ist, den historischen Kontext gesellschaftlicher Verhältnisse zu beleuchten, um damit Machtbeziehungen offenzulegen (vgl. Wernhart / Zips 1998: 13-40). Die Ausführungen und Ergebnisse gründen vorwiegend auf der Anwendung folgender Methoden: Literaturstudium, Dokumentenanalyse sowie Interviewführung und -analyse. Der Arbeit ging ein Studium der sehr umfangreichen Literatur zum Themenbereich Kärntner Slowenen voraus, die mir für meine Problemstellung besonders relevant erschien. Ich richtete meine Aufmerksamkeit auf Publikationen, die entweder die historischen Momente, welche für die Bildung der Solidaritätsbewegung von entscheidender

Bedeutung waren (Aufschriftenaktionen 1970⁴, Ortstafelsturm 1972, Volkszählung besonderer Art 1976), direkt behandelten oder von Autoren publiziert wurden, die an der Solidaritätsbewegung beteiligt waren und die Problematik der Kärntner Slowenen im weiteren Sinn behandelten. Zweites erscheint mir wichtig, da man daraus schlussfolgern kann, welche Einstellungen, Sichtweisen und Interessen bei den Beteiligten und Aktivisten vorherrschend waren bzw. heute noch sind. Parallel studierte ich theoriegeleitete Literatur über Nationalität/Nationalismus, Ethnizität und Minderheiten. Ein möglichst umfassendes Verständnis dieser Begriffe erwies sich als Voraussetzung, um über eine rein deskriptive Darstellungsweise hinaus zu gelangen. In Zusammenhang mit der teilweise undifferenziert ablehnenden Haltung gegenüber nationaler Identifikation⁵ im gegenwärtigen akademischen und politischen Diskurs sei vorausgeschickt, dass heute von ehemaligen Aktivisten der Solidaritätsbewegung die Anliegen derselben teilweise umgedeutet werden. Z. B. wird die Meinung vertreten, Teile der Solidaritätsbewegung hätten ein Ende des nationalen Charakters des Konfliktes und dessen Aufgehen in einer zwei- oder mehrsprachigen Gesellschaft angestrebt. Dies verfehlt jedoch den Kern der damaligen Auseinandersetzung, die starke identitäre Bezüge zu Tradition und Herkunft aufwies. Diese „antinationale“ Interpretationsweise gilt vor allem für den politisch linken Flügel, der in heutiger Nachbetrachtung meint, mit dem nationalen Konzept schon damals gebrochen zu haben. M. E. stellten sich derartige Fragen aber damals gar nicht in dieser Form, da dem Nationalbewusstsein nichts Negatives anhaftete. Es wurde das Konzept der nationalen Selbstbestimmung, nicht das einer mehrsprachigen Gesellschaft, propagiert. Dieser grundsätzlich positive Bezug auf nationale Identifikation kommt u. a. in der von Kärntner Slowenen oft vorgenommenen Differenzierung in „zavedne“ (bewusste) und „nezavedne“ (nicht bewusste) Slowenen zum Ausdruck, wobei Ersteres mit „richtig“ und Letzteres mit „falsch“ gleichbedeutend ist. Umgekehrt differenzierten und differenzieren Akteure, deren Anliegen scheinbar eine Assimilation der Kärntner Slowenen war und ist, in ganz ähnlicher Weise zwischen „Windischen“ und „Nationalslowenen“. Mit „Nationalslowenen“ sind eben jene „bewussten“ Slowenen gemeint, während der Begriff „Windische“ Slowenen ohne slowenisches Nationalbewusstsein bezeichnet. Die Beurteilung von „richtig“ und „falsch“ wird einfach nur umgekehrt. Die neuerdings propagierte Lösung, den nationalen Konflikt in

⁴In nächtlichen Aktionen „vervollständigten“ slowenische Studenten die Ortstafeln in Südkärntner Orten mit den entsprechenden slowenischen Bezeichnungen (siehe Kap. 3.2.).

⁵Die undifferenziert ablehnende Haltung gegenüber nationaler Identifikation wird im Folgenden als „antinationale“ bezeichnet.

einer mehrsprachigen Gesellschaft aufgehen zu lassen, und damit den „richtig“ und „falsch“ Optionen beider Seiten eine Absage zu erteilen, kann aber m. E. auch keine befriedigende Antwort sein, obwohl sie scheinbar logisch auf die Absage an beide Seiten folgt. Sie möchte in funktionalistischer Weise nur den Aspekt der Sprachbeherrschung erhalten, während nationale Identifikation abgelegt werden sollte. Was auf den ersten Blick vernünftig klingen mag, erweist sich bei näherem Hinsehen jedoch als dogmatisch, da jede Weigerung auf nationales Bewusstsein zu verzichten, als nationalistisch und somit als chauvinistisch und reaktionär bewertet wird. Von der jeweiligen sozialen Situation wird abstrahiert. Dass es, der Methode historisch-materialistischer Ideologietheorie folgend, kaum Anlass gibt, Nationalbewusstsein a priori negativ zu bewerten, wird weiter unten empirisch begründet (siehe Kap. 2.4.2.). Dass ein reines Symbol wie Ortstafeln über Jahrzehnte hinweg im Zentrum der Debatte in Kärnten steht, zeigt indes, wie grundlegend Fragen der Identität nach wie vor sind. In der Solidaritätsbewegung aktive Slowenen und Deutschsprachige bezogen sich grundsätzlich positiv auf Begriffe wie Nation, Tradition, Herkunft, Nationalbewusstsein etc., jedoch immer unter Berücksichtigung des konkreten Inhalts derselben, und leiteten davon ausgehend Erklärungen sozialer Phänomene und gesellschaftlicher Zustände ab. In neueren Publikationen zum Thema werden derartige identitäre Bezüge oft einseitig der deutschnationalen Seite zugeschrieben, verurteilt, und ohne genauere Untersuchung in ein politisch rechtes bis rechtsextremes Eck gerückt. Wird beispielsweise ein positiver Bezug zu Heimat hergestellt, verbindet man dies oft reflexhaft mit einer xenophoben Haltung. In unterschiedlicher Ausprägung wird dem Rekurren auf nationale Identität tendenziell reaktionäres Gedankengut zugeschrieben. Dabei wird ausgeblendet, dass auch die slowenische Seite über das gesamte 20. Jahrhundert hinweg einen stark ausgeprägten nationalen Heimatdiskurs führte. Durch die beschriebenen Operationen entsteht vielfach ein Bild der kosmopolitischen Slowenen einerseits und der engstirnigen Kärntner Mehrheitsbevölkerung andererseits. Würde diese Sichtweise der Realität entsprechen, wäre das m. E. ein Hinweis darauf, dass die Kärntner Slowenen keine unterprivilegierte Minderheit mehr sind, sondern sich dem Zeitgeist besser anzupassen wussten als die „engstirnige“ Mehrheit der Kärntner Bevölkerung. Mehr als den tatsächlich in der Bevölkerung vorherrschenden Tendenzen scheint dieses Bild aber ohnehin eher den in der Öffentlichkeit vertretenen Repräsentanten beider Seiten zu entsprechen, die jedoch den öffentlichen Diskurs prägen. Diese Vorwegnahmen schienen mir notwendig zu sein, da in der vereinfachten Darstellungsweise der Problematik in etlichen Publikationen der letzten Jahre eines der Motive für die Wahl meines Diplomarbeitsthemas lag. Im Folgenden werde ich mich an

gegebener Stelle auch mit Einstellungen auseinandersetzen, die den eben problematisierten Ansätzen entsprechen.

2.1. Dokumentenanalyse

Die Dokumentenanalyse hat den Vorteil, dass

„die Daten bereits fertig sind, nicht eigens hervorgebracht, erfragt, erestet werden müssen. Die Daten erliegen damit weniger den Fehlerquellen der Datenerhebung; nur bei der Auswahl der Dokumente, nicht aber bei der Erhebung spielt die Subjektivität des Forschers herein“ (Mayring 2002: 47).

Die Dokumentenanalyse ergab sich vor allem aus der Durchsicht und Analyse von Zeitungen und Zeitschriften, Flugblättern, Karikaturen sowie Sitzungsprotokollen. Da es sich beim untersuchten Gegenstand um historische Ereignisse handelt, konnten mittels der Durchsicht und Analyse von Dokumenten die meisten qualitativ interpretierbaren Erkenntnisse gewonnen werden. Als unverzichtbar für eine solide Interpretierbarkeit der Bewegung erwies sich vor allem eine genaue Lektüre und Analyse der von Kärntner slowenischen Studenten herausgegebenen Zeitschrift „Kladivo“ (Der Hammer) sowie der Wochenzeitungen der beiden slowenischen Zentralverbände „Slovenski vestnik“ (Slowenischer Bote, Zeitschrift des Zentralverbandes slowenischer Organisationen – ZSO) und „Naš tednik“ (Unser Wochenblatt, Zeitschrift des Rates der Kärntner Slowenen – NSKS) sowie von Broschüren, Resolutionen, Stellungnahmen und Demonstrationsaufrufen von Organisationen in ganz Österreich, die Solidarität mit den Kärntner Slowenen bekundeten. Ebenso wählte ich gezielt Ausgaben von österreichischen (vor allem Kärntner) Tageszeitungen aus. Eine umfassendere Analyse würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, die gewählten Dokumente spiegeln aber adäquat die Grundhaltungen wider und lassen Schlussfolgerungen zu. Die wichtigsten Akteure der Solidaritätsbewegung werden in selbstständigen Kapiteln kurz charakterisiert, im Verlauf der Arbeit wird auf deren Beiträge bei Bedarf immer wieder eingegangen. Die „Gegenspieler“, also den Kärntner Slowenen distanziert bis feindselig gegenüberstehende Akteure, und die gegenseitigen Polemiken mit den slowenischen Aktivisten und den Solidaritätskomitees waren für mich ebenfalls wichtige Erkenntnisquellen und vor allem im Bezug auf Fragen der Ethnizität aufschlussreich.

2.2. Interviewführung

Im Zuge der Forschung wurden fünf ein- bis zweistündige semi-strukturierte problemzentrierte Interviews (vgl. Mayring 2002: 67 ff.) mit ehemaligen Aktivisten der Solidaritätsbewegung geführt. Es sei angemerkt, dass die relativ geringe Anzahl der Interviews es nicht zulässt, auf einen repräsentativen Charakter dieser zu schließen. Nichtsdestotrotz kann in Kombination mit der Dokumentenanalyse vom exemplarischen Charakter etlicher Aussagen und Einstellungen der Interviewten ausgegangen werden. Die Interviewpartner wurden zudem nicht willkürlich ausgewählt, sondern unter Berücksichtigung der Zusammensetzung der Solidaritätsbewegung. Die Auswahl der Interviewpartner folgte folgenden Kriterien: 1. Sie sollten innerhalb der Solidaritätsbewegung eine wichtige Rolle eingenommen haben. 2. Sie sollten das ideologische Spektrum (Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale, Kirche) der Bewegung repräsentieren. 3. Sie sollten der sozialen Zusammensetzung der Bewegung entsprechen.

Es wurden drei Kärntner Slowenen interviewt: Mirko Messner, Filip Warasch und Marjeta Einspieler. Mirko Messner war einer der Initiatoren der Aufschriftenaktionen 1970, Mitgründer des „Kladivo“ und durchwegs einer der aktivsten und wichtigsten Vorantreiber der Solidaritätsbewegung. Er gehörte außerdem dem politisch weit links stehenden Spektrum der Bewegung an und ist zusätzlich langjähriges Vorstandsmitglied des Zentralverbandes slowenischer Organisationen (ZSO) sowie der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ)⁶, beide maßgebliche Akteure innerhalb der Solidaritätsbewegung. Filip Warasch war ab 1972 ein wichtiger Entscheidungsträger des Rates der Kärntner Slowenen (NSKS). Da er zu diesem Zeitpunkt noch sehr jung war, ist er stark durch die slowenische Jugend- und Studentenbewegung geprägt worden. Er war einer der Gründer von slowenischen Listen bei der Gemeinderatswahl 1973, welche auch ein Resultat der slowenischen Jugend- und Studentenbewegung sowie der aufkommenden Solidaritätsbewegung waren. Zudem wurde Warasch angeklagt, da ihm vorgeworfen wurde, im Vorfeld der Volkszählung besonderer Art 1976 einen Bombenanschlag auf einen Transformator geplant zu haben, um das Stromnetz Klagenfurts am Tag der „Minderheitenfeststellung“ lahmzulegen. Er ist Teil der eher konservativen politischen Strömung der Kärntner Slowenen. Die Arbeiterin Marjeta Einspieler wurde eigenen Angaben zufolge durch die slowenische Jugend- und Studentenbewegung politisiert. Obwohl auch schon im Elternhaus Politik ein wichtiges

⁶Zum Zeitpunkt des Verfassens der vorliegenden Arbeit ist Mirko Messner Bundessprecher der KPÖ.

Thema war, fand sie erst im Rahmen der Solidaritätsbewegung Platz für gesellschaftliches Engagement. Da laut Einspieler die slowenischen Zentralverbände für die Arbeiterschaft nicht besonders attraktiv gewesen seien, fand sie erst durch die links gerichtete slowenische Jugend und Studentenschaft Anschluss an die Bewegung für die Rechte der Kärntner Slowenen.

Stellvertretend für die mit den Kärntner Slowenen solidarischen Deutschsprachigen interviewte ich Maria Halmer und Udo Manner. Maria Halmer war Redakteurin der „Volkszeitung“ (Organ der Österreichischen Volkspartei – ÖVP) und später Chefredakteurin der „Kärntner Kirchenzeitung“ (Organ der Diözese Gurk), fand über kirchliche Strukturen Kontakt zu den slowenischen Verbänden und begann sich für die Rechte der Kärntner Slowenen einzusetzen. Udo Manner steht für eine kleine Gruppe von politisch aktiven Sozialdemokraten, die aus Protest gegen die aus ihrer Sicht minderheitenfeindliche Politik der Kärntner SPÖ mit der Partei brachen. Er legte 1976 anlässlich der Wiedererrichtung des Steinacher-Denkmal⁷ sein Amt als Gemeinderat in Völkermarkt nieder. Manner polemisierte auch öffentlich in Form von Leserbriefen vor allem mit den politischen Entscheidungsträgern der SPÖ.

2.3. Quellenkritik

Bei den von mir verwendeten Quellen handelt es sich vor allem um schriftliche, für die Umwelt geschaffene Dokumente, weshalb die Intendiertheit derselben von wesentlicher Bedeutung ist (vgl. Mayring 2002: 48). Das Interesse am Einwirken auf und Verändern von gesellschaftlichen Verhältnissen war den Herstellern der herangezogenen Dokumente gemeinsam, handelt es sich doch bei der untersuchten Solidaritätsbewegung um eine bewusst gesellschaftlich und politisch engagierte Bewegung. Gerade die Untersuchung der gemeinsamen und gegensätzlichen Intendiertheiten, Interessen, Ambitionen und Vorstellungswelten der verschiedenen Akteure war für mich von besonderem Interesse. Die Frage der Quellenkritik drängt sich hier förmlich auf, da die Einstellungen und Intentionen der Involvierten von vorrangiger Bedeutung waren und ständig mitgedacht werden mussten. Anhand der Analyse des gewählten (Dokumente) und gewonnenen (Interviews) Materials,

⁷Hans Steinacher (1892-1971) war eine bekannte deutschnational engagierte Kärntner Persönlichkeit. In seinem bekanntesten Werk „Sieg in deutscher Nacht. Ein Buch vom Kärntner Freiheitskampf“ (1943) schreibt er beispielsweise über die Annexion Österreichs durch Hitlerdeutschland folgendes: „Durch die geschichtliche Großtat des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler vom 13. März 1938 ist Kärnten nun wieder im Deutschen Reich und als deutsches Südländ sein untrennbarer Teil“ (Steinacher 1943: 7). Das im Mai 1976 zu seinen Ehren in Völkermarkt errichtete Denkmal wurde im Juni desselben Jahres von unbekannten Tätern gesprengt.

lässt sich der Diskurs nachzeichnen und interpretieren, implizite Haltungen die Ethnizität betreffend werden dadurch sichtbar.

2.4. Begriffsbestimmungen

Im Folgenden werden die für die vorliegende Arbeit grundlegenden Begriffe definiert und diskutiert. Da es sich bei den zu bestimmenden Termini um in der Gegenwart umstrittene und kontrovers diskutierte Begriffe handelt, soll anhand einer Überblickshaften Darstellung und Kritik ausgewählter Theorien und Kontroversen ein von mir bevorzugtes Konzept entworfen werden.

2.4.1. *Ethnizität*

Bei Ethnizität handelt es sich um einen relationalen und keinen substanzbezogenen Terminus. Das Grundverständnis von Ethnizität in der Kultur- und Sozialanthropologie wurde von Beiträgen zur Theoriebildung der Chicago School in den 1920er und 1930er Jahren und der Manchester School in den 1940er und 1950er Jahren entscheidend geprägt (vgl. Herzog-Punzenberger 1995: 18), aber der Begriff und vor allem die bewusste Auseinandersetzung mit dem Phänomen gehen auf Fredrik Barths Einleitung zum Sammelband „Ethnic Groups and Boundaries“ (1969) zurück. In der Kultur- und Sozialanthropologie herrscht weitgehend Konsens darüber, dass kulturelle Unterschiede und Grenzmarker von sozialer Organisation bedingt werden und nicht auf objektive Unterschiede zurückzuführen sind (vgl. Eriksen 1993: 58). Aber auch die Formen sozialer Organisation gehen auf kulturelle Unterschiede und deren Aufrechterhaltung durch Abgrenzung zurück, mehr noch, Abgrenzungen bilden sogar die Grundlage allumfassender sozialer Systeme. So meint Barth in diesem Zusammenhang: „[...] ethnic distinctions do not depend on an absence of social interaction and acceptance, but are quite to the contrary often the very foundations on which embracing social systems are built“ ([1969] 1998: 10). Barth meint vor allem auch, dass die Reglementierung des interethnischen Kontaktes die Voraussetzung für stabile interethnische Beziehungen bildet. Nun könnte man meinen, dass sich bei einer Interaktion zwischen Personen unterschiedlicher ethnischer Identität die Unterschiede reduzieren würden. Die Unterschiede werden hingegen oft gerade erst durch den gegenseitigen Kontakt wirklich artikuliert. Barth zufolge ist die Interaktion zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen von Regeln gekennzeichnet, wobei eine

bestimmte Form von sozialem Kontakt entsteht. Durch gewisse Vorschriften werden die Kontakte geregelt und die Interaktion in bestimmten Bereichen der Aktivität zugelassen. Umgekehrt existieren Verbote, welche interethnische Kontakte in anderen Bereichen verhindern (ebd.: 16). Dass damit auch Herrschaftsstrukturen reproduziert werden, sollte klar sein.

Barths Beschreibung gilt allerdings nicht so sehr für Gesellschaften, wo Arbeitsteilung nach ethnischen Kriterien kaum eine Rolle spielt, sondern für traditionelle polyethnische Systeme mit Funktionsteilung wirtschaftlicher Art. Man mag zwar unzählige Gegenbeispiele finden, jedoch ist wohl unstrittig, dass Arbeitsteilung nach ethnischen Kriterien in den letzten Jahrzehnten in Europa abgenommen hat⁸ und von einer verbindlichen Funktionsteilung wie bei Barth nicht zu sprechen ist. Vorzufinden ist eher eine starke Konkurrenz um Arbeitsplätze auf einem immer mehr liberalisierten und deregulierten Arbeitsmarkt. Allerdings war z. B. Kärnten lange ein wirtschaftlich retardiertes Gebiet und ist das bis heute weitgehend geblieben. Das von Slowenen besiedelte Südkärnten war stark von Land- und Forstwirtschaft geprägt, die Bevölkerungsstruktur wenig stratifiziert. Lange hatten Slowenen kaum Zugang zu höher qualifizierten Berufen, zugleich war die Erhaltung der slowenischen Sprache an die Zugehörigkeit ihrer Sprecher zur Land- und Forstwirtschaft gebunden. Wenig waren Slowenen hingegen in den Berufssparten Handel, Verkehr, Dienstleistungen, technische Berufe und Verwaltung vertreten (Reiterer zit. nach Moser 1982: 21). Durch die geringe soziale Stratifizierung hatten die Slowenen im Verwaltungsstaat einen gewichtigen Nachteil: Ihre Sprache wurde wenig berücksichtigt, was in erster Linie eine soziale Diskriminierung darstellte. Schon 1791 schrieb der slowenische Aufklärer Blaž Kumerdej in seiner Einführung in die slowenische Grammatik, dass die kulturelle Rückständigkeit der österreichischen slawischen Länder darauf zurückzuführen sei, dass anstatt in der Muttersprache auf Deutsch unterrichtet wurde. Das war allerdings nicht ausschließlich eine nationale Aussage, denn im Folgenden meinte er, dass sich die slowenischsprachigen Schüler erst mit der ihnen unbekannten deutschen Sprache auseinandersetzen müssten, was einen erheblichen Nachteil darstellte, während sich die deutschsprachigen Schüler schon der Sache selbst widmen könnten (zit. nach Pleterski 1965: 10). Die Forderungen nach Berücksichtigung der slowenischen Sprache in Amt und Schule hatten eine starke soziale Komponente, was jedoch keinesfalls bedeutet, dass sie nicht auch nationalen Charakter gehabt hätten. Die

⁸Die Frage der Arbeitsmigranten, welche für gewöhnlich schlecht bezahlte Jobs verrichten, sei an dieser Stelle vernachlässigt, da sich dieses Phänomen von dem hier diskutierten in wesentlichen Punkten unterscheidet.

utraquistischen Volksschulen schafften später Abhilfe, waren allerdings wegen ihres assimilatorischen Charakters vor allem bei den slowenischen Eliten umstritten. Als „utraquistisch“ bezeichnet man jene Pflichtschulen in Kärnten, in welchen Slowenisch nur als „Hilfssprache“ verwendet wurde, bis die Schülerinnen und Schüler die deutsche Sprache ausreichend gut beherrschten, um dem Unterricht in deutscher Sprache folgen zu können. Die Nationswerdung bei den Slowenen befand sich spätestens ab Mitte des 19. Jahrhunderts bereits in Phase B nach Miroslav Hroch⁹ (1968). In dieser Phase bemüht sich eine relativ dünne Intellektuellenschicht, breiten Schichten Nationalbewusstsein zu vermitteln.

Auch in der modernen westlichen Gesellschaft¹⁰ handeln Individuen nach wie vor in hohem Maß auf der Grundlage von ethnischer und sozialer Herkunft sowie persönlicher Bindung. Auch für Kärnten gilt dies, allerdings ist der interethnische Kontakt, wie in anderen von der Moderne geprägten Gesellschaften auch, nicht mit dezidierten Geboten und Verboten reglementiert, was jedoch auch für die von Barth untersuchten Gesellschaften nicht unbedingt gelten muss. Es handelt sich eher um ungeschriebene und unausgesprochene, verinnerlichte Verhaltensmuster, wobei ein Ausscheren oft mit Ächtung verbunden ist. Der Wunsch nach Konformität und die Aussicht auf sozialen Aufstieg bei einem Wechsel der Identität, sind in Kärnten die Gründe, welche m. E. am meisten zur weitgehenden Assimilation/Akkulturation der Slowenen beitrugen. Zudem gab es etliche Beispiele, wo ein Festhalten an der slowenischen Identität auch nach 1945 mit dem Verlust des Arbeitsplatzes sanktioniert oder ein solcher angedroht wurde. All diese Vorbedingungen sind mitzudenken, um die gesellschaftlichen Zustände möglichst nüchtern betrachten zu können, da „die Mitglieder der Gesellschaft instinktiv nach den Normen und Prinzipien des ‚Gesellschaftswesens‘ handeln“ (Bastian zit. nach Chevron 2006: 56). Dieses „Kollektiv-Unbewusste“ als Teil des „Kollektivbewusstseins“ im Sinne der Comteschen Durkheimischen Soziologie (Chevron

⁹Der tschechische Historiker und Nationalismusforscher Miroslav Hroch gliedert die Entwicklung der Nationalbewegungen „bei den kleinen Völkern Europas“ (1968) in drei Phasen und beschreibt deren soziale Trägerschichten. In Phase A studierten Intellektuelle die Sprache, Kultur und Geschichte ihrer eigenen Herkunftskultur, in Phase B wurden daraus politische Anliegen abgeleitet, in Phase C entstanden nationale Massenbewegungen (ebd.; zu Hroch siehe auch Kap. 2.4.2.3.).

¹⁰Der „Westen“ ist hier im Wesentlichen als die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene transatlantische Allianz, zu welcher Österreich m. E. auch schon vor dem EU-Beitritt mit einigen Abstrichen (Stichwort Neutralität) zugehörig war, zu verstehen. Nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme in Osteuropa können auch die Staaten des europäischen Ostens zumindest politisch weitgehend der westlichen Gesellschaft zugeordnet werden. Kulturell bedeutet der Terminus seit Ende des Zweiten Weltkrieges, wenn auch etwas verkürzt, die weitgehende Reduzierung von Ethik und Moral auf den Maßstab individueller Entfaltungsmöglichkeiten (der Akzent liegt hier auf der formalen Möglichkeit). Dies inkludiert auch eine oberflächliche Politik des Antirassismus, Antisexismus etc., was bedeutet, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Geschlechts zumindest in den Foren der Repräsentation ansatzweise zahlenmäßig ausgewogen vertreten sind.

2006: 56) muss mitreflektiert werden, wenn z. B. von „freiwilliger Assimilation“ gesprochen wird.

Im Folgenden wird also der von der Disziplin der Kultur- und Sozialanthropologie bevorzugt verwendete Begriff von Ethnizität angewandt, welcher die sozialen Beziehungen zwischen Gruppen beschreibt, die meinen, sie würden sich kulturell voneinander unterscheiden (Eriksen 1993: 4). Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass diese Art der Interpretation oft herangezogen wird, um die Konstruiertheit von ethnischen Gruppen hervorzuheben und ihnen somit ein irrationales Moment zu unterstellen.¹¹ Wenn man allerdings von der kulturellen Bedingtheit der Menschen ausgeht, sind ausnahmslos alle sozialen Phänomene Konstrukte (vgl. Reiterer 2002: 97). Warum also diese Betonung der Konstruiertheit bei ethnischen Gruppen? Der österreichische Soziologe Albert F. Reiterer sieht dahinter eine Strategie zur Delegitimierung identitärer Bezüge durch die Behauptung, ethnische Identität sei nur geformt und somit bloß Ideologie (ebd.). Die Integration des Einzelnen in die Gesellschaft beruhe aber in hohem Maße auf Zuschreibung. Das „ideologische Konstruktionsprinzip der Moderne schlechthin“ – der Erwerb, sei diesbezüglich unzureichend und verdecke das Faktum, dass man „erstrangig das Kind von irgend jemandem mit einer bestimmten Position in der Gesellschaft und einer bestimmten Identität“ ist (ebd.: 39).

Dass ethnischer Identität außerhalb des akademischen Bereiches kaum Bedeutung zukomme, ist eine These von Banks (1996: 6), dessen Buch über Ethnizität die letzten Jahre eines der meistzitierten Werke zu diesem Problemfeld war. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit Banks würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen, es sei jedoch angemerkt, dass seine These m. E. eigentlich als falsifiziert zu betrachten ist. Man ist nämlich in Umkehrung seiner Annahme versucht, gerade im nichtakademischen Bereich die Relevanz von ethnischer Identität festzustellen, während ausschließlich eine akademische Strömung deren Eigenschaft, eine Konstruktion zu sein, betonen möchte. Einer Studie zufolge können 70% - 80% der Kinder im Alter zwischen 4 und 5 Jahren ihre ethnische Zugehörigkeit angeben, im Alter zwischen 6 und 7 Jahren können dies nahezu alle (Johnson u. a. zit. nach Reiterer 2002: 39).

Ob Nationen und Ethnien bloß „imaginierte Gemeinschaften“¹² (Anderson 1996) sind, wurde

¹¹Ähnlich wie ethnischen Gruppen wird auch der Nation ihre Konstruiertheit vorgehalten. M. E. ist dies eine Operation, die von einer „antinational“ orientierten Elitenschicht angewandt wird, um das Beharren auf nationaler Souveränität als Ideologie abzustempeln und damit zu delegitimieren.

¹²Der Titel der deutschen Übersetzung von Benedict Andersons „Imagined Communities“, „Die Erfindung der Nation“, ist m. E. unglücklich bzw. willkürlich gewählt, da Anderson als „imaginierte Gemeinschaften“ alle Gemeinschaften jenseits des direkten persönlichen Kontaktes begreift. In Andersons Interpretation ist die

im akademischen Bereich die letzten Jahrzehnte mehrfach diskutiert. Zusammenfassend sei gesagt, dass innerhalb seriöser Wissenschaft weitgehender Konsens darüber herrscht, dass diese beiden Phänomene konstruiert sind. Die Schlussfolgerungen aus dieser Erkenntnis unterscheiden sich jedoch teilweise erheblich. Chevron meint, es sei eine „grobe Vereinfachung“ wenn einige Autoren so weit gehen,

„in den Ethnien nur mehr Konstrukte der Ethnologie zu sehen, sozusagen reine Artefakte der Forschung, die letztendlich von den betroffenen Menschen weitgehend übernommen und bisweilen zum eigenen Nutzen instrumentalisiert werden“ (Chevron 2002: 117).

Es sei abschließend nochmals festgehalten, dass Ethnizität stark von Selbst- und Fremdzuschreibung geprägt ist. Sie mag zwar, wie ausnahmslos alle sozialen Phänomene, konstruiert sein (vgl. Reiterer 2002: 97), dennoch ist sie als reale Struktur wirksam. Andersons These, wonach alle Gemeinschaften, die nicht auf persönlichem Kontakt beruhen, imaginiert seien, bedeutet also nicht, dass die nationale oder ethnische Gemeinschaft in besonderem Maße bloß vorgestellt sei. Alle Großgemeinschaften müssen sich subjektiv konstituieren. Eine Verschiebung aller „imaginierten Gemeinschaften“ in die Sphäre der Irrationalität müsste eigentlich eine radikal ablehnende Haltung gegenüber jeglicher Politik implizieren, da ein authentisches Gemeinschaftsempfinden nur noch in Form des persönlichen Kontaktes möglich wäre. Dieser Logik folgend wären soziale Bewegungen wie die Arbeiterbewegung, die Frauenbewegung und auch die Solidaritätsbewegung mit den Kärntner Slowenen irrational, da sie ein gemeinsames Interesse formulieren und damit unterschiedliche Interessen verschleiern würden. Diese postmoderne Operation, welche letztlich zur Auflösung des politischen Subjekts an sich führt, kann deshalb in der Praxis nicht anders, als sich mit dem Bestehenden zu arrangieren.

Was bedeutet die eben vorgenommene Definition von Ethnizität also für das hier behandelte Thema? Ethnizität wird als Resultat eines sich Aufeinanderbeziehens, wie es zwischen zwei oder mehreren ethnischen Entitäten geschehen kann, betrachtet und ist nicht als Essenz einer sozialen Einheit zu verstehen. Aus diesem Grund kann es für die in der vorliegenden Arbeit behandelten Forschungsfragen herangezogen werden. Historische und moralische Bezüge wie Treue und Verrat spielten im Verhältnis zwischen der deutschsprachigen Mehrheit¹³ und der

nationale Gemeinschaft keineswegs in höherem Maße „imaginiert“ als andere über persönlichen Kontakt hinausreichende gemeinschaftliche Gebilde. Zudem wurde m. E. die Nation(albewegung) genauso wenig *erfunden* wie z. B. die Arbeiter- oder die Frauenbewegung. Diese Phänomene entstanden und entwickelten sich aus den gesellschaftlichen Verhältnissen heraus, von einer Erfindung zu sprechen ist schlicht unzutreffend.

¹³Die verwendeten Begriffe sind die im öffentlichen Diskurs gebrauchten und können zu Missverständnissen

slowenischen Minderheit in Kärnten eine tragende Rolle. Diese historischen und moralischen Bezugnahmen haben meist mit dem Verhältnis beider Nationalitäten zueinander zu tun und bestimmen, mehr oder minder bewusst, die Alltagssituation in Südkärnten. Die oftmals anzutreffende Reduzierung der slowenischen Minderheit auf eine sprachliche Minderheit ist deshalb irreführend. Die nationale Identität der Kärntner Slowenen wurzelt stark in identitären Bezügen wie Tradition, Herkunft, Heimatverbundenheit und Geschichtsbewusstsein. Dem allgemeinen Trend in weiten Teilen Europas entsprechend, scheinen derartige Bezüge auch bei jungen Kärntner Slowenen stark an Bedeutung zu verlieren, obwohl die Art des Geschichtsbewusstseins hier eine Ausnahme darstellt. Denn die Erinnerung an den Partisanenwiderstand gegen den deutschen Faschismus hat bei der jungen Generation in den letzten Jahren eine Wiederbelebung erfahren. Dies ist m. E. zumindest teilweise dem relativ neuen, so genannten antifaschistischen Grundkonsens innerhalb der politischen Elite geschuldet. Die Kärntner Slowenen führen den Partisanenwiderstand gegen das Dritte Reich als moralisches und symbolisches Kapital im Sinne Bourdieus (1998) an und untermauern damit moralisch ihre Anliegen. Nichtsdestotrotz ist das Propagieren der Zwei- und Mehrsprachigkeit gegenüber anderen Aspekten vorherrschend geworden, womit in Wirklichkeit auf eine Gruppenidentität verzichtet wird. Es gibt jedoch auch eine nicht völlig entgegengesetzte, aber doch etwas andere Tendenz. Und zwar haben die Anmeldungen zum zweisprachigen Unterricht in Kärnten in den letzten Jahren enorm zugenommen. Dies ist m. E. nur teilweise darauf zurückzuführen, dass man sich dadurch bessere Karrierechancen ausrechnet. Es spricht einiges dafür, dass dies auch ein Ausdruck der psychisch tief verwurzelten Bezüge zu Identität und Herkunft sein könnte. Menschen, deren Eltern ihnen aus Opportunitätsgründen das Slowenische nicht beigebracht haben, melden nun ihre Kinder selbst zum Slowenischunterricht an. Dass dies auch mit Herkunftsdenken zu tun hat, ist allerdings nur eine These, die noch zu verifizieren wäre.

Ich gehe davon aus, dass Konflikte um ethnische bzw. sprachliche Zugehörigkeit nicht nur auf institutioneller Ebene ausgetragen werden, sondern

„weit in individuelle Erlebnis- und Verhaltensweisen, ja in unbewußte Schichten der Psyche hinein[reichen], und beeinflussen auf diese Weise in spezifischer Form die Motive und das Handeln der betroffenen Personen“ (Reiterer / Flaschberger 1999: 45).

führen. Die Bezeichnung „deutschsprachige Mehrheit“ z. B. ist für weniger sachkundige Leser nicht ganz nachvollziehbar, da sie eigentlich impliziert, dass die Slowenen kein Deutsch sprechen würden, was aber heute der äußerste Ausnahmefall ist. „Deutschsprachige Mehrheit“ wird deshalb verwendet, da die Bezeichnungen „deutsche Mehrheit“ oder „deutsche Bevölkerung“ eine deutsche Nationalität anstelle der österreichischen nahelegen würde.

Die Verwendung der slowenischen Sprache war in Kärnten lange Zeit mit sozialer Stigmatisierung verbunden. Dem Slowenischen wurden Attribute der Rückständigkeit zugeschrieben, während das Deutsche mit Fortschritt und Zukunftsdenken assoziiert wurde (vgl. ebd.: 50). Hinzu kam in den letzten Jahrzehnten, dass die slowenische Sprache in Kärnten seit dem Einsetzen einer massiven Assimilation einen eher statischen Charakter angenommen hat. Z. B. hat sich in Kärnten ein slowenischer Jugendslang nur in geringem Maß herausgebildet, was die Wahrnehmung des Slowenischen als altmodische Sprache zusätzlich beförderte. U. a. ist dieses bei vielen Minderheiten anzutreffende Phänomen m. E. auf die meist geringe Bedeutung der Minderheitensprache für die Bewältigung des Alltags sowie die spärliche mediale „Versorgung“ der Minderheiten in ihrer jeweiligen Sprache zurückzuführen. Die slowenischen Medien sind in Kärnten außerdem von einem, im Vergleich zur Republik Slowenien, stark antiquierten Slowenisch geprägt. Zugleich hat die Sprache der Mehrheit für die Selbstverwirklichung des Einzelnen immense Vorteile vorzuweisen. Sie blieb in Kärnten deshalb auch nach der Phase der massiven Unterdrückung von 1920 bis 1945 auch in der Zweiten Republik völlig hegemonial. Politische Entscheidungen, wie z. B. die Abschaffung des verpflichtenden Slowenischunterrichts im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens 1958 oder die geringe Berücksichtigung des Slowenischen als Amtssprache, haben den Prozess der Assimilation und damit auch die abnehmende Vitalität der slowenischen Sprache in Kärnten zusätzlich begünstigt. Trotz einiger Unzulänglichkeiten scheint mir die Regelung in den ladinischen Gebieten Südtirols, zumindest die Amtssprache betreffend, beispielgebend zu sein. Um eine öffentliche Stelle bekleiden zu können, muss dort die Dreisprachigkeitsprüfung (Deutsch, Italienisch, Ladinisch) abgelegt werden. Im gemischtsprachigen Gebiet Kärntens wird das staatsvertraglich verbrieftete Recht auf die Verwendung des Slowenischen in Ämtern hingegen nur unbefriedigend eingelöst und es wird meist mit mobilen Hilfsdolmetschern gearbeitet. Wenn man die slowenische Sprache beherrschen müsste, um im gemischtsprachigen Gebiet eine öffentliche Stelle bekleiden zu dürfen, wäre dies ein ungleich größerer Anreiz Slowenisch zu lernen. Dass derlei Lösungsansätze selbst den meisten Repräsentanten der slowenischen Minderheit als völlig utopisch erscheinen, sei als Hinweis auf die minderheitenfeindliche Stimmung in Kärnten zu verstehen. Um ein mögliches Missverständnis auszuräumen: Es scheint mir nicht notwendig zu sein, Anreize zu schaffen, um das Slowenische künstlich am Leben zu erhalten. Um aber in Kärnten eine „Normalisierung“ der gesellschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen, ist m. E. die Rehabilitierung des Slowenischen eine notwendige Vorbedingung. Eine These der Initiatoren

der Aufschriftenaktionen 1970, die als Auslöser der österreichweiten Debatte über die unerfüllten Bestimmungen des Staatsvertrages von Wien gelten können, war, dass die nationale Frage im Unterbewussten die gesamte Situation in Kärnten beherrsche (Interview mit Messner 2009). Die ersten Aktivisten der Aufschriftenaktionen unterzeichneten die zu den Sprühaktionen gehörenden Flugblätter deshalb mit dem Namen „Komitee zur Aufdeckung verdeckter Konflikte“. Die massiven medialen und politischen Reaktionen auf die ersten Aufschriftenaktionen gaben den Aktivisten scheinbar recht, genügten doch einige Sprühaktionen um für öffentliches Aufsehen zu sorgen.

2.4.2. Nation

Es gibt offensichtlich eine Verbindung zwischen dem Begriff der Ethnizität und dem der Nation. Wie die ethnische Identität hebt auch der Nationalismus die kulturellen Gemeinsamkeiten einer Gruppe von Menschen hervor und zieht so eine Grenze zu Anderen (vgl. Eriksen 1993: 6). Der Nationalismus geht zusätzlich davon aus, dass ethnische und politische Grenzen zusammenfallen sollten, was bei Ethnien nicht der Fall sein muss. Wenn eine ethnische Gruppe Schritte in diese Richtung unternimmt, wird daraus eine nationalistische Bewegung (ebd.).

2.4.2.1. Der emanzipatorische Nationalismus

Wir setzen voraus, dass die Französische Revolution im Wesentlichen die Geburtsstunde des Nationalismus darstellte.¹⁴ Nationale Ideen reichen bis zum frühneuzeitlichen Humanismus zurück, doch erst seit der Französischen Revolution verbindet man diese mit den Vorstellungen von Volkssouveränität (Weichlein 2006: 53). Vorher war den politisch-gesellschaftlichen Eliten der Gedanke, politische Grenzen könnten mit sprachlichen und/oder ethnischen Kriterien zusammenfallen, völlig fremd. Der von der Bevölkerung abgehobenen Kaste der Aristokraten musste ein solcher Gedanke widerlich erscheinen, da ein Zusammenhang von politischer Herrschaft mit der Zusammensetzung des „Pöbels“ für sie unvorstellbar war. Obwohl also die Frage der Nation durch die Französische Revolution eigentlich schon in einer sehr prägnanten Art und Weise aufgeworfen worden war, kannte der Wiener Kongress 1815 noch keinen Nationalismus als politisches Organisationsprinzip:

¹⁴Auf die Thematik der protonationalistischen Bewegungen wird hier aus Platzgründen nicht näher eingegangen.

„Sardinien konnte gegen Sizilien, die Lombardei gegen Belgien, Norwegen gegen Finnland getauscht werden, ohne je ein Wort über Ethnizität, Sprache oder Kultur zu verlieren. Was hatten diese unwichtigen Dinge schon mit Politik zu tun?“ (Gellner 1999: 73).

Gellner meint, Nationalisten würden oft von Nationen als natürlichen Gemeinschaften mit uralter Tradition ausgehen, wobei sie übersehen, welchen geringen Wert ethnische und kulturelle Kriterien für die Politik zu früheren Zeiten hatten. Früher reihte man sich in eine streng hierarchisch geprägte soziale Ordnung ein (ebd.: 121). Gellner übersieht hier allerdings, dass es eine kulturelle Tradition auch abseits der politisch herrschenden Schicht der Aristokratie gab, also eine kulturelle Tradition, die noch wenig mit Politik zu tun hatte. Diese Tradition wurde von frühen Nationalismen als Basis herangezogen, denn der Nationalismus war ursprünglich auch sozialrevolutionär und er diente der Emanzipation breiter Schichten. Ohnedies ist m. E. die Frage nach der korrekten historischen Darstellung des Nationalismus durch die Nationalisten selbst fehl am Platz, denn wichtig ist an dieser Stelle nicht, ob die Nation tatsächlich ein altes, natürlich gewachsenes Gebilde darstellt, sondern, dass die Idee tragend genug war, um Massen, über Klassen- und Statusunterschiede hinweg, zu einem weitgehend freiwilligen politischen Verband zusammenzufassen. Dass Nationalisten und nationale „Erwecker“ dies mittels der Vermittlung und Propagierung einer Ideologie und einer teilweisen „Erfindung von Tradition“ (The Invention of Tradition. Hobsbawm 1984) legitimierten und dabei nicht einer historisch korrekten Darstellungsweise der Gesellschaft folgten, überrascht wenig. Eine ethnische, kulturelle und/oder sprachliche Basis muss trotz allem vorhanden gewesen sein, auch wenn es zusätzlich einer oft gewaltsamen Homogenisierung bedurfte.

2.4.2.2. „Westlicher“ und „östlicher“ Nationalismus

Der Nationalismus wurde im 19. Jahrhundert – wie schon angedeutet – zu einer der Haupttriebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung. Auf ihn beriefen sich sowohl antikoloniale Befreiungsbewegungen als auch unterdrückerische imperialistische Regimes. Der bekannte Nationalismusforscher Ernest Gellner vertritt in seinem vielzitierten Werk „Nationalismus. Kultur und Macht“ (1999) eine alte These, die im Wesentlichen neben Hans Kohn (1946) auf John Plamenatz (1976) zurückgeht und besagt, der europäische Nationalismus westlich von Triest sei meist gutartig, der östlich von Triest meist böse gewesen (bei Kohn westlich bzw. östlich des Rheins).

„Die starken dynastischen Staaten um Lissabon, Madrid, Paris und London entsprachen von vornherein

den Kultur- und Sprachzonen, noch bevor die Logik der Situation oder die nationalistische Theorie eine solche Korrelation forderten“ (Gellner 1999: 90).

Italiener und Deutsche hätten hingegen auf eine hoch entwickelte Kultur und Sprache sowie auf ein geschlossenes Siedlungsgebiet zurückgreifen können, jedoch auf keinen Staat. Gellner beschreibt dies mit einer Metapher und meint, Deutsche und Italiener hätten zwar eine „Braut“ (staatsfähige Hochkultur) aber keinen „Bräutigam“ (Staat) zur Verfügung gehabt (ebd.: 92 f.). In diesen beiden Zonen hätte demnach niemand verdrängt oder bekehrt werden müssen. Ethnische Säuberungen waren nicht notwendig (ebd.: 95). Letztendlich führt dies zu einer undifferenzierten Verurteilung vor allem slawischer nationalistischer Bewegungen. In Osteuropa hätte es laut Gellner weder eine einheitliche Kultur noch Sprache in einem geschlossenen Siedlungsgebiet gegeben. Deshalb sei viel „Ingenieurarbeit“ notwendig gewesen, was das beste Rezept für Katastrophen sei (ebd.: 95-99). In dieser dritten und vierten Zone konnte laut Gellner ein kulturell homogener Nationalstaat nur durch ethnische Säuberung entstehen (ebd.). Was aber für Italien und Deutschland gilt, müsste, um nur ein Beispiel zu nennen, eigentlich auch für das Jahrhunderte unter osmanischer Herrschaft stehende Serbien gelten. Auch dort gab es längst eine hoch entwickelte Sprache und Kultur mit geschlossenem Siedlungsgebiet. Die zahlreichen Minderheiten können nicht als Widerlegung angeführt werden, solche gab es auch beispielsweise innerhalb des deutschen Sprachraumes genügend bzw. gab es auch deutschsprachige Minderheiten als Sprachinseln außerhalb des sprachlich deutsch dominierten Raumes. Die hinter Gellners Ansicht liegende Interpretation der Geschichte des Nationalismus geht – wie schon erwähnt – neben Plamenatz (1976) auf Kohn (1946) zurück, welcher auch schon zwischen östlichem und westlichem Nationalismus differenzierte. Der westliche – da historisch von den Mittelschichten getragen – sei rationalistisch, aufstiegsorientiert und optimistisch gewesen. Östlich des Rheins und später in Asien hätte sich hingegen eine emotional ausgerichtete Bewegung für nationale Selbstbestimmung entwickelt, deren Träger Adel und Unterschichten gewesen seien. Deshalb sei der östliche Nationalismus nicht so tolerant wie der im Westen gewesen, sondern autoritär, messianisch und mystisch (Kohn zit. nach Weichlein 2006: 37). Der Grund für diese Lesart der Geschichte des Nationalismus von Kohn bis Gellner ist m. E. deren westlich-liberal geprägte Geschichtsauffassung, mit der ausführlicher zu polemisieren hier nicht der Platz ist. Offensichtlich indes ist zumindest bei Kohn, dass hinter seiner These auch eine gewisse chauvinistische Haltung gegenüber dem „emotional“ und „mystisch“ geprägten Osten und Südosten Europas steckt. Die Nationalbewegungen Südosteuropas waren in Wirklichkeit gegen bestehende staatliche Strukturen, die als „Völkergefängnisse“ wahrgenommen wurden,

gerichtet. In diesem Zusammenhang sei auf Weichlein verwiesen, der sich von den genannten Typisierungen distanziert und meint, dass in Osteuropa die Frage der Über- und Unterordnung der Nationalitäten sowie deren soziale Schichtung eine bedeutende Rolle einnahmen (Weichlein 2006: 50). Dass durch die Frage nach der Über- und Unterordnung von Nationalitäten der Nationsbegriff in Ost- und Südosteuropa in die Nähe des Klassenbegriffs rückte, könnte der eigentliche Grund für dessen Ablehnung seitens zahlreicher liberaler Historiker, Philosophen und Soziologen sein.

2.4.2.3. Nationalbewegungen bei den „kleinen Völkern Europas“

Ein für unser Thema wichtiger Nationalismusforscher ist Miroslav Hroch. Auch er machte einen Vorschlag zur Periodisierung und Typisierung von Nationalbewegungen, wobei er sich auf die „kleinen Völker Europas“ konzentrierte (1968). Im Rahmen der vorliegenden Arbeit kann das Modell mit allen seinen Differenzierungen nicht vorgestellt werden. Wichtig ist, dass sein Basismodell abstrakt für alle kleineren Nationalitäten Europas gültig ist. Er periodisierte die Nationalbewegungen der „kleinen Völker“ Europas in drei Phasen und beschrieb deren soziale Trägerschichten. In Phase A studierten und popularisierten Intellektuelle die Sprache, Kultur und Geschichte ihrer eigenen Herkunftskultur, ohne davon politische Ansprüche abzuleiten. In Phase B wurden von diesen „Kulturgemeinschaften“ bereits politische Anliegen formuliert. Der immer noch dünnen Intellektuellenschicht ging es in dieser Phase darum, breiteren Schichten nationales Bewusstsein zu vermitteln. In Phase C erreichte die Botschaft der Patrioten bereits alle Schichten und es entstanden sozial breit verankerte nationale Massenbewegungen. Die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit und Selbstbestimmung trat in den Vordergrund (ebd.). Für die hier behandelte Problematik ist Hrochs Ansatz fruchtbar, da die Slowenen zu den von Hroch unter der Kategorie „kleine Völker Europas“ zusammengefassten Nationalitäten zählen. Auch für die vorliegende Arbeit sind die Trägerschichten der slowenischen Nationalbewegung von Interesse, in Folge auch die Trägerschichten der nationalen Bewegung der slowenischen Minderheit in Kärnten sowie der Solidaritätsbewegung und der deutschnationalen Bewegung. Betrachtet man die soziale Zusammensetzung der genannten Gruppen und analysiert die von ihnen verwendeten Fremd- und Selbstzuschreibungen, erhält man wesentliche Hinweise über die Ethnizität.

2.4.2.4. Historisch-materialistische Beurteilung des Nationalismus

Ein politisches Subjekt, in diesem Fall die Nation, konstituiert sich anhand eines definierten gemeinsamen Interesses, um dessen Definitionshoheit ein permanenter Kampf ausgetragen wird. Dieser Kampf bestimmt letztendlich den Charakter der jeweiligen nationalistischen Bewegung. Eine rein ideologiekritische Betrachtungsweise des Nationalismus verleitet deshalb zu verallgemeinernden Schlüssen. Analysiert man das Phänomen Nationalismus jedoch historisch, fällt es schwer, ihn a priori als Herrschaftsinstrument zu denunzieren. Im heutigen politischen Diskurs gehört der Begriff „Nationalist“ hingegen zum Wortschatz politischer Beleidigungen. Den unterschiedlichen Formen moderner nationaler Demokratien ist gemeinsam, dass die Frage, wer die Interessen der Allgemeinheit am besten vertritt, im Zentrum des politischen Diskurses steht. Eine allgemeingültige Wahrheit und ein letztendliches Allgemeininteresse, auch wenn dieses durch die Mehrheit vollkommen und vorurteilsfrei informierter Bürger wie bei Rousseaus Konzept der *Volonté générale* durchgesetzt werden sollte, bleibt konstruiert, vom idealistischen Charakter der Rousseauschen Entscheidungssituation ganz abgesehen. Dies kann jedoch nicht bedeuten, dass man den Anspruch auf Allgemeininteresse verwerfen und stattdessen nur partikuläre Interessen gelten lassen sollte (vgl. Langthaler 2010). Der Anspruch auf Allgemeininteresse muss ständig neu verhandelt bzw. erkämpft werden und ist mehr als nur die Summe der Einzelinteressen (bei Rousseau *Volonté de tous*).

In der Französischen Revolution ging der Aufstieg der Nation mit der Emanzipation des Dritten Standes einher und das Bürgertum stieg in der Folge zur hegemonialen Klasse auf. Ein gesellschaftliches Bedürfnis nach Egalität sammelte sich unter der Fahne der Nation. Auch hier waren mehrere Strömungen am Werk, z. B. die der Jakobiner und die der Girondisten, um nur die bekanntesten Antipoden zu nennen. Die Strömung der Jakobiner formulierte eine radikale Kritik an Sklaverei und Kolonialismus (vgl. Losurdo 2007). Robespierre verurteilte in scharfer Polemik Cloots „den ungelegenen Prediger der einen und universalen Republik“ (zit. in Losurdo 2007: 126) und wandte sich damit gegen Eroberungskriege im Namen der Befreiung. Er polemisierte mit den Girondisten und wies den Export der Revolution zurück, womit er die Kritik am Imperialismus Napoleons vorwegnahm (ebd.: 129 f.). In der französischen Verfassung von 1791 wurde festgehalten, dass auf Eroberungskriege verzichtet wird (Weichlein 2006: 63).

Die Nation war das Vehikel für gesellschaftliche Emanzipation von einem System, das auf ständischen Privilegien beruhte. Das Bildungssystem hatte nun einen nationalen

Bildungsauftrag und löste das ständische Bildungsprivileg ab (ebd.: 61): „Aus der kulturell-inklusiven, aber sozial-exklusiven wurde die kulturell-exklusive und sozial-inklusive Nation“ (ebd.: 76). Die Staatsbürgergesellschaft wurde durch politische Rechte und politische Mitgestaltung definiert, der *citoyen* sollte ein mündiger Bürger sein. Von Anfang an gab es unterschiedliche Strömungen, so wurde das Französische von etlichen Revolutionären als Medium des Universellen, der Freiheit und der Wissenschaft überhöht. Napoleon rief die Franzosen als höchste Kulturnation aus und meinte, alle Genies und herausragenden Persönlichkeiten seien, ungeachtet ihrer Herkunft, Franzosen (zit. nach ebd.: 34). Es war zwar weder die Sprache noch die ethnische Zugehörigkeit, welche unter dem revolutionär-demokratischen Blickwinkel eine Nation ausmachte, jedoch waren auch den französischen Revolutionären jene „Franzosen“ suspekt, welche kein Französisch sprachen, wie aus einem Kommentar von Barères über die Elsässer hervorgeht, der zu bedenken gibt, dass diese in den Departments Haut-Rhin und Bas-Rhin die Preußen und Österreicher ins Land gerufen hätten (Hobsbawm [1991] 1992: 32). Zusammenfassend sei festgehalten, dass sich Nationalbewegungen im Ringen unterschiedlicher gesellschaftlicher Strömungen und Schichten herausbildeten und sowohl demokratische wie autoritäre, egalitäre wie hierarchische, antiimperialistische wie imperialistische Tendenzen hervorbrachten.

2.4.2.5. Die Nationalbewegung der Kärntner Slowenen

Auf die Nationalbewegung der Slowenen kann in ihrer Gesamtheit hier nicht detailliert eingegangen werden. Auf länger zurückliegende Momente muss weitgehend verzichtet werden, einige Erläuterungen sind dennoch notwendig. Die slowenische Nation zählte im Habsburgerverband zu den „geschichtslosen Völkern“, da sie lange keine eigenen hegemonialen Schichten hervorbrachte und dadurch zu einem leichten Objekt der Unterdrückung und Ausbeutung wurde (vgl. Flaschberger / Reiterer 1980: 12). Der niedere Klerus spielte, wie bei vielen kleineren nationalen Bewegungen, auch bei den Slowenen eine wichtige Rolle. Da mittlere und höhere Beamte meist mit der fremdnationalen¹⁵ Habsburgermonarchie im Bunde waren, fungierten Söhne kleinerer Beamter und Geistliche als nationale Trägerschicht. Hobsbawm ([1991] 1992: 47) weist darauf hin, dass im

¹⁵Zwar war die Habsburgermonarchie lange Zeit nicht national orientiert, spätestens ab 1848 stand aber die nationale Frage an der Tagesordnung und die sozial privilegierten Schichten orientierten sich vorwiegend deutschnational. Zudem brachte bereits der Absolutismus des 18. Jh. die Germanisierung der Ämter und Volksschulen mit sich.

europäischen politischen Diskurs lange Zeit weitgehender Konsens darüber herrschte, dass kleinere Nationalitäten dazu verurteilt seien, in größeren aufzugehen. Dieser Konsens reichte von Konservativen und Liberalen bis zu Sozialisten und Kommunisten. Begriffe wie Kleinstaaterei und Balkanisierung gehörten zum Wortschatz politischer Beleidigungen (ebd.: 43 ff.). Kleineren Sprachen wurde im besten Fall der Status von „Familienmöbeln“ zugewiesen, wie dies der deutsche Sozialist österreichisch-böhmischer Herkunft, Karl Kautsky, tat, der ihren Wert auf reine Sentimentalität reduzierte (Kautsky zit. in ebd.: 48). Auch die liberale Vision war die einer Weltgesellschaft mit einem Weltmarkt und einer Weltsprache. In dieser Sichtweise erschien das Aufgehen kleiner Sprachgruppen in größeren als Fortschritt, während die Verteidigung kleiner Völker und Sprachen als Ausdruck konservativen Widerstandes gegen den unvermeidlichen Fortgang der Geschichte wahrgenommen wurde (vgl. ebd.: 55). Der große liberale Philosoph und Ökonom John Stuart Mill meinte beispielsweise, ein Festhalten an bretonischer, baskischer, walischer oder schottischer Nationalität würde dazu führen, dass jemand

„auf seinen Felsen als ein halber Wilder, gleichsam als Reliquie vergangener Zeiten fortvegetirt und sich ohne Betheiligung und ohne Interesse an der allgemeinen Bewegung der Welt immer nur in dem engen Kreis seiner eigenen Ideen herumgedreht hätte“ (Mill zit. in ebd.: 47).

In diesem Licht ist auch die deutschnationale Orientierung der Kärntner Sozialdemokratie zu Beginn des 20. Jh. zu betrachten. Wie die bäuerliche slowenische Bevölkerung und die entstehende Arbeiterschaft damals dem Nationalen gegenüber standen, ist nicht einfach zu beantworten. Es ist jedoch anzunehmen, dass sie vorwiegend indifferent oder funktionalistisch auf die nationale Frage blickte. Wichtiger war für sie eine Verbesserung der sozialen Lage, die allgemein mit der Germanisierung verbunden wurde. Die slowenische Nationalbewegung war aber auch schon in den Kärntner Dorfstrukturen angekommen und sorgte für Nervosität beim deutsch orientierten Bürgertum. In einem Aufruf von Villacher Bürgern aus dem Jahr 1851 sorgte man sich bereits, dass die Zeit vorüber sei

„wo der Wende¹⁶ immer friedlich neben seinem, ihm an Zahl und Bildung überlegenen deutschen Nachbarn still und zufrieden die Segnungen des heimathlichen Bodens genoß. Seit jener Epoche aber erzeugte sich der Keim des Mißtrauens und der Unzufriedenheit im Nationalitätenzwiste, der Slowene findet das ihm seit Jahrhunderten Gebothene nicht genügend, deutsche Sprache und Literatur nicht mehr erstrebenswert, aufgedrungen – der üble Samen ist gesäet und die leidige Frucht kann reifen.“ (zit. in: Haas / Stuhlpfarrer 1977: 44).

¹⁶Der Wende ist ein altes deutsches Xenonym für Slawe. Auch der Begriff „Windisch“ leitet sich davon ab.

In einer deutschnationalen Broschüre aus dem Jahr 1899 hieß es noch direkter auf die Furcht vor Privilegienverlust bezogen:

„Trotz allem wäre es ebenso leichtfertig als töricht, sich über die zahlreichen Anzeichen hinwegzutäuschen, daß es auch in Kärnten mit der ungestörten Fortdauer des deutschen Besitzstandes und Geltungsbereiches vorüber ist“ (Hofmann von Wellenhof zit. in: Haas / Stuhlpfarrer 1977: 44).

In Phase C der Nationswerdung nach Hroch sind die Slowenen nämlich spätestens mit dem Aufkommen der Tabor-Bewegung¹⁷ angekommen. Nichtsdestotrotz glaubte ein beträchtlicher Teil der Slowenen in Kärnten, mit einer Germanisierung die soziale Lage verbessern zu können. Wenn es slowenischen Widerstand gegen Germanisierung gab, wurde er meist mit sozialen und wirtschaftlichen Mitteln unterdrückt. So diente z. B. der Kärntner Heimatbund den politischen Eliten Kärntens in der Zwischenkriegszeit als „Koordinationsstelle der Antislowenenpolitik“ (Haas / Stuhlpfarrer 1977: 42) und es wurden große Anstrengungen unternommen, um auf den Gebieten des Schulwesens und der Verwaltung slowenische nationale Strukturen gar nicht erst aufkommen zu lassen (ebd.).

Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Zerfall der Habsburgermonarchie gab es für die Südkärntner Bevölkerung im Wesentlichen zwei nationale Optionen: Deutschösterreich oder das Königreich SHS¹⁸. Da das politische System des im Krieg geschlagenen Österreich zusammenbrach, führte dies in Österreich in Ansätzen auch zu einer sozialen Revolution, was im von der Entente protegierten Königreich SHS nicht der Fall war. Österreich war deshalb zu dieser Zeit demokratischer und sozialer orientiert als das südslawische Königreich. Es entstanden bedeutende Sozialgesetze wie der Achtstundentag, die Sozialversicherung und die Arbeiterkammer als gesetzliche Vertretung der Arbeiter und Angestellten. So stimmte die Südkärntner Bevölkerung trotz einer eindeutigen slowenischen Mehrheit im Abstimmungsgebiet beim Plebiszit 1920 mehrheitlich für Österreich. Es sei aber auch angemerkt, dass der slowenischen Bevölkerung Kärntens vor der Volksabstimmung 1920 weitreichende nationale Rechte versprochen wurden. So beschloss die Kärntner Landesversammlung in ihrer Sitzung vom 28. September 1920 einstimmig,

„daß sie den slowenischen Landsleuten ihre sprachliche und nationale Eigenart jetzt und alle Zeit wahren will und daß sie deren geistigem und wirtschaftlichem Aufblühen dieselbe Fürsorge angedeihen

¹⁷1870/71 fanden in Kärnten mehrere Versammlungen der so genannten Tabor-Bewegung statt, bei denen bis zu 10.000 Teilnehmer ein vereinigtes Slowenien und sprachliche Gleichberechtigung forderten.

¹⁸Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen – Kraljevina Srbov, Hrvatov in Slovencev / Kraljevina Srba, Hrvata i Slovenaca.

lassen wird, wie den deutschen Bewohnern des Landes.“ (zit. in Deuer 1990: 112).

Danach wurde die Entscheidung für Österreich von den deutschnational orientierten politischen Eliten Kärntens allerdings als Sieg des „Deutschtums“ interpretiert. Das Vorhaben, „die Verführten“ innerhalb einer Generation assimilieren zu wollen, wurde verkündet. Bereits am 25. November 1920 hielt Landesverweser Arthur Lemisch eine Rede vor der provisorischen Landesversammlung, bei der er u. a. folgendes äußerte:

„Bei der Wiederaufrichtung der Heimat dürfen nicht jene 15.278 vergessen bleiben, die beim Plebiszit für den Anschluss an SHS stimmten. [...] Nur ein Menschenalter haben wir Zeit, diese Verführten zum Kärntnertum zurückzuführen; in der Lebensdauer einer Generation muss das Erziehungswerk vollendet sein. Das werden nicht die Behörden und Regierungen machen können, das Kärntner Volk selbst muss es besorgen; Haus, Schule und Kirche müssen sich am Heilungswerke beteiligen. Ohne Künsteleien, ohne Druck hat sich bisher das Wort der [sic!] Slowenen Urban Jarnik in die Tat umgesetzt, dass die Sprachgrenze in Kärnten in einem Jahrhundert um eine Meile nach Süden vorrückte und ohne Druck und ohne Künsteleien, nach Kärntnergebräuchen, muss auch dieses Kärntner Werk vollbracht werden. [...] Nicht die Göttin der Rache wollen wir anrufen, sondern die Friedensengel und dazu können wir nur Mittler brauchen, die auch Frieden und Eintracht verkünden. Die Kultur des deutschen Volkes hat Kärnten zur südlichen Mark gemacht. Die Kultur Mitteleuropas gegenüber südlicher Hyperkultur soll und wird es auch schaffen mitzuhelfen, dass Kärnten ungeteilt bleibt. Mit deutscher Kultur und Kärntner Gemütlichkeit wollen wir, wenn Schule und Kirche das ihre tun, in einem Menschenalter die uns vorgesteckte Arbeit geleistet haben“ (Online: zit. in Unkart o. J.).

Das Zitat wird deshalb in dieser Länge angeführt, da es mehrere Aspekte anspricht und sowohl hinsichtlich des Inhalts als auch der gewählten Sprachbilder bis weit in die Gegenwart exemplarisch bleibt. Vor allem bei den alljährlichen Abstimmungsfeierlichkeiten zum 10. Oktober greifen Kärntner Politiker und „Heimatverbände“ wie z. B. der Kärntner Heimatdienst (KHD)¹⁹ immer wieder Versatzstücke dieser Interpretation auf. Demnach sei die Germanisierung ein friedlicher und natürlicher Prozess, wohingegen die slowenische Identität als ein Festhalten an „südlicher Hyperkultur“ (ebd.) und als Feindseligkeit gegenüber der „ungeteilten“ Kärntner Heimat dargestellt wird. Das Slawische wird als etwas Künstliches, das Deutsche als authentische Kärntner Kultur dargestellt. Dass Nationalität eine Frage des

¹⁹Der Kärntner Heimatdienst (KHD) fungierte Jahrzehntlang als „Dachverband heimattreuer Körperschaften“ (Online Kärntner Heimatdienst: o. J.) zu welchem u. a. der Kärntner Abwehrkämpferbund, die Kärntner Landsmannschaft und der Schulverein Südmark gehörten (ebd.). Die angeführten Vereine wurden von den slowenischen Zentralverbänden ZSO und NSKS sowie von allen anderen maßgeblichen slowenischen Organisationen als deutschnational und minderheitenfeindlich beurteilt. Dem NSKS nahestehende Personen erstatteten 1970 Anzeige gegen den KHD (Naš tednik 10. 12. 1970: 1), da dieser darauf abziele, der slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheit zu nehmen, was laut Artikel 7 des Staatsvertrags von Wien verboten ist (siehe auch Kap. 4.5.1.). Wenn in der vorliegenden Arbeit von „Heimatverbänden“ die Rede ist, sind die oben angeführten Vereine damit gemeint.

Bewusstseins ist, kommt in diesem Zitat ebenfalls zum Ausdruck. Mit den „Verführten“ sind nämlich jene Teile der slowenischen Bevölkerung gemeint, bei welchen sich ein nationales Bewusstsein entwickelt hatte. Später sollten viele Kärntner Slowenen für den Erhalt ihrer Nationalität bzw. ihres Volkes in den Partisanenwiderstand gegen den Faschismus gehen, andere assimilierungsunwillige „Verführte“ wurden in Konzentrations- und Arbeitslager deportiert. Das slowenische Nationalbewusstsein musste demnach zumindest bei Teilen der Kärntner Bevölkerung recht stark ausgeprägt gewesen sein, ansonsten wäre diese Opferbereitschaft kaum nachzuvollziehen.

Ohne entwickeltes Nationalbewusstsein wäre es bei den Kärntner Slowenen kaum zu einem organisierten bewaffneten Kampf gegen die Nazierrschaft gekommen. Tone Svetina, der Verfasser des slowenischen Partisanenromans in fünf Bänden „Ukana“ (deutsch: Die List) (1965–1987) schreibt in der Kärntner slowenischen Wochenzeitung Slovenski vestnik z. B.:

„Der einzelne Mensch ist ein von heute auf morgen vergängliches Wesen. Nur im nationalen Verband findet er Eingang ins allgemein Menschliche, zum höheren Sinn der Existenz der gesamten Menschheit“ (Svetina 1976: 7 [eigene Übersetzung]).

Es darf nicht vergessen werden, welche schwerwiegenden Folgen eine slowenische nationale Orientierung während des Zweiten Weltkrieges nach sich zog. Es wurde das eigene Leben und das der gesamten Familie aufs Spiel gesetzt. Der Kärntner Slowene Tone Jelen schreibt in seinen Erinnerungen an die Zeit der Nazierrschaft, die er zum größten Teil in Gefangenschaft verbrachte, vom Zuruf des Mithäftlings Jurij Pasterk an die anderen slowenischen Gefangenen, bevor der zum Tode Verurteilte gemeinsam mit zwölf weiteren Kärntner Slowenen nach Wien zur Enthauptung abgeführt wurde: „Lasst euch nicht einschüchtern, denkt an uns, lasst euch die slowenische Sprache und das slowenische Lied nicht nehmen, für die wir sterben werden!“ (zit. in Jelen 2007: 142). Deshalb ist es nicht erstaunlich, dass das stärkste Identifikationsmoment der Kärntner Slowenen bis heute eindeutig der Partisanenwiderstand gegen die Nazierrschaft ist. Aus Kärnten wollten die Nazis eine deutsche Provinz machen, die assimilationswilligen Slowenen, von ihnen „Windische“ genannt, wurden „germanisiert“, die „Nationalslowenen“ hingegen verfolgt und deportiert. Der nationale Aspekt des Partisanenwiderstandes wird heute oft verdeckt, indem der Kampf der slowenischen Partisanen für ein freies und demokratisches Österreich in den Vordergrund gerückt wird. Der Widerstand der Kärntner Slowenen gegen das Naziregime wird erst in den letzten Jahren auch durch die offizielle Geschichtsschreibung Österreichs und seine hohen politischen Repräsentanten vermehrt gewürdigt, allerdings nur sein

antinazistischer bzw. antifaschistischer und demokratischer Aspekt. Eine Würdigung als nationaler Widerstand gegen Fremdherrschaft und für Selbstbestimmung erfolgte bisher nicht. Der nationale Aspekt wird immer mehr auch von Teilen der politisch links stehenden Kärntner slowenischen Aktivisten der 1970er Jahre ausgeblendet oder zumindest unterbetont, während er in Artikeln und Stellungnahmen vor 30 Jahren allgegenwärtig war (siehe Kap. 5.7.).

Das kollektive nationale „Wir“, welches gegenwärtig gerne pauschal als dem Rechtspopulismus nahestehend denunziert wird, war selbst für den ganz linken Flügel der slowenischen Studentenschaft von großer Bedeutung.

2.4.2.6. Zusammenfassung

Zusammenfassend soll festgehalten werden, dass das Konzept Nation sowohl ethnozentrischen bis rassistischen Interpretationen als auch egalitären Ideen der Gleichheit und Gerechtigkeit dienen kann. Sein positiver Aspekt liegt m. E. in der Möglichkeit, unter Berufung auf die Nation kollektive Forderungen und Interessen zu artikulieren und sich gegen Ungerechtigkeit aufzulehnen. Der negative Aspekt besteht darin, mit Hilfe nationaler Demagogie partikuläre Interessen als Allgemeininteressen darzustellen und die Verantwortung für Missstände Minderheiten zuzuschieben oder andere Nationen als minderwertig zu betrachten. Der Nationalismusforscher Ernest Gellner vermittelt hingegen in einseitiger Weise, der Nationalismus sei für die meisten Grausamkeiten der Moderne verantwortlich gewesen (1999: 168). Dem sei entgegengehalten, dass 1.) etliche positive gesellschaftliche Errungenschaften von nationalistischen Bewegungen erkämpft wurden und 2.) auch aggressive Kriegspolitik ohne Nationalismus auskommen kann. Die heute allgegenwärtige Rhetorik und Politik der Verteidigung der westlichen Werte kann beispielsweise kaum als nationalistisch bezeichnet werden. Im Gegenteil: sie legitimiert ihren Herrschaftsanspruch antinationalistisch. Die Anmaßung, die Definitionshoheit über Schlüsselbegriffe wie Menschenrechte und Demokratie zu besitzen, funktioniert ohne nationalistische Mobilisierung und ist dennoch gefährlich, da der Anspruch auf die universelle Gültigkeit von Menschenrechten starken Nationen dazu dienen kann, anderen ihren Willen aufzuzwingen.

2.4.3. Minderheit

Minderheit soll als nicht bloß zahlenmäßige Unterlegenheit einer Gruppe gegenüber einer Mehrheit definiert werden. Der Vorzug wird einer Definition wie der des Soziologen Albert F. Reiterer gegeben, die eine geringere politische Machtausstattung, ein geringeres Sozialprestige sowie einen erschwerten Zugang zu den ökonomischen Ressourcen eines Systems „seitens einer durch kulturelle, sprachliche bzw. ethnischen Merkmale abgegrenzten Bevölkerungsgruppe“ (Reiterer 2002: 10) impliziert.

Als gemeinsames Kriterium für Minderheiten soll das hegemoniale Verhältnis, in dem die Mehrheit der Minderheit gegenüber steht, bestimmt werden. Schon im parlamentarisch-demokratischen System ist die geringere Machtausstattung infolge des Mehrheitsprinzips als Legitimation für politische Entscheidungen eingeschrieben. Die Mehrheit (bzw. ihre Repräsentanten) hat die Macht, die Bedingungen für alle zu definieren, auch hinsichtlich des allgemeinen oder öffentlichen Sprachgebrauchs, der legalen politischen Organisation oder der Zugänglichkeit zu sozialen und politischen Ressourcen nach kulturellen oder ethnischen Grenzlinien (vgl. ebd.: 11 f.).

Die Hegemonialstruktur kann unterschiedlich ausgeprägt sein und „Minderheiten zu abgewerteten Außenseitern machen“ (ebd.: 12). Sich auf Elias und Scotson beziehend deutet Reiterer die Minderheitensituation als eine spezifische Ausprägung der „Konstruktion von Außenseitern und des sozialen Drucks zur Konformität“ im Allgemeinen (zit. nach ebd.). Demnach beansprucht ein „überlegenes Kollektiv“ ein „Gruppencharisma, das der unterlegenen Gruppe abgeht“ (ebd.). Dies beinhaltet auch den Anspruch der überlegenen Gruppe auf kulturelle und moralische Überlegenheit. Wenn dieser Überlegenheitsanspruch von der unterlegenen Gruppe zumindest teilweise hingenommen wird, bezeichnet man dies als Hegemonie (ebd.).

Für Angehörige einer Minderheit hat zudem die Frage nach dem Bekenntnis zu einer Identität einen anderen Stellenwert als für die Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung. Die Identität von Mehrheiten wird selbstverständlich vorausgesetzt, während Minderheiten oft einem ständigen Druck ausgesetzt sind sich zu bekennen. In Kärnten wurden z. B. zu gewährende Minderheitenrechte zur Disposition gestellt, indem gefordert wurde, man müsse zuerst die zahlenmäßige Stärke der Minderheit eruieren. Diese Art der Volkszählung wurde meist als „Minderheitenfeststellung“ bezeichnet. Allgemein ist der Gesellschaft ein gewisser Druck zur sozialen und kulturellen Konformität immanent. Für Minderheiten gilt dieser Anpassungsdruck im Besonderen (vgl. Elias / Scotson. zit. nach ebd.). Der Staat kann diesem

Druck kompensatorisch entgegenwirken. Im Österreich der Zweiten Republik war dieser Anspruch zweifellos vorhanden und kam auch abseits der im Österreichischen Staatsvertrag von Wien festgeschriebenen völkerrechtlichen Verpflichtungen in der politischen Rhetorik zum Ausdruck. Anspruch und Realität lagen jedoch manchmal weit auseinander.

Der österreichische Völkerrechtler katholisch-deutschnationaler Prägung Theodor Veiter, welcher sich des Öfteren mit der Problematik der Kärntner Slowenen befasste, plädierte in den 1970er Jahren immer wieder dafür, anstatt des Begriffes „nationale Minderheit“ die Bezeichnung „Volksgruppe“ zu verwenden (Veiter 1975: 14). Mit Minderheit wäre ihm zufolge „eine gewisse Herablassung“ jener verbunden, die ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit geschuldet, im „demokratischen Staat freiheitlicher Prägung“ über öffentliche Angelegenheiten nicht mitentscheiden könnten und dazu verurteilt seien „als Minderheit überstimmt zu werden, niemals zu irgendeinem Einfluß zu gelangen“ (ebd.). „Sie ist keine minderwertige oder minderberechtigte Minderheit, sondern eigenständig, nach Gottes Schöpfungsplan dazu berufen, in diese Welt Vielfalt zu tragen“ (ebd.: 16). Im Unterschied zur Volksgruppe hätte eine Sprachminderheit „außer der eigenen Sprache kein verbindendes Element [...] insbesondere auch kein Zusammengehörigkeitsbewußtsein, kein Heimatgefühl und keine ethnopolitische Zielsetzung“ (ebd.: 16). Der Begriff Volksgruppe ist aber m. E. deshalb problematisch, weil er nichts über die soziale Stellung der betreffenden Gruppe aussagt, d. h. kein untergeordnetes Sozialprestige impliziert. Hier wird der Vorzug also dem Terminus nationale Minderheit gegeben, da dieser 1.) nicht bloß eine ethnische Entität meint, sondern auch den unterprivilegierten Status im Kontext der Gesamtgesellschaft erfasst (vgl. Flaschberger / Reiterer 1980: 13) und 2.) im Unterschied zum Begriff „Sprachminderheit“ auch identitäre Aspekte wie z. B. ein ausgeprägtes Wir-Bewusstsein inkludiert.

Zusammenfassend soll festgehalten werden, dass eine Gruppe nicht aufgrund ihrer besonderen kulturellen Essenz als Minderheit bezeichnet wird, sondern wegen ihres untergeordneten Status in Bezug auf die Mehrheit. Wie beim Begriff Ethnizität ist auch bezüglich Minderheit der relationale Charakter entscheidend.

2.4.3.1. Nationale (Grenz)Minderheit

Die Slowenen in Kärnten sind heute eine nationale Minderheit. Zur Minderheit wurden sie erst im Prozess des Wandels vom Territorialstaat zum Nationalstaat. Während sich der Territorialstaat gegenüber der ethnischen Zugehörigkeit seiner Bevölkerung weitgehend

indifferent verhielt, strebt der Nationalstaat „die Übereinstimmung von staatlicher Organisation und ethnischer Zugehörigkeit“ an (Heckmann 1992: 60). Durch den Verbleib des überwiegend slowenisch besiedelten Teiles Kärntens bei Österreich wurden die Slowenen in Kärnten zu einer nationalen (Grenz)Minderheit.

„Nationale Minderheiten sind sozialstrukturell heterogene Bevölkerungsgruppen, die in Folge der Konstitution des Nationalstaats aufgrund historischer Siedlungsstrukturen, oder Staatsgebietsveränderungen als Resultat von Vereinbarungen oder Konflikten zwischen Nationalstaaten, innerhalb eines in Bezug auf ihre ethnische Identität, Kultur und Geschichte fremden Staatsgebiet leben“ (ebd.: 62).

Wie bei abstrakten Definitionen meist der Fall, treffen diese streng genommen in konkreten Situationen nicht zur Gänze zu. Die Slowenen in Kärnten waren beispielsweise – wie weiter oben bereits erörtert – sozial weniger differenziert als die deutschsprachige österreichische Mehrheitsbevölkerung. Weiters, so Heckmann, sind nationale Minderheiten

„häufig eines Teils ihrer bürgerlichen Rechte beraubt oder in der Ausübung von Rechten behindert; sie sind typischerweise einem starken Assimilierungsdruck unterworfen. Ihr politisches Ziel sind enge Beziehungen zu oder der Anschluß an den in Bezug auf ihre historisch-kulturelle Identität zugehörigen und ihren sozial-ökonomischen Interessen förderlichen Nationalstaat“ (ebd.).

Diese Kriterien treffen auf die Kärntner Slowenen durchaus zu. Mehr als für die gegenwärtige Situation gilt dies, zumindest im Fall der fehlenden bürgerlichen Rechte, jedoch für die Vergangenheit. Während das politische Ziel eines Anschlusses an Jugoslawien bald nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund der Nichtrealisierbarkeit verworfen wurde, sind enge politische und kulturelle Beziehungen zur Republik Slowenien, zumindest zwischen den Repräsentanten der slowenischen Minderheit und den Repräsentanten des slowenischen Staates, nach wie vor vorhanden. Ein Großteil der Minderheitenförderung wird den Kärntner Slowenen auch heute noch von der Republik Slowenien zur Verfügung gestellt. Das Kulturleben der Kärntner Slowenen wurde in der Zweiten Republik in beträchtlichem Maß von Jugoslawien gefördert. Dass sich der im Slowenischen so genannte Mutterstaat (*matična država*) auch in der Gegenwart um den Fortbestand „seiner“ ethnischen Gruppe im Ausland bemüht, deutet darauf hin, dass das nationale Interesse nicht ausgedient hat. Dasselbe gilt auch für das besondere Verhältnis Österreichs zu Südtirol. Ungeachtet der oft vorgetragenen Redensart der gegenseitigen Bereicherung, von der Nützlichkeit der Mehrsprachigkeit und Vielfalt, blicken Nationalstaaten besonders auf Grenzminderheiten mit einem argwöhnischen Auge. Trotz aller Europa-Rhetorik befürchten nicht nur politische Kräfte aus dem Umfeld der FPÖ (in Kärnten derzeit FPK) ein Aufleben slowenisch-nationaler Ansprüche, auch wenn dies unter den

gegenwärtigen Verhältnissen unrealistisch erscheinen mag. Wenn Slowenisch, wie bereits vermehrt der Fall, in der Schule wie eine Fremdsprache unterrichtet wird, die Ansprüche auf Amtssprache und Topographie weitgehend negiert werden, kurzum, Slowenisch wie eine Sprache des Nachbarn, die zu erlernen von Vorteil ist, behandelt wird, ist die Zustimmung breit. Sobald über nationale Rechte der Slowenen in Österreich gesprochen wird, ist die Zustimmung deutlich geringer. Es ist zumindest fraglich, ob die Umsetzung des Artikels 7²⁰ des Staatsvertrages von Wien nur von der Kärntner Politik bis auf den heutigen Tag blockiert wird. Formal ist jedenfalls der Bund für dessen Realisierung zuständig. Mehrsprachigkeit mag erwünscht sein, stark ausgeprägtes „fremdnationales“ Bewusstsein ist es nicht. Nun ist ein slowenisches Nationalbewusstsein bei der jüngeren Generation der Kärntner Slowenen m. E. kaum vorhanden. Stark ausgeprägt ist aber bei Kärntner Slowenen generationenübergreifend das Bewusstsein einer von der österreichischen bzw. Kärntner Norm abweichenden Identität und ein damit einhergehender Stolz. Dieses Bewusstsein kann unter bestimmten Umständen wieder zu nationalem Bewusstsein werden.

2.4.3.2. Der Minderheitendiskurs – zwischen Universalismus und Differenz

Die Solidaritätskomitees für die Rechte der Kärntner Slowenen entstanden in Anlehnung an die Solidaritätskomitees für Vietnam (Interview mit Messner 2009), die das Zentrum der internationalen antikolonialistischen Bewegung bildeten. In Anlehnung an die antiimperialistischen Solidaritätsbewegungen mit der „Dritten Welt“ wollte man die politisch aktiven Teile der österreichischen Bevölkerung auch für die Anliegen der „Unterdrückten im eigenen Land“ mobilisieren können. Im Kontext des Minderheitendiskurses bewegt sich das Engagement für Gleichberechtigung in einem Spannungsfeld zwischen Gleichheit und Verschiedenheit:

„Der Minderheitendiskurs ist in seiner Grundstruktur philosophisch ein Diskurs über die Dialektik von Universalismus und Differenz, über Gleichheit und Besonderheit, über den Anspruch aller Menschen, eine jeweils unverwechselbare Identität zu haben“ (Reiterer 2002: 173).

Die linke Strömung der Kärntner Slowenen in den Solidaritätskomitees sah sich als Teil einer

²⁰Im Artikel 7 des Staatsvertrages von Wien 1955 wurden die Rechte der slowenischen Minderheit in Kärnten und der Steiermark sowie der Burgenlandkroaten festgelegt. Bereits im Oktober 1955 richteten der Zentralverband slowenischer Organisationen (ZSO) und der Rat der Kärntner Slowenen (NSKS) ein gemeinsames Memorandum an die österreichische Bundesregierung, in dem die Umsetzung der in Artikel 7 zugestandenen Rechte gefordert wird. Der Forderungskatalog wurde bis heute nicht berücksichtigt und der Artikel 7 in einigen Punkten nicht erfüllt.

größeren internationalen Bewegung im Kontext des antikolonialen Aufbegehrens sowie nationaler und sozialer Emanzipationsbewegungen rund um den Globus und verkörperte in dem Sinn die dialektische Beziehung zwischen Universalismus und Differenz. An dieser Stelle sei aber auch angemerkt, dass das vom postmodernen Diskurs verlangte „Recht auf Differenz“ folgerichtig auch für Mehrheiten Anwendung finden sollte:

„Wenn wir dem [Recht auf Differenz und Selbstbestimmung. Anm. d. Verf.] bei Minderheiten Verständnis entgegen bringen und daher Assimilation als erzwungene Strategie verwerfen, so sollten wir konsequent genug sein, dieses Bedürfnis allgemein anzuerkennen, also auch das Bedürfnis der Mehrheitsbevölkerung gegenüber globalisierenden Tendenzen“ (ebd.: 102 f.).

Wenn man sich einige Ausgaben der linken Kärntner slowenischen Studentenzeitschrift *Kladivo* ansieht, kann diese Verbindung zwischen Universalismus und Differenz gut erkannt werden. Bei meinen Recherchen konnte ich drei Schwerpunkte feststellen: 1.) Die Rechte der Kärntner Slowenen, 2.) der Unabhängigkeitskampf der Völker der „Dritten Welt“ und 3.) die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die weltweite kommunistische Bewegung. Damals reichte diese Sichtweise bis weit in die Strukturen des sozialdemokratischen Zentralverbandes slowenischer Organisationen (ZSO) hinein. Zumindest kann man eine derartige Weltsicht in dessen Druckorgan, dem *Slovenski vestnik*, in den 1970er Jahren häufig vorfinden. Dies ist m. E. teilweise auf die Radikalisierung der Politik des ZSO aufgrund des Drucks der Jugend- und Studentenbewegung zurückzuführen, vor allem aber auf die sozialistische und blockfreie Orientierung des Förderstaates Jugoslawien.

3. Historische Momente

Im Folgenden werden die historischen Momente skizziert, vor deren Hintergrund sich die slowenische Protestbewegung und die österreichweite Solidaritätsbewegung, die in dieser Arbeit behandelt wird, entwickelten. Es sollen hierbei keine Interpretationen vorgenommen, sondern lediglich in aller Kürze auf Faktisches hingewiesen werden. Vorerst soll dem Leser/der Leserin lediglich in übersichtlicher Weise dargestellt werden, welche Ereignisse die slowenische und die mit den Slowenen solidarische Bewegung am meisten prägten.

3.1. Die Jubiläumsfeierlichkeiten zum 10. Oktober 1970

Der 10. Oktober ist der Kärntner Landesfeiertag und wird bis heute feierlich begangen,

besonders zu Jubiläumsjahrzehnten, so auch im Jahr 1970. Dabei wird an das Plebiszit im Jahre 1920 erinnert. Bei dieser Volksabstimmung wurde mit 59,04% der abgegebenen Stimmen für den Anschluss Südkärntens an Österreich und gegen eine Eingliederung in das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS) entschieden, obwohl bei der Volkszählung im Jahr 1910 in der späteren Abstimmungszone Zone A²¹ 68,6% als Umgangssprache Slowenisch angegeben hatten (Wadl 1990: 178 f.). Dem Plebiszit 1920 ging ein Grenzkonflikt zwischen dem Königreich SHS und der damaligen Republik Deutschösterreich voraus. Nach Ende des Ersten Weltkrieges kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Verbänden der Kärntner Landesregierung und Truppen des Königreiches SHS. Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen stellte den Anspruch auf den überwiegend slowenisch besiedelten Teil Kärntens. Der bewaffnete Kampf gegen die vom Königreich angestrebte Annexion Südkärntens wird seitdem in der vorherrschenden Kärntner Sichtweise als „Kärntner Abwehrkampf“ bezeichnet und ist ein wesentlicher Bestandteil der Geschichtstradition. In den Reihen der SPÖ wurde einige Zeit lang darüber diskutiert, die 10.-Oktober-Feiern einzustellen, da diese nicht zu einem friedlichen Zusammenleben beitragen würden. Der erste Kärntner Landeshauptmann nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, Hans Piesch²², überlegte beispielsweise, den 10. Oktober als Feiertag abzuschaffen, um – wie er es ausdrückte – bei den Slowenen, die damals für Jugoslawien gestimmt hatten, „nicht immer wieder eine alte Wunde aufzureißen“ (zit. in Sima 1982: 269). Der Feiertag wurde jedoch beibehalten. Das 50-Jahre-Jubiläum der Volksabstimmung wurde groß gefeiert. Die slowenischen Verbände lehnten eine Teilnahme an den Feierlichkeiten wegen deren „minderheitenfeindlichem Klima“ ab (Naš tednik 15. 10. 1970: 1). U. a. wurde vom Land Kärnten nämlich Franz Koschier mit der Organisation der Jubiläumsfeiern 1970 beauftragt, was bei den slowenischen Verbänden wegen dessen NS-Vergangenheit für zusätzlichen Unmut sorgte²³. In einem Artikel der Laibacher Studentenzeitung Tribuna vom 22. Jänner 1971 wurden die Jubiläumsfeierlichkeiten von 1970 im Nachhinein gar als

²¹Das Abstimmungsgebiet war in zwei Zonen gegliedert. In Zone A (bzw. Zone I) befanden sich weder Klagenfurt noch Villach, die zwei größten Stadtzentren Kärntens. Klagenfurt befand sich in Abstimmungszone B (bzw. Zone II), Villach gehörte keiner der beiden Abstimmungszonen an. Hätte sich in Zone A am 10. Oktober 1920 eine Mehrheit für die Zugehörigkeit zum Königreich SHS entschieden, wäre auch in Zone B abgestimmt worden. Da sich jedoch die Mehrheit in Zone A für Österreich entschied, fand in Zone B gar keine Abstimmung mehr statt.

²²Piesch war NSDAP-Mitglied und arbeitete im rasse- und siedlungspolitischen Amt im Kreis Villach. Wegen seiner NS-Vergangenheit trat er im April 1947 zurück und Ferdinand Wedenig wurde sein Nachfolger.

²³Franz Koschier war während der deutschen Okkupation Jugoslawiens der Leiter der nationalsozialistischen Lehrerbildungsanstalt im besetzten Oberkrain und als solcher maßgeblich für Belange der Germanisierung zuständig.

„faschistisch-nazistische Passionsschauspiele“ bezeichnet (zit. in Tehovnik 1998: 12). Wie ich aus zahlreichen informellen Gesprächen mit ehemaligen Aktivisten der Kärntner slowenischen Protestbewegung erfuhr, fanden die ersten Aufschriftenaktionen slowenischer Studenten in Südkärnten vor allem aus Protest gegen die Jubiläumsfeierlichkeiten zum 10. Oktober statt.

3.2. Die Aufschriftenaktionen 1970

Eine kleine Gruppe in Wien studierender Kärntner Slowenen wollte den Jubiläumsfeiern zum 10. Oktober 1970 etwas entgegen setzen. Die im Kladivo-Kreis²⁴ organisierten Studenten suchten sich die einsprachigen Ortstafeln als Symbol aus, um auf die unerfüllten Minderheitenrechte aus dem Staatsvertrag von Wien 1955 hinzuweisen (Interview mit Messner 2009). Vom 8. bis 10. Oktober 1970 wurden die Ortstafeln in St. Johann im Rosental, Hundsdorf, Einersdorf, Moos, Mittlern, St. Michael ob Bleiburg, St. Stefan, Tschepitschach und Eisenkappel mit den entsprechenden slowenischen Ortsbezeichnungen besprüht. In der Nacht vom 25. auf den 26. Oktober wurde weiteren Ortstafeln in Klagenfurt, Völkermarkt, Bleiburg, Eberndorf, Rosegg, Hermagor und St. Stefan (Gemeinde Globasnitz) der slowenische Ortsname hinzugefügt. Vom 19. auf den 20. Dezember kam es zu weiteren Sprüh- und Flugblattaktionen in 22 Kärntner Ortschaften (Tehovnik 1998: 10 f.). Die Flugblätter waren von einem gewissen „Komitee zur Aufdeckung verdeckter Konflikte“ unterzeichnet. Dabei handelte es sich um den Kladivo-Kreis. Die Aufschriftenaktionen sorgten für große Aufmerksamkeit in der Kärntner Öffentlichkeit. Auch die slowenischen Zentralverbände mussten sich dazu positionieren, wobei sich der Zentralverband slowenischer Organisationen (ZSO) weniger von den Aktionen distanzierte als der Rat der Kärntner Slowenen (Narodni svet koroških Slovencev – NSKS). Die Aufschriftenaktionen wurden anfangs koordiniert und großräumig durchgeführt. Mit der Zeit wurden sie zum „Selbstläufer“ und vereinzelt fanden über Jahre hinweg immer wieder auf eigene Faust durch weniger organisierte Sprühaktivisten statt. Es kam in der Folge auch zu Vandalismus von beiden Seiten. Partisanengrabstätten und Kriegerdenkmäler wurden ebenso beschmiert und beschädigt wie diverse öffentliche Einrichtungen (ebd.: 12 ff.).

²⁴In Wien studierende Kärntner Slowenen begannen 1970 die linke politische Zeitschrift Kladivo (siehe Kap. 4.1.) herauszugeben. Das Kladivo blieb zwei Jahrzehnte das zentrale Organ der links orientierten Kärntner slowenischen Jugend und Studenten sowie der linken Opposition innerhalb des ZSO. Die Autoren der Zeitschrift Kladivo und andere daran Mitwirkende werden im Folgenden auch als „Kladivo-Kreis“ bezeichnet.

*Der Attentäta hot glocht
wiara's Attentat hot gmocht
hot sich sölba recht gwundat
über gor so vül Procht* (Kladivo 1970. Nr 4: 7).

Diese ironische Abwandlung eines in Kärnten bekannten Gedichtes spielt auf die Reaktionen an, die nach den ersten Aufschriftenaktionen slowenischer Aktivisten durch die Kärntner Medien gingen. Dort wurden die Ortstafelbesprüher als „Schmiertrupps“ (Kärntner Tageszeitung 28. 10. 1970: 3; Kleine Zeitung: 28. 10. 1970: 7) bezeichnet. Der Kärntner Heimatdienst (KHD) meinte, es seien „Schmieraktionen slowenischer Chauvinisten“ gewesen und forderte ein hartes Vorgehen dagegen:

„Im Interesse des Friedens in Kärnten fordert die Bevölkerung, daß seitens der zuständigen Behörden größte Anstrengungen unternommen werden, um die staatsfeindlichen Täter auszuforschen“ (zit. in Volkszeitung 29. 10. 1970: 6).

Ein dilettantisch gebastelter Sprengkörper, den man beim Abstimmungsgedenkstein in Straufand, wurde in der Kärntner Presse als „Höllenmaschine“ (Volkszeitung: 10. 10. 1970: 1; Kärntner Tageszeitung 10. 10. 1970: 3) bezeichnet. Die Kärntner Tageszeitung berichtete von einem missglückten Bombenanschlag (10. 10. 1970: 3). Die Täter wurden nicht ausgeforscht und es ist unklar, ob diese aus dem Umfeld der slowenischen Jugendbewegung kamen. Die Jungaktivisten spielten der medialen Stimmungsmache jedoch manchmal durchaus in die Hände, da sie dem Geist der Zeit entsprechend teilweise eine militante Attitüde an den Tag legten. Im ersten Flugblatt des „Komitees zur Aufdeckung verdeckter Konflikte“ wurde z. B. angekündigt, dass die konstruktive Beziehung zu den Machthabern ein Ende nehmen werde, wenn die zweisprachigen Ortstafeln nicht bald stehen würden (zit. in Kladivo 1970 Nr. 4: 4).

3.3. Der Prozess gegen Marjan Sturm

Der heutige Obmann des Zentralverbandes slowenischer Organisationen (ZSO), Marjan Sturm, hatte in der Nacht zum 26. Oktober 1970 einer Ortstafel in Hermagor die entsprechende slowenische Ortsbezeichnung „Šmohor“ hinzugefügt. Er wurde als einziger slowenischer Aufschriftenaktivist aufgrund einer Denunziation von der Polizei identifiziert, worauf ihm der Prozess gemacht wurde. Am 26. März sollte dieser am Bezirksgericht Klagenfurt stattfinden, wurde jedoch kurzfristig abgesagt. Es kam zu mehreren Protestnoten seitens Kärntner slowenischer Organisationen und vor allem auch von offizieller jugoslawischer Seite. Auch in jugoslawischen Medien wurde vielfach darüber berichtet und es kam zu großen Demonstrationen und Protestkundgebungen. Der Prozess gegen Marjan Sturm

sollte am 25. Mai 1971 in Klagenfurt beginnen, auf Antrag der Verteidigung wurde er nach Wien, später an das Oberlandesgericht Graz und letztendlich an das Bezirksgericht Leoben delegiert, wo er am 27. Jänner 1972 auch stattfand. Der Prozess war für den österreichischen Staat jedoch eher kontraproduktiv, da im Ausland daran Kritik geäußert wurde. Auch in der österreichischen Öffentlichkeit war das Vorgehen gegen Marjan Sturm umstritten, ebenso stellten sich beide slowenischen Zentralverbände unmissverständlich auf die Seite des Jungaktivisten und rückten in ihren Wochenzeitungen diesen Gerichtsprozess ins Zentrum der Berichterstattung (siehe z. B. Slovenski vestnik 27. 1. 1972: 1 ff.). Es wurde kritisiert, dass jemandem der Prozess gemacht wird, der nichts Anderes als auf einen „rechtswidrigen Zustand“ aufmerksam machen wollte. „Dieses Verhalten ist eines Staates, der sich so gerne als ‚Rechtsstaat‘ bezeichnet, unwürdig“ (Naš tednik 3. 2. 1972: 5 [eigene Übersetzung]). Der Prozess wurde letztlich wegen der Geringfügigkeit des Sachschadens (5,50 Schilling für die Reinigung der Ortstafel) offiziell eingestellt, realiter aber wohl eher wegen seiner politischen Brisanz und den Beziehungen zu Jugoslawien.

3.4. Das Ortstafelgesetz 1972

Laut dem Ortstafelgesetz von 1972 sollten in 205 Südkärntner Ortschaften zweisprachige Ortstafeln aufgestellt werden. Kriterium für eine zweisprachige Ortstafel war, dass sich bei der Volkszählung 1961 im jeweiligen Ort mindestens 20% zur slowenischen Umgangssprache bekannt hatten. Die SPÖ beschloss das Ortstafelgesetz am 6. Juli 1972 mit einer äußerst knappen Mehrheit von 90 zu 87 Stimmen im Nationalrat gegen die Stimmen der ÖVP und der FPÖ. Das Ortstafelgesetz war ein Kompromiss, der innerhalb der SPÖ²⁵ gegen alle anderen Beteiligten getroffen wurde. Die ÖVP kündigte an, das Gesetz sofort wieder außer Kraft zu setzen, sobald sie die dazu nötige Mehrheit im Parlament haben würde (Slovenski vestnik 6. 10. 1972: 1). Die FPÖ lehnte, ebenso wie die so genannten Heimatverbände Kärntner Heimatdienst, Kärntner Abwehrkämpferbund und Kärntner Landsmannschaft, eine Regelung der Ortstafelfrage ohne vorausgehende „Minderheitenfeststellung“ ab. Auch beide slowenischen Zentralverbände sowie alle anderen Kärntner slowenischen Organisationen lehnten das Ortstafelgesetz ab, da es ihrer Ansicht nach nicht dem Staatsvertrag entsprach. Der Rat der Kärntner Slowenen (NSKS) und der Zentralverband slowenischer Organisationen

²⁵Auch innerhalb der SPÖ gab es beträchtliche Auffassungsunterschiede bezüglich der Interpretation des Artikels 7 des österreichischen Staatsvertrages.

(ZSO) richteten an den Verfassungsdienst beim Bundeskanzleramt eine Stellungnahme zum Entwurf des Bundesgesetzes, worin kritisiert wurde, dass

1. sich die Anbringung zweisprachiger Topographie nur auf Bezeichnungen und Aufschriften erstrecken würde, welche von Gebietskörperschaften (Bund, Land, Gemeinde) angebracht werden. Diese Verpflichtung sollte sich nach Ansicht der slowenischen Zentralverbände auf sämtliche Träger der öffentlichen Verwaltung erstrecken.
2. die Festlegung des örtlichen Geltungsbereiches nicht dem Artikel 7 des österreichischen Staatsvertrages entspreche, da sie von einzelnen Ortschaften ausgeht, während im Artikel 7 von Verwaltungs- und Gerichtsbezirken mit slowenischer und gemischter Bevölkerung die Rede ist.
3. Ergebnisse einer „Minderheitenfeststellung“ oder andere Volkszählungsergebnisse (1961) als Grundlage für den Geltungsbereich dienen sollten. Da die Volkszählungen der Republik Österreich seit 1920 immer den Zweck verfolgt hätten, die Zahl der Minderheit nach Möglichkeit herabzudrücken, sei dies inakzeptabel.
4. ortsübliche slowenische Bezeichnungen hätten verwendet werden sollen, anstatt der in der slowenischen Literatur und Presse verwendeten, welche wissenschaftlich fundiert sind²⁶ (Naš tednik 29. 6. 1972: 1, 4 f.).

Die SPÖ wollte das Gesetz trotz der Widerstände aller anderen maßgeblichen Akteure umsetzen. Wenige Tage nach Anbringung der ersten zweisprachigen Ortstafeln wurde bereits damit begonnen, diese wieder zu entfernen.

3.5. Der „Ortstafelsturm“ 1972

Als „Ortstafelsturm“ wird die gewaltsame Entfernung der zweisprachigen Ortstafeln in Kärnten im Oktober 1972 bezeichnet. Als am 20. September 1972 mit der Aufstellung der ersten zweisprachigen Ortstafeln begonnen wurde, kam es noch am selben Abend zu Beschädigungen ebendieser. In den folgenden Tagen wurden Ortstafeln gewaltsam entfernt,

²⁶Die slowenischen Verbände kritisierten, dass die slowenische Mundart anstatt der slowenischen Hochsprache verwendet werden sollte. Z. B. sollte für „Dorf“ das umgangssprachliche „ves“ anstatt der korrekten Schreibweise „vas“ verwendet werden, was von vielen Slowenen als Herabwürdigung des Slowenischen zur Haus- und Hofsprache empfunden wurde. Der Slawist Otto Kronsteiner meinte über die in Kärnten geführten Diskussion zu diesem Thema, dass „man den Eindruck gewann, hochsprachlich sei gleichbedeutend mit ‚landesfeindlich‘ und mundartlich mit ‚landesfreundlich‘“ (Kronsteiner 1982: 54).

während sich die Exekutive weitgehend passiv verhielt. Gegen amtsbekannte Täter eingeleitete Verfahren wurden auf Weisung aus Wien eingestellt (Valentin 2005: 204 f.).

Am 3. Oktober versammelten sich in St. Kanzian etwa 400 Aktivisten, um möglichst viele zweisprachige Ortsschilder in einer Großaktion zu entfernen. Den Höhepunkt erreichten die Aktionen am 9. Oktober, als Aktivisten in Fahrzeugkolonnen durch Südkärnten fuhren und alle noch stehenden zweisprachigen Ortstafeln entfernten, um sie vor der Kärntner Landesregierung in Klagenfurt zu deponieren (ebd.: 205). Die zweisprachigen Ortstafeln wurden als Vorwegnahme einer späteren Annexion Südkärntens durch Jugoslawien betrachtet. Es kam auch zu mehreren gewalttätigen Übergriffen und Drohungen gegenüber Slowenen (siehe z. B. Naš tednik 26. 10. 1972: 1). Der Erziehungswissenschaftler Peter Gstettner sprach in diesem Zusammenhang vom „Ortstafelpogrom“ (Online: 2002).

Die slowenischen Zentralverbände waren, wie viele andere Kärntner Slowenen, von den Ereignissen schockiert und wegen des Handelns der Exekutive empört. Man nahm die Polizei als „Wächter von Horden nationalistischer und faschistischer Vandalen“ wahr (Slovenski vestnik 28. 9. 1973: 3 [eigene Übersetzung]). Der „Ortstafelsturm“ führte bei den slowenischen Zentralverbänden zu einem distanzierteren Verhältnis zu den beiden österreichischen Großparteien ÖVP und SPÖ. Die Geschehnisse wurden zudem in ganz Österreich sowie in der internationalen Presse vielfach kritisiert. So berichtete z. B. die „Chicago Tribune“ am 15. 12. 1972 über „nazistische Ortstafelentferner“ (zit. in Naš tednik 11. 1. 1973: 1[eigene Übersetzung]). Auch in sowjetischen Medien wurde der „Ortstafelsturm“ thematisiert. Die Zeitung „Izvestija“ berichtete über „antislowenische Aktivitäten“ und bezeichnete diese als „neofaschistische Provokationen“ (zit. in Slovenski vestnik 10. 11. 1972: 2 [eigene Übersetzung]). Vor allem in Jugoslawien war der „Ortstafelsturm“ Thema in Politik und Medien. Der jugoslawische Präsident Josip Broz – Tito kommentierte ihn folgendermaßen:

„Leider gibt es in Österreich faschistische Elemente, die jetzt nicht bloß unseren Minderheiten, sondern ganz Österreich Sorgen bereiten. Das bedauern wir, allerdings können wir nicht zulassen, dass jene, welche in unserem Land so viel Blutvergießen verursacht haben – und das waren die Faschisten – auf diese Art mit unseren Minderheiten umgehen“ (zit. in Slovenski vestnik 17. 11. 1972: 1 [eigene Übersetzung]).

Die großen deutschsprachigen Tageszeitungen brachten zum Großteil Verständnis für die „Ortstafelstürmer“ auf. Eine gewisse Ausnahme bildet die SPÖ-nahe Kärntner Tageszeitung (KTZ), welche das von ihrer Partei getragene Gesetz zu verteidigen hatte. In der KTZ

versuchte man das Geschehen zu beschwichtigen. Es wurde von einer „gelenkte[n] Aktion“ (4. 10. 1972: 1) und von „Zusammenrottungen“ (5. 10. 1972: 5) gesprochen. Das „zaghafte“ Verhalten der Polizei wurde indes für gut befunden, da die Lage ansonsten eskalieren hätte können (12. 10. 1972: 1 f.). Die ÖVP-nahe Volkszeitung tendierte im Unterschied zur KTZ dazu, die Ausschreitungen größer erscheinen zu lassen als sie tatsächlich waren, und sprach von „Massenaktion[en]“ (6. 10. 1972: 2). Ihr Chefredakteur Walter Raming identifizierte die Ortstafelstürmer gar mit dem Volk:

„Wo steht denn geschrieben, daß ein Gesetz jetzt und nun, um jeden Preis sofort durchgesetzt werden muß? Wir leben in einer Demokratie. Das Volk sagt ‚Nein‘. Wie wäre es, wenn die Regierungsverantwortlichen die Durchführung des Gesetzes so lange aussetzen würden, bis tatsächlich durch eine breite Meinungsbildung mit den anderen Parteien und mit der Minderheit eine Lösung und Novellierung des Gesetzes gefunden wird?“ (5. 10. 1972: 1).

Man war bemüht, den „Ortstafelsturm“ in einem freundlichen und demokratischen Licht darzustellen. Der damalige stellvertretende Chefredakteur der Volkszeitung, Ingomar Pust, schreibt über „friedliche Demonstrationen“, bei denen „keine Ortstafeln mehr beschädigt, sondern nur noch abmontiert und unbeschädigt den Behörden übergeben“ worden seien (15. 10. 1972: 2) und setzt fort:

„Der Tafelsturm im Grenzland hat sich nie gegen die Minderheit gerichtet. Der Kärntner deutscher Zunge lebt im besten Einvernehmen mit seinem slowenischen Nachbarn. Es gibt keinen Haß gegen die Slowenen. Die Kärntner revoltieren nicht gegen slowenische Landsleute, sondern gegen ein ihnen überfallsartig aufgezwungenes Gesetz, das mit slowenischen Aufschriften in Orten ohne Slowenen der Landschaft ein slowenisches Gesicht verleiht. Aber dagegen wehren sie sich nicht, weil sie etwa intolerante nationalistische Hinterwäldler wären, sondern deshalb, weil sie fürchten, daß diese Verfälschung des ethnographischen Bildes ihnen bei künftigen jugoslawischen Gebietsforderungen zum Verhängnis werden könnte“ (ebd.).

Am 15. Oktober 1972 organisierte der Kärntner Heimatdienst in Klagenfurt eine Großkundgebung, um gegen das Ortstafelgesetz zu demonstrieren. Daran nahmen laut Polizei über 10.000 Menschen teil (zit. nach Volkszeitung 17. 10. 1972: 1). Die Gegner zweisprachiger Ortstafeln erwiesen sich als gut organisiert, konnten sie doch relativ spontan einige tausend Menschen mobilisieren. Die SPÖ war bemüht, die Lage zu beruhigen und stand vorerst noch hinter ihrem Gesetz, jedoch war auch innerparteilich der Druck gegen das Ortstafelgesetz bereits spürbar. Am 28. Oktober 1972 kam es in der Klagenfurter Arbeiterkammer zur Funktionärskonferenz der SPÖ, bei welcher über die Ortstafelfrage diskutiert wurde. Bundeskanzler Bruno Kreisky sollte als Hauptredner die Politik der SPÖ in

dieser Frage bestärken. Vor dem Haupteingang der Arbeiterkammer kam es zu Demonstrationen der Gegner zweisprachiger Ortstafeln. Kreisky wurde beim Verlassen des Gebäudes attackiert und u. a. als „Saujud“ beschimpft, „rettete sich (...) in einen Dienstwagen, der ihn zum Flugplatz brachte“ (Valentin 2005: 207) und überließ es vorerst dem Kärntner Landeshauptmann Sima, mit den nationalen Konflikten fertig zu werden. Kreisky sah das Gesetz als gescheitert an und schlug in weiterer Folge eine „geheime qualifizierte Volkszählung“ (zit. nach Kärntner Tageszeitung 2. 6. 1973: 1) zur Ermittlung der prozentuellen Stärke der slowenischen Minderheit vor. Hans Sima wurde wenig später als Landesparteiobmann der SPÖ, danach auch als Kärntner Landeshauptmann, von Leopold Wagner abgelöst. Der neue Parteiobmann formulierte die geänderte Vorgehensweise im Bereich der Minderheitenpolitik wie folgt:

„Wir bekennen uns zur Erfüllung der Minderheitenschutzbestimmungen des Staatsvertrages, aber nicht um den Preis, dass wir unsere Partei auf dem Altar des Vaterlandes opfern. Wir werden neue Lösungsversuche nicht mehr auf den Tisch legen“ (zit. in Valentin 2005: 209).

Der „Ortstafelsturm“ war insofern erfolgreich, als das „Ortstafelgesetz“ nicht umgesetzt werden konnte, gleichzeitig sorgte er aber für Empörung im In- und Ausland und trug in weiterer Folge zur Bildung einer österreichweiten Solidaritätsbewegung mit den Kärntner Slowenen bei.

3.6. Die Demonstration des Solidaritätskomitees in Klagenfurt am 25. 10. 1973 – der „Gründungsakt“ der Solidaritätsbewegung

Nachdem sich die zugespitzte Atmosphäre des „Ortstafelsturmes“ wieder etwas entspannt hatte, gelangten Teile der politisch aktiven Kärntner slowenischen Bevölkerung zur Ansicht, dass man wenig bewegen werde, wenn weiterhin nur das politische Establishment der Adressat der Forderungen bleiben würde. Deshalb wurde das Solidaritätskomitee für die Rechte der Kärntner Slowenen in Klagenfurt gegründet, in welchem vor allem auch Organisationen der deutschsprachigen Mehrheitsbevölkerung für Minderheitenrechte eintreten sollten. Die erste sichtbare Handlung des Solidaritätskomitees war die Demonstration am 25. 10. 1973 in Klagenfurt.

Ein Resultat der zunehmenden Distanzierung der slowenischen Zentralverbände von SPÖ und ÖVP war die Suche nach Verbündeten in der deutschsprachigen Mehrheitsbevölkerung. Nach

dem Ortstafelsturm gab es vor allem im Bereich der intellektuellen Zivilgesellschaft²⁷ und im studentischen Milieu eine größere Sensibilität gegenüber den Problemen der slowenischen Minderheit.

Die eigentliche Initiative zur Bildung eines Bündnisses, das für die Rechte der Kärntner Slowenen eintreten sollte, kam jedoch von slowenischen Studenten in Wien. Der Klub slowenischer Studenten in Wien, die Zeitschrift *Kladivo* und der Klub *mladje*²⁸ schickten an mehrere Kärntner Organisationen eine Einladung zur ersten gemeinsamen Sitzung, deren Ziel es war, ein Solidaritätskomitee für die Kärntner Slowenen zu bilden.²⁹

„Der Klub slowenischer Studenten, das *Kladivo* und der Klub *mladje* sind überzeugt, dass die Kärntner Slowenen nur mit Hilfe nicht-slowenischer demokratischer Organisationen ihre Ziele erreichen werden. Aber das ist nicht der einzige Grund, warum sie sich für die Gründung eines Solidaritätskomitees einsetzen. Genauso ausschlaggebend für ihre Entscheidung ist die Tatsache, dass die Rechte der slowenischen Volksgruppe nicht nur die Slowenen tangieren, sondern alle demokratisch denkenden Österreicher.“ (*Kladivo* 1973. Nr. 2: 3 [eigene Übersetzung]).

Da die österreichische Bundesregierung mit der Gründung der „Studienkommission für Probleme der slowenischen Volksgruppe in Kärnten beim Bundeskanzleramt“³⁰ und der von

²⁷Der Begriff Zivilgesellschaft wurde im letzten Jahrzehnt im politischen Diskurs m. E. überstrapaziert. In vorliegender Arbeit wird er im Sinne Antonio Gramscis verwendet und meint „die Vermittlung bürgerlicher Herrschaft nach unten bzw. eine das repressive Machtregime der Bourgeoisie ergänzende Form der Herrschaft, die in der kulturellen Hegemonie ihren Ausdruck findet“ (zit. nach Langthaler / Pirker 2003: 140 f.). Die Eroberung der Zivilgesellschaft war für den italienischen Marxisten Gramsci die zentrale Voraussetzung für eine sozialistische Transformation der Gesellschaft. Im gegenwärtigen politischen Diskurs wird hingegen oft von einer anzustrebenden „Förderung der Zivilgesellschaft“ als Gegengewicht zu autoritären Machtstrukturen gesprochen, womit die Zivilgesellschaft als eine Art gesellschaftliches Idealbild verstanden wird (vgl. ebd.: 141).

²⁸Der Klub *mladje* war eine Initiative junger Kärntner slowenischer Kulturschaffender mit modernem Kulturkonzept. U. a. erschien die von ihnen herausgegebene Literaturzeitschrift „*mladje*“ über mehrere Jahrzehnte hinweg (siehe Kap. 4.3.).

²⁹Der Brief war an folgende Organisationen adressiert: Arbeitskreis Galerie Hildebrand / Bund demokratischer Lehrer / Bund Kärntner Studenten / Evangelische Jugend / Indochinakomitee Klagenfurt / Junge Generation in der SPÖ / Katholische Arbeiterjugend / Kinderfreunde / Kinderland – Junge Garde / Kommunistische Jugend Österreichs / KPÖ – Landesleitung / KZ – Verband / Roter Schülerbund / Sozialistische Jugend / Widerstandskämpfer. Alle diese Organisationen waren dazu eingeladen, einen Vertreter zur ersten Sitzung zu delegieren, die am 15. Juli in Klagenfurt stattfand (*Kladivo* 1973. Nr. 2: 4).

³⁰Nach dem gescheiterten Ortstafelgesetz von 1972 wurde auf Betreiben des Bundeskanzlers Bruno Kreisky die „Studienkommission für Probleme der slowenischen Volksgruppe in Kärnten beim Bundeskanzleramt“ eingerichtet. Sie sollte durch „gutachtliche Beratungen“ von Sachverständigen die Probleme, welche sich aus Abs. 3 des Art. 7 des Staatsvertrages von Wien 1955 ergeben würden, behandeln (Rundschreiben des Bundeskanzlers vom 20. 12. 1972, Zl. BKA 86.031-20/72 zit. in Unkart / Glantschnig / Ogris 1984: 48). Als Mitglieder der Kommission wurden folgende Personen und Organisationen berufen: „Vertreter der politischen Parteien in Kärnten, Vertreter der r.k. und ev. Kirche, Experten verschiedener Fachgebiete (Staatsrechtler, Völkerrechtler, Historiker, und Sprachwissenschaftler) und schließlich Vertreter der slowenischen Volksgruppe in Kärnten“ (Unkart / Glantschnig / Ogris 1984: 48). Die slowenischen Zentralverbände lehnten eine Mitarbeit in der Studienkommission ab. Sie begründeten dies u. a. damit, dass die ÖVP als Vertreter den Obmann des Bundes

dieser in Erwägung gezogenen „Minderheitenfeststellung“, auf die Linie der „chauvinistischen Kräfte der ÖVP und FPÖ“ (ebd.: 4 [eigene Übersetzung]) eingeschwenkt sei, „welche zur Zeit des Nazifaschismus auf der Seite der todbringenden Feinde des ganzen österreichischen Volkes standen“, sei dies ein gemeinsamer Kampf aller fortschrittlichen Kräfte gegen die Feinde der Demokratie (ebd. [eigene Übersetzung]).

„Für den Klub [slowenischer Studenten in Wien. Anm. d. Verf.], Kladivo und Mladje liegt die Hauptaufgabe des Komitees darin, die deutschsprachigen Österreicher in den Kärntner Zentren mit Flugblättern, Vorträgen u. ä. über die diskriminierende Natur der beabsichtigten Minderheitenfeststellung zu informieren und möglichst viele Menschen für die berechtigten Forderungen unseres Volkes zu mobilisieren“ (ebd. [eigene Übersetzung]).

Die slowenischen Zentralverbände nahmen an der ersten Sitzung nicht teil. Als sie jedoch bemerkten, dass die Einladung auf große Resonanz stieß, waren sie beim nächsten Mal anwesend und mobilisierten in der Folge für die bei der Sitzung beschlossene Demonstration am 25. 10. 1973. Bei der Demonstration nahmen nach offiziellen Angaben 1200, nach Angaben der Veranstalter über 3000 Personen teil. Slowenen hätten zwar die Mehrheit gestellt, es sei jedoch auch eine beträchtliche Anzahl deutschsprachiger Kärntner dabei gewesen (Slovenski vestnik 2. 11. 1973: 1). Der Obmann des Bundes Kärntner Studenten, Gerhard Friedrich, erklärte bei der Demonstration beispielsweise:

„Immer wieder wird versucht, das Eintreten für die Rechte der Kärntner Slowenen als einen Kulturkampf darzustellen, der nur die Slowenen etwas angeht. (...) Sich gegen solche Missachtungen der österreichischen Verfassung [den Artikel 7 des Staatsvertrages von Wien nicht umzusetzen. Anm. d. Verf.] zu wehren, ist Aufgabe aller demokratisch gesinnten Kärntner.“

Die zentralen Anliegen der Demonstration waren: 1.) Die Erfüllung des Artikels 7 des Staatsvertrages von Wien 2.) Die Ablehnung der „Minderheitenfeststellung“ 3.) Völkerfreundschaft.

Die Vorbereitungen zur Demonstration und die Demonstration selbst können als Gründungsmoment der Solidaritätsbewegung bezeichnet werden. Als erster Erfolg des gemeinsamen politischen Auftretens wird im Slovenski vestnik die Gründung des Amtes für Information und Beratung der slowenischen Volksgruppe in Kärnten noch im Jahr 1973 verzeichnet (Slovenski vestnik 21. 12. 1973: 1). Dieses Büro war eine Art Kulturreferat für die Kärntner Slowenen. Als Chef der Einrichtung wurde Pavle Apovnik, der damalige Vizeobmann des Zentralverbandes slowenischer Organisationen (ZSO), ernannt, womit

der Windischen und stellvertretenden Obmann des Kärntner Heimatdienstes, Valentin Einspieler, nominierte.

erstmalig seit Bestehen des unabhängigen Österreich ein bekennender Kärntner Slowene einem Amt der Kärntner Landesregierung vorstand.

3.7. Die Volkszählung besonderer Art 1976

Die Volkszählung besonderer Art, von den slowenischen Zentralverbänden als „Minderheitenfeststellung“ bezeichnet, fand am 14. 11. 1976 österreichweit statt. Sie wurde vor allem wegen der Kärntner Minderheitenproblematik durchgeführt. Um diese Maßnahme zu ermöglichen, wurde das Volkszählungsgesetz geändert. Die Volkszählung sollte dazu dienen, Zahlen zu erhalten, auf deren Grundlage das „Volksgruppengesetz“³¹ umzusetzen sei. Von den slowenischen Verbänden wurde eine solche Zählung über Jahrzehnte hinweg immer abgelehnt. In der Denkschrift „Zur Problematik des Gerichtssprachengesetzes“ vom 8. 3. 1960 erklärten ZSO und NSKS, „dass man durch die geplante Minderheitenfeststellung sich der Verpflichtung aus dem Staatsvertrag überhaupt entledigen will“ (zit. in Haas / Stuhlpfarrer 1977: 102 f.). 1970 schrieb der Slovenski vestnik, dass eine „Minderheitenfeststellung“ nach 50 Jahren „ununterbrochener Diskriminierung“ inakzeptabel sei (5. 6. 1970: 3).

Nachdem das Ortstafelgesetz gescheitert war, sah sich die SPÖ nach einer auf breiterem Konsens basierenden Lösungsmöglichkeit um. Anders gesagt: Sie schwenkte auf den Kurs ein, der von ÖVP, FPÖ, Kärntner Heimatdienst, Kärntner Abwehrkämpferbund, Kärntner Landsmannschaft vertreten wurde³², während man die Standpunkte der slowenischen Verbände weitgehend ignorierte. In der Kärntner Tageszeitung sprach sich Kreisky bereits 1973 für eine „geheime qualifizierte Volkszählung“ aus, die „völkerrechtlich vertretbar“ sei

³¹Das Bundesgesetz über die Rechtsstellung von Volksgruppen in Österreich, das so genannte Volksgruppengesetz vom 7. Juli 1976, ist für alle nicht-deutschsprachigen Volksgruppen in Österreich zuständig. Gemäß §2 Abs. 2 Z. 2 sind topographische Bezeichnungen in Gebietsteilen anzubringen, in denen eine verhältnismäßig beträchtliche Zahl der Volksgruppenangehörigen wohnt (Tehovnik 1998: 21).

³²Die genannten Parteien und Organisationen wollten eine „Minderheitenfeststellung“ durchführen und strebten eine restriktivere Interpretation des Artikels 7 des österr. Staatsvertrages an. Nachdem die Ortstafelregelung zustande kam, meinte die FPÖ, dass sie eine Nivellierung der Minderheitenrechte nach unten erreicht hätte: „1. Anstatt in 12 Gemeinden wird es nur in 8 Gemeinden zweisprachige Ortstafeln geben. 2. Anstatt in 21 Gemeinden wird nur in 14 Gemeinden Slowenisch zusätzlich zum Deutschen als Amtssprache zugelassen sein. 3. Bei den Bezirkshauptmannschaften werden nur jene Personen Slowenisch neben der deutschen Amtssprache in Anspruch nehmen können, die in einer Gemeinde wohnhaft sind, in der Slowenisch als zusätzliche Amtssprache zugelassen ist. 4. Slowenisch als zusätzliche Amtssprache neben der deutschen Amtssprache bedeutet, einen Dolmetscher in Anspruch nehmen zu können. Zusätzliche ‚doppelsprachige‘ Beamte sind nicht notwendig. 5. Die Kammern und die Sozialversicherung werden in ihren Angelegenheiten von der Amtssprachenregelung ausgeschlossen. 6. Beim Militärkommando Klagenfurt wird es keine Amtssprachenregelung geben. 7. Der Bezirk Hermagor wird in die Ortstafel- und Amtssprachenregelung nicht miteinbezogen“ (zit. in Haas / Stuhlpfarrer 1977: 110).

(Kreisky zit. nach KTZ 2. 6. 1973: 1), was von den slowenischen Verbänden als Sieg der Deutschnationalen interpretiert wurde (Naš tednik 7. 6. 1973: 2). Die slowenischen Zentralverbände bezogen wiederholt zu diesem Vorhaben Stellung und bezeichneten die Volkszählung besonderer Art stets als „Revision des Staatsvertrages“ (siehe z. B. Slovenski vestnik 27. 2. 1976: 1 [eigene Übersetzung]). Der Staatsvertrag gehe von Verwaltungs- und Gerichtsbezirken mit slowenischer und gemischtsprachiger Bevölkerung aus, nicht von prozentmäßiger Stärke der slowenischen Minderheit in einzelnen Ortschaften. Nur Orte mit mindestens 25% „Slowenenanteil“ sollten laut Volksgruppengesetz für zweisprachige Ortstafeln in Betracht kommen. Eine umfangreichere Auslegung des Begriffes Topographie, über Ortstafeln hinaus, war laut Volksgruppengesetz ebenso nicht vorgesehen.

Durch das Nachgeben der SPÖ in der Frage der „Minderheitenfeststellung“ standen die slowenischen Zentralverbände mit dem Rücken zur Wand. Wegen der Einheit aller drei im Parlament und Landtag vertretenen Parteien in der Minderheitenfrage konnte auf die sture und unversöhnliche Haltung der Slowenen verwiesen werden. So gesehen war es für die slowenischen Verbände, wollten sie weiter einer „Minderheitenfeststellung“ ihre Zustimmung verweigern, unbedingt notwendig, möglichst viel Unterstützung im In- und Ausland zu finden. Die nach dem „Ortstafelsturm“ ins Leben gerufene Solidaritätsbewegung steigerte ihre Aktivität wieder, als der Termin für die Volkszählung besonderer Art näher rückte. Nach der Sitzung der Vorsitzenden der drei im Parlament und Kärntner Landtag vertretenen Parteien in Wien am 22. 6. 1976, wo die Novellierung des Volkszählungsgesetzes im Parlament für den 6. Juli 1976 anberaumt wurde, kam es in der Nacht auf den 23. 6. 1976 zu neuerlichen Aufschriftenaktionen in Südkärnten (ebd. 25. 6. 1976: 1). Auch in Salzburg fanden zu dieser Zeit Aufschriftenaktionen gegen eine „Minderheitenfeststellung“ und für die Umsetzung des Artikels 7 statt (ebd. 2. 7. 1976: 2). Nichtsdestotrotz wurden die Gesetzesvorlagen am 7. Juli 1976 vom Parlament abgesegnet. Auch die jugoslawische Regierung intervenierte u. a. mit der Protestnote vom 11. 11. 1976 bei der österreichischen Bundesregierung und vertrat darin den Standpunkt, dass die Volkszählung besonderer Art und das Volksgruppengesetz eine Revision des Staatsvertrages von Wien bedeuteten (Slovenski vestnik 10. 12. 1976: 1).

Als die Entscheidung über die tatsächliche Durchführung der Volkszählung besonderer Art fiel, wurde von der Solidaritätsbewegung und den slowenischen Verbänden zum Boykott aufgerufen. In Kärnten sollte man daran gar nicht erst teilnehmen bzw. einen leeren Fragebogen abgeben. Im restlichen Österreich sollten sich die „demokratisch gesinnten“ Österreicher als Slowenen deklarieren. Die slowenischen Verbände machten die

Volkszählung wörtlich zu einer Überlebensfrage. So titelte z. B. der Slovenski vestnik: „Wir werden uns dem Todesurteil widersetzen und uns mit dem Boykott der Zählung für das Leben entscheiden“ (1. 10. 1976: 1 [eigene Übersetzung]). In ganz Kärnten konnten aufgrund des Boykotts lediglich 3941 Slowenen gezählt werden, in Südkärnten überhaupt nur 2535. In Wien gaben aus Solidarität 4747 Personen Slowenisch als Umgangssprache an. Der Boykott wurde von den slowenischen Organisationen als Erfolg gewertet, da die Ergebnisse der Volkszählung unbrauchbar waren. Die darauf folgende Ortstafelregelung hatte keinen direkten Zusammenhang mit den Ergebnissen der Volkszählung besonderer Art. Als „Orientierungshilfe“ hatte nach Einschätzung von Haas / Stuhlpfarrer die „7-Gemeinden-Forderung“ gedient, welche der Kärntner Abwehrkämpferbund 1972 gestellt hatte. Die Ortstafelregelung weiche nur unwesentlich davon ab (Haas / Stuhlpfarrer 1977: 108 f.). Statt 205 Ortstafeln in 36 Gemeinden, die 1972 dem „Ortstafelsturm“ zum Opfer fielen, sollten nun 91 zweisprachige Ortstafeln in acht Gemeinden aufgestellt werden. Bis heute wurden auch diese nicht vollständig angebracht.

3.8. „Der Fall Warasch“

Im Zusammenhang mit der Volkszählung besonderer Art 1976 ist es noch zu einem Ereignis gekommen, welches beträchtliches Aufsehen erregte. Am 21. 1. 1977 wurde der Generalsekretär des Rates der Kärntner Slowenen (NSKS) und Vorsitzende des Klubs slowenischer Gemeinderäte, Filip Warasch, festgenommen. Es wurde ihm vorgeworfen, er hätte einen Rentner namens Gottfried Güttler angestiftet, in der Nacht auf den 14. 11. 1976, dem Tag, an welchem die Volkszählung stattfand, einen Sprengstoffanschlag auf eine Transformatorenanlage in Klagenfurt zu verüben, um so einen Stromausfall und Chaos auszulösen. Gottfried Güttler gab an, von Warasch mit Sprengkörper und Zünder ausgerüstet worden zu sein, um einen Sprengstoffanschlag auszuführen. Dass Warasch am 21. 1. 1977, an jenem Tag, an welchem sich die Parteien auf die Ortstafellösung einigten, festgenommen wurde, sorgte für zusätzlichen Unmut bei vielen Slowenen. Warasch wurde wegen vorsätzlicher Gefährdung durch Sprengmittel und Vergehens gegen das Waffengesetz – bei ihm wurde eine Pistole gefunden – angeklagt. Der Fall sorgte für große mediale Aufmerksamkeit, jedoch verstrickte sich Güttler als einziger Zeuge der Anklage in schwerwiegende Widersprüche, weshalb Warasch freigesprochen wurde. Von einigen Kärntner Medien wurde der Fall jedoch dazu genutzt, um Stimmung gegen die slowenischen Verbände zu schüren und ein Liebäugeln dieser mit terroristischen Methoden zu suggerieren

(Saxer 1977).

3.9. Das Abebben der Solidaritätsbewegung

Im April 1977 schreibt die Zeitschrift Kladivo, das Solidaritätskomitee lege keine größere Aktivität mehr an den Tag. Es gebe kein klares Ziel mehr, welches einer breiteren Bevölkerungsschicht vermittelbar wäre, wie es bei der Bewegung gegen die „Minderheitenfeststellung“ der Fall gewesen sei (1977. Nr. 4: 1). Was die Vermittelbarkeit Kärntner slowenischer Anliegen betrifft, liegt die Annahme nahe, dass diese bereits im Vorfeld der „Minderheitenfeststellung“ an gewisse Grenzen gestoßen war. Laut der von politisch links orientierten Kärntner slowenischen Studenten herausgegebenen Zeitschrift Kladivo hätten bei der Demonstration am 9. 4. 1976 in Klagenfurt mehr Leute teilgenommen als im Oktober 1973. Es seien über 3000 gewesen (1976. Nr. 2: 6), die Polizei sprach von 1400 (Slovenski vestnik 16. 4. 1976: 1). Insgesamt divergieren die Zahlenangaben allerdings nur unwesentlich von jenen, welche 1973 von Veranstaltern und Behörden angegeben wurden. Dies deutet bereits auf eine gewisse Stagnation hin, obwohl angemerkt werden muss, dass eine Demonstration mit 3000 Teilnehmern in Klagenfurt schon zu den größeren derartigen Manifestationen gehört. Im Kladivo wird dies trotzdem als großer Erfolg gewertet, da der Druck seitens der drei Parteien SPÖ-ÖVP-FPÖ ungleich größer gewesen sei als noch 1973. Diesmal sei die „Hetze“ gegen das Solidaritätskomitee vor allem gezielt antikommunistisch gewesen (Kladivo 1976. Nr. 2: 6). Im Vergleich mit der Kundgebung des Kärntner Heimatdienstes in Zusammenhang mit den Ereignissen des Ortstafelsturmes nahm sich die Teilnehmerzahl jedoch relativ bescheiden aus. Es nützt in diesem Kontext nur wenig, darauf hinzuweisen, dass dem Heimatdienst viel mehr mediale und politische Unterstützung entgegen gebracht wurde. Als Fakt bleibt, dass man dem politischen Gegner unterlegen war, vor allem was das Mobilisieren breiter Bevölkerungsschichten betraf.

Mit den Protesten rund um die Volkszählung besonderer Art 1976 war der Höhepunkt der Solidaritätsbewegung in quantitativer Hinsicht erreicht worden. In den Monaten nach der Volkszählung gab es innerhalb der Studentenbewegung mehrere Diskussionen über die Bewegung selbst. Es wurden außerdem auch Überlegungen darüber angestellt, wie die Arbeit fortgesetzt werden könnte. Als nächster Schwerpunkt wurde im Kladivo bereits im April 1977 die „Schulfrage“ ausgemacht (Kladivo 1977. Nr. 4: 1), welche einige Jahre später tatsächlich heftig diskutiert werden sollte. In diesem Zusammenhang entstand in den 1980er Jahren eine

Bewegung für ein gemeinsames zweisprachiges Schulwesen bzw. gegen die „Schultrennung“³³, die allerdings weniger auf Aktionen der „Massenmobilisierung“ gründete. Inhaltlich wie personell stand sie jedoch in gewisser Kontinuität mit der Solidaritäts- und Protestbewegung der 1970er Jahre. 1989 trat bei den Kärntner Landtagswahlen z. B. das Wahlbündnis „Anderes Kärnten / Drugačna Koroška“ an, dem neben der Kärntner Einheitsliste und der Grünen Alternative Kärnten auch die „Bewegung gegen Schultrennung“ angehörte.

Die Auseinandersetzung zur Schulproblematik stand in Kärnten bereits bald nach Ende des Zweiten Weltkrieges im Mittelpunkt der Debatten über die so genannte Minderheitenfrage. Nachdem durch die Aufschriftenaktionen der slowenischen Aktivisten die Frage der Topographie für einige Jahre in den Mittelpunkt gerückt war, stellte man seitens des Kladio-Kreises nach dem Boykott der „Minderheitenfeststellung“ bereits Anfang des Jahres 1977 die Schulfrage ins Zentrum der Aktivitäten. Bei den „Koroški kulturni dnevi“ (Kärntner Kulturtage) wollte der Klub slowenischer Studenten in Wien eine intern-slowenische Diskussion über das Schulwesen „aus sozialer und nationalpolitischer Perspektive“ anstoßen. (Kladio 1978. Nr. 2: 2). Allerdings zeigten nur wenig direkt Betroffene Interesse daran. Wenige Volksschullehrer, noch weniger Lehrer des Bundesgymnasiums für Slowenen in Klagenfurt folgten der Einladung zur Diskussion in Klagenfurt, die Schüler des slowenischen Gymnasiums in Klagenfurt konnten an einer Hand abgezählt werden. Vertreter der slowenischen Zentralverbände hätten vollkommen gefehlt (ebd.). Berichte mit einigermaßen bitteren Schlussfolgerungen lassen sich in den Publikationen der slowenischen Studenten in Wien in den Jahren nach der boykottierten Volkszählung immer wieder finden. Diesbezüglich

³³Der gemeinsame zweisprachige Unterricht wurde vom Kärntner Heimatdienst (KHD) bekämpft. Parlamentarische Unterstützung erhielt der KHD in dieser Frage durch die FPÖ. 1983 beantragte die FPÖ im Kärntner Landtag nach sprachlichen Kriterien getrennten Unterricht. 1984 startete der KHD ein Volksbegehren unter dem Slogan „Deutsche Lehrer für deutsche Kinder, slowenische Lehrer für slowenische Kinder“ (zit. in Obid / Messner / Leben 2002: 71). Knappe 9% der Kärntner wahlberechtigten Bevölkerung nahmen daran teil (ebd.). 1986 wird eine Landesparteienkommission eingerichtet (ohne Minderheitenvertreter und Wissenschaftler der Universität Klagenfurt, aber mit Vertretern des KHD) und nach zwei Sitzungen wird das sog. „Kärntner Pädagogenmodell“ beschlossen, das die von KHD und FPÖ geforderte strikte Trennung etwas entschärft. Gegen diese so genannte Schülertrennung entwickelte sich eine starke Protestbewegung, die alle slowenischen Verbände und Gruppen umfasste sowie Erziehungswissenschaftler der Klagenfurter Universität und zahlreiche Lehrer und Lehrerinnen. Dieses von namhaften Pädagoginnen und Pädagogen sowie den slowenischen Organisationen abgelehnte „Pädagogenmodell“ wurde 1988 mit der Stimme des slowenischen grünen Nationalratsabgeordneten Karel Smolle im Parlament beschlossen, was die Protestbewegung vor den Kopf stieß. Nach diesem Modell werden die Schüler einer Schulstufe in zwei Klassen getrennt unterrichtet, wenn je neun Schüler zum zweisprachigen Unterricht angemeldet bzw. nicht angemeldet sind. Erreicht eine der beiden Gruppen nicht diese Schüleranzahl, wird ein Zweitlehrer beigezogen, der aber keine Qualifikation für den Slowenischunterricht haben muss (ebd.: 72).

ist der Tenor immer derselbe: es fehle ein Ziel, auf das hin man mobilisieren könnte. Die Losungen für einen Boykott der Volkszählung seien einfach und verständlich gewesen. Die Mobilisierung gegen eine allgemeine, abstrakte Unterdrückung sei hingegen nicht möglich. Die Schulfrage sollte also der nächste Aspekt sein, für welchen Problembewusstsein geschaffen werden sollte (ebd. 1977. Nr. 4: 1).

Ein Versuch, die Kärntner slowenische Jugend zentral zu organisieren, war die Gründung bzw. Wiederbelebung der „Zveza slovenske mladine“ (Verband der slowenischen Jugend). Am 20. 2. 1977 versammelten sich über 150 junge Kärntner Slowenen zur ordentlichen Generalversammlung der „Slovenska mladina“ (Slowenische Jugend) in der Klagenfurter Arbeiterkammer (ebd. 1977. Nr. 1/2: 16). Zur Generalversammlung wurde mit folgenden Slogans geladen: „1. Für die Aktionseinheit aller national bewussten Kräfte! 2. Für das Bündnis mit österreichischen Demokraten! 3. Für die Verbundenheit mit dem Muttervolk!“ (Kladivo 1977. Nr. 1/2: 16 [eigene Übersetzung]) Aus der „Slovenska mladina“ sollte eine Organisation gebildet werden, die alle Teile der Kärntner slowenischen Jugendbewegung einen würde. Aus diesem Grund wurde die Organisation in „Zveza slovenske mladine“ (Verband der slowenischen Jugend) umbenannt (ebd. 1977. Nr. 3: 1 f.). Die ZSM sollte ein überparteilicher Jugendverband sein, der unabhängig von beiden Zentralverbänden die Kärntner slowenische Jugend in „Aktionseinheit“ verbinden würde (ebd.: 2). Bei der Generalversammlung wurden zwei Resolutionen verabschiedet: eine Ablehnung des Volksgruppengesetzes und eine in Solidarität mit Edda Konrad³⁴. In der Folge entstanden jedoch Probleme in der Koordinierung der Tätigkeit. Es sollte nicht gelingen, langfristig eine zentral koordinierte kulturelle und politische Tätigkeit der Kärntner slowenischen Jugend zu etablieren. In den folgenden Jahren entwickelte sich die Tätigkeit der Kärntner slowenischen Studentenbewegung weiter. Der Klub slowenischer Studenten in Wien, aber auch nach Kärnten zurückgekehrte Studenten, entwickelten eine umfangreiche politische und kulturelle Tätigkeit. Das öffentliche Zusammenwirken mit „österreichischen Demokraten“ nahm jedoch in den Jahren nach der Volkszählung 1976 kontinuierlich ab. Ein letzter Höhepunkt, und in gewisser Weise ein „Nachhall“ der Aktionen des Jahres 1976, war die Veranstaltung des Klubs slowenischer Studenten in Wien unter dem Titel „Für die Erfüllung des österreichischen Staatsvertrages, gegen Neofaschismus!“, mit dem Auftritt des slowenischen

³⁴Edda Konrad war Kärntner Landessekretärin der Katholischen Arbeiterjugend (KAJ). Sie wurde 1976 ihrer Funktionen entbunden. Die Diözese führte die Missachtung von Dienstvorschriften als Entlassungsgrund an, während die KAJ die Entlassung auf Konrads Engagement in der Solidaritätsbewegung mit den Kärntner Slowenen zurückführte.

Triestiner Partisanenchores³⁵ im überfüllten Audimax der Wiener Universität am 21. Mai 1977.

4. Strukturen und Akteure der Solidaritätsbewegung

Im Folgenden sollen die wichtigsten Vereine und Gruppen charakterisiert werden, welche an der Solidaritätsbewegung maßgeblich beteiligt waren. Am wichtigsten sind die slowenischen Gruppen und Vereine selbst, da diese die Solidaritätskomitees selbst initiiert und über einige Jahre hinweg den Großteil der Aktivitäten geplant und durchgeführt haben. Die Problematik der slowenischen Minderheit in Kärnten war in den 1970er Jahren ein zentrales Thema des politischen Diskurses in Österreich, vor allem unmittelbar nach dem Ortstafelsturm Ende des Jahres 1972 und im Vorfeld der Volkszählung besonderer Art 1976. Damals wurden breitere Teile der österreichischen Bevölkerung mit der Thematik bekannt gemacht. Vor allem für links orientierte politische Gruppierungen und Aktivisten in Österreich war die Situation der Kärntner Slowenen ein Thema, zu dem Stellung bezogen werden musste. In den folgenden Kapiteln werden die Organisationen hinsichtlich ihrer Aktivität in Zusammenhang mit dem nationalen Konflikt in Kärnten, unter besonderer Berücksichtigung der Solidaritätsbewegung, charakterisiert. Etwas mehr Platz wird dabei den beiden slowenischen Zentralverbänden eingeräumt, da interessant zu beobachten ist, wie stark ihre Handlungsstrategien von der aufkommenden Jugendbewegung beeinflusst wurden. Dabei werden auch Interpretationsversuche vorgenommen, um einer isolierten Betrachtungsweise einzelner Sachverhalte vorzubeugen. Eine tiefergehende Analyse folgt indes in den Kapiteln 5.

4.1. Die Zeitschrift Kladivo

„Kladivo. Cajtenge za koroške Slovence“ (Der Hammer. Zeitung für die Kärntner Slowenen) war eine von politisch links orientierten Kärntner slowenischen Studenten herausgegebene Zeitschrift. Diese zum Großteil in Wien lebenden Studenten waren auch für die ersten

³⁵ Auch in Triest und Umgebung existiert eine slowenische Minderheit.

Ortstafel-Sprühaktionen verantwortlich. In den ersten beiden Jahren war das Kladivo hauptsächlich dazu gedacht, die eigenen Protestaktionen publik zu machen und zu propagieren, sowie die beiden Kärntner slowenischen Verbände als opportunistisch und angepasst zu kritisieren. Später war es das politische Organ des prokommunistischen Spektrums bei den Kärntner Slowenen und wurde in den letzten Jahren seines Erscheinens auch zweisprachig herausgegeben, womit der Autoren- und Leserkreis nicht mehr ausschließlich auf Slowenen beschränkt war. Die Zeitschrift erschien beinahe zwanzig Jahre lang, von 1970 bis 1989. Zeitweise wurde das Kladivo in der Druckerei Drava, wo auch die Wochenzeitung des Zentralverbandes slowenischer Organisationen (ZSO) Slovenski vestnik hergestellt wurde, gedruckt, die meiste Zeit aber in Wien (Busch 1999: 102). Anfänglich wurden die Druckkosten vom ZSO übernommen, später finanzierte man den Druck durch freiwillige Spenden der Leser und teilweise kamen Zuwendungen auch von der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) (ebd.) und von Jugoslawien. Anfangs wurde das Kladivo an alle Abonnenten der beiden slowenischen Wochenzeitungen Slovenski vestnik und Naš tednik verschickt, später wurde es nur noch an zahlende Abonnenten versandt. Die Auflage pendelte sich bei etwas unter tausend Exemplaren ein (ebd.: 102). Auch die Kladivo-Aktivist*innen hatten analog zu den slowenischen Zentralverbänden eine österreichische Partei, der ihre Sympathien galten. Von Beginn an wurde die KPÖ als einzige Partei betrachtet, welche sich für die Rechte der Kärntner Slowenen einsetzte (Kladivo 1970. Nr. 4: 6).

4.1.1. Von den Aufschriftenaktionen bis zur Gründung des ersten Solidaritätskomitees für die Rechte der Kärntner Slowenen

Die ersten Nummern des Kladivo waren zum Großteil Abrechnungen mit den slowenischen Strukturen und Institutionen, die als Anhängsel der beiden Großparteien SPÖ und ÖVP gekennzeichnet wurden (vgl. z. B. Kladivo 1970. Nr 1: 1). Weiters wurde den slowenischen Zentralverbänden vorgeworfen, sich nicht um die Belange der slowenischen Bevölkerung zu kümmern (ebd.). Ab der vierten Nummer im November 1970 war das Kladivo zwei Jahre lang im Wesentlichen für die Propagierung und Kommentierung von Aufschriftenaktionen zuständig. Für die ersten Aufschriftenaktionen zeichnete offiziell das „Komitee zur Aufdeckung verdeckter Konflikte“ verantwortlich. Aus den Interviews und Gesprächen, die ich führte, ging hervor, dass der Kladivo-Kreis und das Komitee im Grunde deckungsgleich

waren.³⁶ Die Aktionen waren vor allem auch eine Absage an die Politik der beiden slowenischen Zentralverbände. So hieß es etwa:

„Die Entschlossenheit und der Mut sind auch ein Gegensatz und eine Antwort auf die ewige Geduld und die tragikomische und schleimige Unterwürfigkeit der slowenischen Zentralverbände“ (Kladivo 1970. Nr. 4: 6 [eigene Übersetzung]).

Trotz der zur Schau getragenen jugendlichen Radikalität fanden die Aktionen eine relativ breite Zustimmung bei der slowenischen Bevölkerung. Marjeta Einspieler, mit welcher ich ein Interview führte, bezeichnete die Wahrnehmung der Aufschriften- und Flugblattaktionen in ihrem Elternhaus als „Erleichterung, dass es noch etwas anderes gibt, als das Stillschweigen der Organisationen“ (Interview mit Einspieler 2009). Der Aktivismus der Schüler und Studenten sollte in der Folge zu einer Polarisierung der Kärntner Gesellschaft beitragen, da auch die slowenischen Zentralverbände ihre politische Strategie grundlegend änderten. M. E. ist diese Veränderung maßgeblich auf die Jugend- und Studentenbewegung zurückzuführen. Das Kladivo engagierte sich nicht bloß für die Rechte der Kärntner Slowenen, sondern war als kommunistisch orientierte Zeitschrift auch an einer sozialen Revolution interessiert. Man bezeichnete sich selbst als revolutionär in Abgrenzung zu nationalistisch.

Bis zum Ortstafelgesetz und dem darauf folgenden „Ortstafelsturm“ 1972 konzentrierte sich die Kladivo-Redaktion auf die Durchführung von Flugblatt- und Aufschriftenaktionen sowie die Kritik an den slowenischen Strukturen und der österreichischen Politik. Danach wurde die Strategie geändert. Das schockierende Erlebnis des Ortstafelsturmes führte dazu, dass bis März 1973 kein Kladivo mehr erschien. Danach ging man dazu über, Verbündete in der österreichischen Öffentlichkeit zu suchen, denn:

„Gegen jene Kräfte, die sich erst damals in solchem Maß radikalisierten, konnte die Kladivo-Bewegung, so wie sie war, nicht in den Kampf ziehen. Gegen diese Kräfte kann nur eine breite demokratische Bewegung auf der Seite der revolutionären Arbeiterbewegung, der konsequentesten Kraft gegen den faschistischen Terror antreten. Wir standen vor der Tatsache, dass wir aus Wien auf die Geschehnisse in Kärnten nicht mehr Einfluss nehmen konnten, da dort keine breitere demokratische **Bewegung** bestand, sondern nur eine kämpferische demokratische **Stimmung** bei einigen Teilen der slowenischen Bevölkerung“ (Kladivo 1973 Nr. 1: 1 [eigene Übersetzung] Hervorhebungen im Original).

³⁶Die Herausgeber des Kladivo konnten nicht öffentlich die Verantwortung für die Aufschriftenaktionen übernehmen, da es sich um den strafbaren Tatbestand der Sachbeschädigung handelte.

4.1.2. *Der Wirkungsgrad des Kladio*

Der für eine linksradikale Zeitschrift relativ große Einfluss des Kladio geht auf die gelungenen Aufschriftenaktionen zurück, mit welchen man sich viel Respekt und Anerkennung bei einer relativ breiten Schicht der Kärntner slowenischen Bevölkerung verschaffen hatte können. Diese Sprühaktionen waren ein großer „Coup“ und beförderten eine bis dahin politisch relativ isolierte Strömung an die Spitze der Bewegung für die Minderheitenrechte in Kärnten. Die Meinungen über Qualität und Wirkungsgrad des Kladio gehen weit auseinander. So meinte z. B. der ehemalige Funktionär des Rates der Kärntner Slowenen und Initiator slowenischer Wahllisten bei den Gemeinderatswahlen, Filip Warasch, dass es lediglich „Einfluss auf den kommunistischen Bereich“ gehabt hätte, „der aber damals bei der Studentenschaft recht kompakt“ gewesen sei (Interview mit Warasch 2009). Wenn man allerdings bedenkt, dass die Aufschriftenaktionen und die durch sie ausgelösten Diskussionen und Konflikte vom Kladio ausgingen, muss von einem breiteren Wirkungsgrad ausgegangen werden. Es ist anzunehmen, dass die Aktionen der Kladio-Bewegung der Ursprung der Solidaritätsbewegung gewesen sind, denn später waren – wie meine Recherchen ergaben – dieselben Leute für ihre Konstituierung verantwortlich. Wie bereits weiter oben erwähnt, bildeten sich die Solidaritätskomitees für die Rechte der Kärntner Slowenen in Anlehnung an die Solidaritätskomitees für Vietnam der Antikriegsbewegung gegen die US-amerikanische militärische Intervention (Interview mit Messner 2009).

In den damaligen politischen Kategorien denkend hofften die Aktivisten des Kladio nicht bloß auf die nationale Emanzipation der Kärntner Slowenen, sondern meinten, in der slowenischen Bevölkerung Kärntens ein Subjekt gefunden zu haben, das aufgrund seiner sozialen und nationalen Unterprivilegiertheit für eine Polarisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse leichter zu mobilisieren wäre als die der Mehrheit angehörende Arbeiterschaft.

4.2. Der Klub slowenischer Studenten in Wien (Klub slovenskih študentov na Dunaju – KSŠD)

Der Klub slowenischer Studenten in Wien (Klub slovenskih študentov na Dunaju – KSŠD) entstand bereits im Jahr 1923 unter dem Namen Klub der Kärntner slowenischen Akademiker in Wien (Klub slovenskih koroških akademikov na Dunaju) und existiert bis heute. Er ist Treffpunkt in Wien studierender Kärntner Slowenen. Seine Räumlichkeiten beherbergen u. a. eine Bibliothek und dienen diversen Veranstaltungen kultureller Art wie z. B. Diskussionen,

Lesungen, Konzerte etc. Der KSŠD war für die slowenische Jugend- und Studentenbewegung der wichtigste, weil am ehesten konsensfähige Rahmen der Politikgestaltung. In seinem Rahmen fanden politisch unterschiedlich sozialisierte slowenische Studenten zusammen. Das Kladio war zwar Vorreiter und Initiator der Bewegung gewesen, es war jedoch politisch zu eindeutig positioniert, um konsolidierend zu wirken. Diese Rolle übernahm der Klub slowenischer Studenten in Wien, dessen Handeln aber auch wesentlich vom Kladio-Kreis mitbestimmt wurde. Die Fäden der Solidaritätsbewegung liefen daher vor allem im Klub slowenischer Studenten zusammen. Es gab eine umfangreiche Zusammenarbeit mit diversen politischen und studentischen Organisationen und Initiativen, die jedoch beinahe ausnahmslos dem linken Flügel der Studentenschaft und Zivilgesellschaft zuordenbar waren.³⁷

4.2.1. Politische Bildung, Aktivismus und Mitsprache

Der Klub slowenischer Studenten in Wien entfaltete mit Beginn der 1970er Jahre eine umfangreiche Aktivität. Erstens schaltete man sich oft in das Tagesgeschehen der Minderheitenpolitik ein, kommentierte und kritisierte die Politik der slowenischen Zentralverbände, machte Vorschläge, wie diese nach Ansicht der Studentenschaft auszusehen hätte. Zweitens wurden Arbeitskreise und Seminare organisiert, durch welche die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und Politik gefördert werden sollte. Am einflussreichsten sei laut Messner (Interview mit Messner 2009) das Werk Janko Pleterškis „Narodna in politična zavest na Koroškem“³⁸ (1965; 1996 in deutscher Übersetzung unter dem Titel „Slowenisch oder Deutsch? Nationale Differenzierungsprozesse in Kärnten (1848-1914)“ erschienen) gewesen, das eine Art „Bibel“ für die Klubmitglieder gewesen sei und als solche studiert wurde (Interview mit Messner 2009).

³⁷Es könnte eingewendet werden, dass auch kirchliche Akteure und Initiativen Teil der Solidaritätskomitees waren. Dies trifft zwar zu, jedoch können m. E. auch diese Akteure und Initiativen überwiegend der linken und von der „Befreiungstheologie“ beeinflussten Strömung innerhalb der Kirche (z. B. die katholische Arbeiterjugend oder der langjährige Leiter der Evangelischen Akademie Wien, Ulrich Trinks) zugeordnet werden. Nur aus den Reihen der Kärntner Slowenen selbst waren gesellschaftlich konservative Strömungen stark vertreten.

³⁸Eine der Hauptthesen Pleterškis, die von den Klubmitgliedern übernommen wurde, war, dass die österreichische Sozialdemokratie schon längst im Interesse des deutsch(sprachig)en Bürgertums tätig war, während sie bei den slowenischen Mitgliedern und Wählerschichten immer an das Klassenbewusstsein appellierte, um deren Unterstützung nicht zu verlieren (Pleterški 1965). Die slowenische Arbeiter- und Bauernschaft hätte demnach sowohl aus nationaler wie auch aus sozialer Perspektive Grund gehabt die bürgerlich und deutsch dominierte österreichische Sozialdemokratie abzulehnen. Diese Art der Analyse wendete die Mehrzahl der Klubmitglieder auch auf die SPÖ in den 1970er Jahren an.

Der Klub slowenischer Studenten in Wien kann als überparteiliches Zentrum der Solidaritätskomitees bezeichnet werden. Seit Beginn der Aufschriftenaktionen, an welchen vor allem Klubmitglieder beteiligt gewesen waren, spielte er eine tragende Rolle bei inhaltlichen sowie organisatorischen Fragen. Die organisatorischen Tätigkeiten zur Durchführung der ersten Aufschriftenaktionen wurden im Klub besorgt. Farbe und Leihautos wurden von den Klubmitgliedern und durch Spenden finanziert, Schablonen wurden angefertigt und man koordinierte dort die Aktionen. Es gab gute Kontakte zwischen den slowenischen Studenten in Wien und der Jugend in Kärnten, z. B. mit dem Verband sozialistischer Mittelschüler, der von der SPÖ nach den Ereignissen im Oktober 1970 aufgelöst wurde.

Als durch die Aktionen der jugendlichen Aktivisten die Diskussion über die unerfüllten Rechte des Staatsvertrages erneut entflammte, rückten bald die Ortstafeln bzw. die topographischen Aufschriften allgemein ins Zentrum der Debatte. Die Ortstafeln waren von den Studenten lediglich als Symbol für die mangelhafte Umsetzung des Artikels 7 des Staatsvertrages von Wien gewählt worden. Als sich vor allem die SPÖ bemühte, möglichst schnell eine für alle akzeptable Lösung zu finden, wurden die slowenischen Zentralverbände vom KSŠD dazu angehalten, keine auf Prozenten basierende Lösung zu akzeptieren. Die vorherrschende Meinung der jungen Aktivisten war, dass die slowenische Minderheit mit der von der SPÖ ins Auge gefassten Lösung bloß beschwichtigt werden sollte. In einer Stellungnahme widersprach man auch dem Vorschlag, die Volkszählung von 1951, als der prozentuelle Anteil der slowenischen Bevölkerung noch wesentlich höher gewesen war als bei späteren Volkszählungen, als Grundlage für eine Ortstafellösung heranzuziehen. Das Territorialprinzip, welches als Grundlage für den Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens diene, wurde auch für die Lösung der Ortstafelfrage gefordert. Außerdem wurde unterstrichen, dass laut Absatz 3 des Artikels 7 die slowenische Amtssprache in den gemischtsprachigen Verwaltungs- und Gerichtsbezirken zu gelten habe, gleich ob das Zentrum selbst zweisprachig sei oder nicht (Naš tednik 23. 3. 1972: 1).

4.2.2. KSŠD regt die Gründung eines Solidaritätskomitees an

Nachdem sich die SPÖ nach dem Scheitern des Ortstafelgesetzes im Jahr 1972 auf eine Lösungsstrategie unter Einbeziehung der ÖVP, der FPÖ und der Kärntner „Heimatverbände“ zu orientieren begann, wurde dies vom KSŠD, wie auch von allen anderen maßgeblichen slowenischen Organisationen, als ein Nachgeben gegenüber den „deutschnationalen Kräften“

und „Feinden der Demokratie“ interpretiert. In einer gemeinsamen, an Bundeskanzler Kreisky adressierten, Resolution des KSŠD und des Kroatischen Akademikerklubs (Hrvatski akademski klub – HAK³⁹) zum Jahrestag des Staatsvertrages am 15. Mai 1973 wurde die sofortige Umsetzung des Artikels 7 gefordert. Dieser sei den Slowenen nicht geschenkt, sondern im Volksbefreiungskampf errungen worden. Man werde nicht dabei zusehen, wie er von „ehemaligen Hitler-Knechten, bürgerlichen Politikern und der SPÖ-Spitze“ mit Füßen getreten werde (zit. nach Slovenski vestnik 25. 5. 1973: 4). Die slowenischen Studentenorganisationen verfolgten vor diesem Hintergrund das Ziel, ein Solidaritätskomitee für die Rechte der Kärntner Slowenen ins Leben zu rufen. Der Klub slowenischer Studenten in Wien, das Kladio und der Klub mladje starteten die Initiative zur Verhinderung der „Qualifizierten Volkszählung“ bzw. „Minderheitenfeststellung“. Für die letzten Endes unter dem Titel „Volkszählung besonderer Art“ durchgeführte Erhebung der slowenischen Minderheit in Kärnten wurden im Verlauf der Verhandlungen und Debatten in den Jahren davor mehrere unterschiedliche Termini vorgeschlagen, u. a. Qualifizierte Volkszählung, Sprachenerhebung, Minderheitenfeststellung. Das erste Ergebnis der Bemühungen der slowenischen Studenten in Wien war die weiter oben ausführlicher besprochene Demonstration vom 25. 10. 1973 in Klagenfurt. Das erste Solidaritätskomitee entstand in Klagenfurt. In der Folge entstanden Solidaritätskomitees in mehreren Universitätsstädten. Ende des Jahres 1973 wurde auf der Generalversammlung des Solidaritätskomitees in Klagenfurt beschlossen, dass sich der KSŠD um die Gründung eines Solidaritätskomitees in Wien bemühen werde. Es sollte jedoch mehr als ein Jahr vergehen, bis ein solches auch in Wien in Erscheinung trat. Es wurden mehrere Diskussionen, Vorträge und anderweitige Informationsveranstaltungen durchgeführt, viele davon in den Räumlichkeiten des KSŠD. Im November 1975 fand dort beispielsweise eine Lesung mit den berühmten österreichischen Autoren Peter Turrini, Wilhelm Pevny, Janko Messner und Florjan Lipuš statt. Die Probleme der Kärntner Slowenen stießen vor allem bei der Wiener Studentenschaft auf großes Interesse und die Veranstaltungen waren gut besucht. Mit Hilfe der Unterstützung von Organisationen wie der Österreichischen Hochschülerschaft, der Katholischen Arbeiterjugend, der Evangelischen Jugend, antifaschistischen Organisationen wie den Widerstandskämpfern und dem KZ-Verband, bis hin zu bekannten Einzelpersonen wie Helmut Qualtinger, bemühte man sich um Sympathie in der Bevölkerung. Solche Bündnisse waren zwar medial gut vermittelbar und erweckten anhand von Resolutionen, Unterschriftenlisten etc. einige Aufmerksamkeit,

³⁹Der HAK ist die zentrale Organisation burgenlandkroatischer Studenten und Akademiker in Wien.

jedoch muss angemerkt werden, dass die formulierten Anliegen trotz allem politisch nie durchsetzbar wurden. Was die Größe des mehr oder weniger aktiven Sympathisantenkreises der Solidaritätsbewegung in Wien betrifft, kann man diese im Wesentlichen mit jenen 4747 Personen gleichsetzen, welche bei der Volkszählung besonderer Art in Wien Slowenisch als Umgangssprache ankreuzten.

4.2.3. Radikal, pluralistisch oder „sektiererisch“?

Um einen Eindruck zu bekommen, wie stark linksorientiert die damalige organisierte slowenische Studentenschaft in Wien war, sei ein Beispiel angeführt. Von den damaligen Aktivisten des Klubs wird heute zwar gerne behauptet, dass das politische Spektrum sehr breit gewesen sei. Dem widersprechen allerdings einige Dokumente, auf die ich im Laufe meiner Recherchen gestoßen bin. Es gab innerhalb des Klubs, aber auch innerhalb der Solidaritätsbewegung, ein ständiges Ringen um politische Hegemonie. Am 25. Mai 1973 fand z. B. in Wien eine gemeinsame Demonstration des Klubs slowenischer Studenten in Wien und des Kroatischen Akademikerklubs (HAK) für die Erfüllung des Artikels 7 statt. Die Rede des HAK-Vorsitzenden, Branko Kornfeind, wurde in der Nachbetrachtung von Klubmitgliedern in der Zeitschrift *Kladivo* heftig attackiert, als weinerlich, opportunistisch und unterwürfig charakterisiert (*Kladivo* 1973 Nr. 2: 6). Die maßgebenden Akteure des HAK seien im Wesentlichen mit der politischen Situation in Österreich zufrieden und würden nur für die Aufhebung der Diskriminierung auf einzelnen Gebieten eintreten. Der relativ kleinen Demonstration sei nur deshalb so viel mediale Aufmerksamkeit geschenkt worden, weil die politischen Forderungen durch das Auftreten des HAK nicht vermittelt werden konnten. Gegen den Widerstand der Klubmitglieder hätte der HAK z. B. ein Transparent mit der Aufschrift „Artikel 7 – Prüfstein für Europareife“ mitgetragen, welches nichts über Minderheitenrechte aussage und deshalb von den Medien bevorzugt zitiert worden sei. In Zukunft sollten derartige Transparente nicht mehr toleriert werden, wird am Ende des Artikels bitter angemerkt (ebd.: 7). Dieses Beispiel ist deshalb interessant, da es zweierlei verdeutlicht. Erstens, dass es keine beliebige „Zivilgesellschaft“ war, die sich bloß anhand eines gemeinsamen Zieles zusammenfand. Es waren zwar verschiedene weltanschauliche Strömungen vertreten, gleichzeitig fand aber ein permanenter Kampf um die Deutungshoheit innerhalb der Bewegung statt. Zweitens macht das Beispiel deutlich, dass die slowenischen Studenten relativ radikal auftraten. Von den maßgebenden Aktivisten des KSŠD wurden die kroatischen Studenten weitgehend als verbürgerlicht und konservativ wahrgenommen. Die

Heftigkeit der Kritik an den kroatischen Studenten ist erstaunlich, vor allem, wenn man bedenkt, dass der HAK der einzige Mitveranstalter war, und zeigt, dass man nicht immer in erster Linie auf die Breite der Bewegung achtete.

4.3. Der Klub mladje

Der Klub mladje geht auf eine Initiative junger Kärntner-slowenischer Kulturschaffender mit einem modernen Kulturkonzept zurück. Sein Herzstück stellte die Literaturzeitschrift „mladje“ dar, deren erste Nummer im Jahr 1960 erschien. Gegründet wurde sie aufgrund der für junge Autoren unbefriedigenden Situation der slowenischen Literatur in Kärnten, welche in ihrer „folkloristische[n] und erbauliche[n] Tradition“ als überkommen betrachtet wurde (Obid 1979: 22). In den ersten zwanzig Jahren fungierte der heute bekannte Autor Florjan Lipuš als Chefredakteur. Diese zwanzig Jahre gliedert der Slawist Pavel Zdovc in drei Phasen:

„die erste ist literarisch und literaturkritisch, die zweite und die dritte dagegen sind überwiegend oder ausgesprochen gesellschaftskritisch, zu Beginn mit Betonung auf ungesunden innerslowenischen Verhältnissen, dann auf unmenschlichen und unsozialen Beziehungen von Mitgliedern und Institutionen des Mehrheitsvolkes zur Volksgruppe der nationalen Minderheit im Lande “ (zit. in ebd.: 23).

Die Entwicklung der zweiten und dritten Phase verlief im Wesentlichen synchron mit der Entwicklung der Kritikform des Kladio-Kreises. Auch dort war zu Beginn die Kritik an den „ungesunden innerslowenischen Verhältnissen“ maßgebend. Die in den 1970er Jahren in der Zeitschrift mladje veröffentlichte Literatur war stark gesellschaftspolitisch geprägt. Es wurde u. a. auch versucht, ein generelles Konzept der Aufgaben „des Kärntner slowenischen Schriftstellers“ zu erstellen. So publizierte Florian Lipuš seine aus zehn Punkten bestehende „Diskussionsgrundlage für ein literarisches Konzept der Kärntner Slowenen“ (mladje 1972. Nr. 11: 1f. [eigene Übersetzung]), welche gesellschaftlich äußerst engagiert war. Er stellte sowohl nationale als auch soziale Ansprüche an „den Kärntner slowenischen Schriftsteller“. In Punkt sechs heißt es z. B.:

„Der slowenische Schriftsteller in Kärnten muss Motive aus der Geschichte der Kärntner Slowenen und der Slowenen allgemein, welche eine Geschichte der Unterdrückten, Versklavten, Abhängigen, Unfreien, Getretenen, Erniedrigten, Verblendeten, Verführten, Missbrauchten, Eingekullten ist, literarisch bearbeiten“ (mladje 1972. Nr. 11: 2 [eigene Übersetzung]).

In Punkt fünf wird „der slowenische Schriftsteller in Kärnten“ dazu angehalten, Charaktere zu

beschreiben, die ihrer Abhängigkeit aktiv entgegenzutreten und nicht bloß passiv zusehen (ebd.: 1). Neben der wichtigen Rolle für das literarische Schaffen der jungen Kärntner slowenischen Autoren, hatte die Tätigkeit des mladje also auch eine ausgeprägte politische Zielsetzung.

4.4. Der Zentralverband slowenischer Organisationen (Zveza slovenskih organizacij – ZSO)

Der nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Befreiungsfront (Osvobodilna fronta – OF) hervorgegangene Zentralverband slowenischer Organisationen berief sich zu Beginn der 1970er Jahre noch stark auf das Erbe des Partisanenwiderstandes. Die Kärntner Slowenen waren nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Kärntner Regionalausschuss der Befreiungsfront (Pokrajinski odbor Osvobodilne fronte za slovensko Koroško), welcher in den unmittelbaren Nachkriegsjahren einen Anschluss an das sozialistische Jugoslawien anstrebte, politisch einheitlich organisiert. Nach der Gründung des Rates der Kärntner Slowenen (Narodni svet koroških Slovencev – NSKS) löste sich 1949 der Kärntner Regionalausschuss der OF auf und es entstanden, mit dem NSKS auf der einen Seite ein traditionell rechter und mit dem ZSO auf der anderen Seite ein traditionell linker Pol. Unmittelbar nach der Auflösung des Kärntner Regionalausschusses der OF war die Kärntner slowenische Linke allerdings noch als Demokratische Front des werktätigen Volkes (Demokratična fronta delovnega ljudstva) organisiert, erst ab 1955 als Zentralverband slowenischer Organisationen (ZSO). Die gesellschaftspolitische Ausrichtung des ZSO in den 1970er Jahren ließe sich m. E. mit antiklerikal, sozialdemokratisch und slowenisch-nationalistisch beschreiben. Nachdem nach Kriegsende einige Jahre lang ein Anschluss an Jugoslawien angestrebt worden war, bekannte sich auch der ZSO in seinem Programm zu Österreich und forderte die Gleichberechtigung der Slowenen im österreichischen Kärnten. Nach Unterzeichnung des Staatsvertrages von Wien am 15. Mai 1955 durch die österreichische Bundesregierung, die vier Besatzungsmächte (Frankreich, Großbritannien, UdSSR, und USA) und den Vertragsbeitritt der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien war die österreichische Südgrenze anerkannt.

4.4.1. Der ZSO und sein Verhältnis zur SPÖ

Anfang des Jahres 1970 wurde seitens des ZSO die Überwindung der wirtschaftlichen Benachteiligung des Siedlungsgebietes der Kärntner Slowenen als vorrangige Aufgabe und

die soziale Entwicklung als wichtigste Voraussetzung für das Überleben der slowenischen Minderheit in Kärnten betrachtet (Zwitter 1970). Bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen sowie bei den Nationalratswahlen gab der ZSO in seinem Druckorgan, dem Slovenski vestnik, eine eindeutige Wahlempfehlung für die SPÖ aus (6. 2. 1970: 1), da die Slowenen keine andere Möglichkeit hätten, als am politischen Leben im Rahmen der österreichischen Parteien teilzunehmen. Die Integration in die österreichische Gesellschaft und die geistige Verbundenheit mit dem „Mutternvolk“ (matični narod) sei die Existenzbedingung für die Kärntner Slowenen (ebd. 5. 6. 1970: 3). Der ZSO musste damals sowohl der Partisanentradition und den slowenisch-patriotischen Einstellungen seiner Mitglieder und Sympathisanten gerecht werden als auch seiner Verbundenheit mit der SPÖ. Da die SPÖ nach dem Zweiten Weltkrieg auch viele ehemalige Nazis in ihre Reihen integrierte, bewegte sich der ZSO auf einem schmalen Grat. Die SPÖ hatte keine Skrupel auch mit, für lokale Verhältnisse relativ einflussreichen, ehemaligen NSDAP-Mitgliedern wie Franz Koschier (siehe Fußnote in Kap. 3.1.) zu kooperieren, und lud ihn beispielsweise zur Mitarbeit im Arbeitskreis „Bildungswesen und Forschung“ ein, der 1968/69 das Reformprogramm der SPÖ ausarbeitete (Obid / Messner / Leben 2002: 136). Dadurch geriet der ZSO gegenüber seinen Parteigängern oftmals in Erklärungsnot, denn diese konnten sich nur schwer damit abfinden, dass im demokratischen Österreich oft dieselben Leute bedeutende politische Positionen bekleideten, die einige Jahre zuvor noch für ihre Unterdrückung und Deportation verantwortlich gewesen waren oder diese zumindest unterstützt hatten.

Meine Durchsicht des Druckorgans des ZSO, Slovenski vestnik, ergab, dass die antislowenische Atmosphäre bei den Vorbereitungen zu den Jubiläumsfeierlichkeiten am 10. Oktober 1970 vom ZSO kaum thematisiert wurde. Das Bündnis der SPÖ mit den deutschnationalen Kräften wurde hingenommen und wenig kritisiert. Erst durch die Aufschriftenaktionen des „Kladivo-Kreises“ wurde der ZSO gezwungen, sich eindeutiger zu positionieren und von der SPÖ zu distanzieren. Meiner Einschätzung nach kamen die aufrührerischen Aktionen der slowenischen Jugend dem ZSO aber auch teilweise gelegen, da durch sie den alten Forderungen Nachdruck verliehen wurde. Sieht man sich den Slovenski vestnik aus dieser Zeit an, kann diese Tendenz erkannt werden, denn auch der ZSO forderte nun vehementer die Erfüllung des Artikels 7.

4.4.2. Das Verhältnis des ZSO zur aufkommenden Jugendbewegung

Unter den ehemaligen Kladivo Mitarbeitern und deren Sympathisanten herrscht die

Auffassung vor, die Zentralverbände hätten die Flugblatt- und Aufschriftenaktionen anfänglich verurteilt (vgl. z. B. Busch 1999: 99). Dies gilt zwar für den Rat der Kärntner Slowenen, was man in seiner Wochenzeitung Naš tednik nachlesen kann (Naš tednik 15. 10. 1970: 1), jedoch nicht für den ZSO. Nach dreiwöchigem Abwarten solidarisierte er sich in seinem Druckorgan Slovenski vestnik eindeutig (Slovenski vestnik 30. 10. 1970: 1). Man druckte ein Flugblatt des „Komitees zur Aufdeckung verdeckter Konflikte“ vollständig ab, in welchem die Aktionen begründet wurden (ebd.: 3). Auch ein Leserbrief eines Studenten, welcher den Sinn der Aktionen erklärt, wurde veröffentlicht (ebd.). In der Folge wurden im Slovenski vestnik Resolutionen und Stellungnahmen der slowenischen Studenten in Wien immer wieder veröffentlicht, z. B. eine Resolution des Klub mladje, die sich mit den Aktivisten der Aufschriftenaktionen solidarisch erklärt (ebd. 20. 11. 1970: 3). Im Slovenski vestnik wird auch immer wieder das unverhältnismäßig harte Vorgehen der Polizei gegenüber den Aktivisten kritisiert. Die Polizei und die Medien, welche die Aufschriftenaktionen so scharf verurteilt hatten, hätten dagegen bei unzähligen antislowenischen Aktivitäten weggeschaut: so z. B. bei Entfernungen von zweisprachigen Aufschriften an Volksschulen und bei slowenischen Organisationen, bei physischen Angriffen auf Personen, bei der Schändung des Partisanendenkmals am Ferlacher Friedhof, bei der Sprengung des Partisanendenkmals am Friedhof in St. Ruprecht bei Völkermarkt etc. (ebd. 6. 11. 1970: 2). Nach den Oktoberfeierlichkeiten 1970 versuchte der ZSO darüber hinaus über die Kontaktaufnahme mit der Bundesregierung und mit jugoslawischer Hilfe Druck auf die Kärntner Politik aufzubauen.

Als im November 1970 der Verband sozialistischer Mittelschüler (VSM) wegen seiner ablehnenden Haltung gegenüber den Jubiläumsfeiern zum 10. Oktober von der SPÖ aufgelöst wurde,⁴⁰ verurteilte dies der Slovenski vestnik und kritisierte in diesem Kontext das freundschaftliche Verhältnis der SPÖ zum Kärntner Heimatdienst (ebd. 20. 11. 1970: 1). Konflikte dieser Art spitzten sich u. a. durch das Wirken der Jugend- und Studentenbewegung in den folgenden Jahren zu. Die Kritik, welche seitens der Studenten an den Zentralverbänden geübt wurde, kommentierte der damalige Vorsitzende des ZSO Franc Zwitter folgendermaßen:

„Wir sind deshalb nicht böse, sondern geben im Gegenteil sogar zu, dass der Hintergrund für die kämpferischere Stimmung der Kärntner Slowenen insbesondere der entschlossenere Auftritt der Jugend ist, die damit in gewissem Maß das gesamte politische Leben unserer Volksgruppe beeinflusste“ (zit. in

⁴⁰Offiziell wurde die Auflösung des VSM von der SPÖ mit dessen angeblichem Linksextremismus begründet.

Slovenski vestnik 19. 5. 1972: 2 [eigene Übersetzung]).

Diese Aussage stützt meine These, dass die Minderheitenproblematik in Kärnten erst durch das Aufkommen der slowenischen Jugendbewegung wieder zu einem zentralen Thema der Politik wurde. Gleichzeitig war die Haltung des ZSO und seines damaligen Vorsitzenden der Jugendbewegung gegenüber immer ambivalent. Nur eine Woche vor dem eben angeführten Zitat schrieb Zwitter z. B.:

„Die langsamen und zögerlichen Lösungsversuche unserer Anliegen seitens der Regierung brachten jugendliche Kräfte hervor, deren Unzufriedenheit sich nicht bloß gegen die Regierung richtet, sondern allgemein gegen die so genannte etablierte Gesellschaft im Staat und auch in der Minderheit“ (Zwitter 1972: 1 [eigene Übersetzung]).

Man war einerseits froh, dass es eine radikale Strömung gab, die ungezwungener auftreten konnte als man selbst dazu in der Lage war. Das radikale Auftreten der Studenten schuf auch für die slowenischen Zentralverbände einen breiteren Handlungsspielraum gegenüber der österreichischen Politik. Andererseits wurde die Jugendbewegung aber offensichtlich auch als Bedrohung für die etablierte Minderheitenpolitik wahrgenommen.

4.4.3. Die Radikalisierung eigener Forderungen

Als das Ortstafelgesetz von 1972 in Vorbereitung war, wurde es vom ZSO als ungenügend abgelehnt, da es aus seiner Sicht nicht dem österreichischen Staatsvertrag entsprach. Als es später zum Ortstafelsturm kam, hoffte der ZSO auf internationale Unterstützung durch die Unterzeichner des Staatsvertrages von Wien, vor allem Jugoslawien, da – wie es hieß – die österreichische Regierung zu schwach gewesen sei, um dieser „Eskalation des Deutschnationalismus“ Einhalt zu gebieten (Slovenski vestnik 13. 10. 1972: 1). Die „Ortstafelstürmer“ wurden im Slovenski vestnik gar als „Auswürfe der Menschheit“ (ebd. 13. 10. 1972: 4 [eigene Übersetzung]) bezeichnet. Der „Ortstafelsturm“ und das ihm folgende Umdenken innerhalb der SPÖ waren auch für den ZSO ein Schlüsselereignis. Das Verhältnis zur SPÖ änderte sich besonders nach der Abwahl Hans Simas als Landesparteivorsitzender und dem Einschwenken Kreiskys auf die Linie der „Heimatverbände“, nachdem ihn am 28. Oktober 1972 eine wütenden Menge vor der Klagenfurter Arbeiterkammer heftig attackiert hatte (siehe Kap. 3.5.). Bei der Gemeinderatswahl 1973 rief der ZSO die Wähler dazu auf, ihre Entscheidung je nach Verhältnis der Lokalpolitiker zur slowenischen Minderheit zu treffen. Wo es eine „slowenenfreundliche“ lokale Parteiorganisation der Mehrheit gab (SPÖ,

KPÖ), sollte diese unterstützt werden. Dort, wo keine vorhanden war, sollten eigene slowenische Listen organisiert werden (siehe z. B. Slovenski vestnik 2. 3.1973: 1). Dies könnte als ethnozentrische Wende gewertet werden. Die nationale Frage trat wieder stärker in den Vordergrund, während noch 1970 viel mehr die wirtschaftliche und soziale Orientierung als Kriterium gegolten hatten.

Das Vertrauen, dass der österreichische Staat eine gerechte Lösung anstreben würde, ging in den Monaten nach dem Ortstafelsturm verloren. So hieß es in der Zeitung Slovenski vestnik: „Keine Worte, nur noch Taten können uns das Vertrauen in die Bereitschaft Österreichs zurück geben, die Minderheitenfragen gerecht zu lösen“ (6. 7. 1973: 1 [eigene Übersetzung]). Überhaupt war in diesen Monaten beinahe jede Schlagzeile der ersten Seite des Slovenski vestnik eine Kritik der österreichischen Minderheitenpolitik: „Was in Österreich stattfindet ist eine Schande für jeden, der etwas auf die Demokratie gibt“ (Slovenski vestnik 20. 7. 1973: 1 [eigene Übersetzung]), um nur ein Beispiel zu nennen.

Der ZSO war im von den slowenischen Studenten in Wien (KSŠD, Klub mladje, Kladio) initiierten Solidaritätskomitee, an dem auch schon einige Organisationen der deutschsprachigen Bevölkerung teilnahmen, vertreten. An der ersten großen Manifestation des Solidaritätskomitees, der Demonstration am 25. 10. 1973 in Klagenfurt, beteiligte sich der ZSO ebenfalls. Die von der Jugend- und Studentenbewegung schon lange Zeit kritisierten Verhandlungsrunden mit der Regierung, die in einer Karikatur als Bankette ohne Relevanz für die slowenische Bevölkerung charakterisiert wurden (Kladio 1971 Nr. 2: 7), beschrieb nun auch der Slovenski vestnik als nicht zielführend. So wurde etwa über eine Sitzung des Kontaktkomitees,⁴¹ das eine unmittelbare Begegnung zwischen Regierung, Vertretern der politischen Parteien und Vertretern der Kärntner Slowenen gewährleisten sollte, im November 1973 berichtet, es wären nur schöne Worte ausgetauscht worden, welchen aber keinerlei Resultate folgten (Slovenski vestnik 19. 11. 1973: 1). Der ZSO orientierte sich zunehmend an

⁴¹Das Kontaktkomitee wurde von Bundeskanzler Bruno Kreisky eingerichtet und trat am 11. September 1973 zu seiner ersten Sitzung zusammen. Zur Mitarbeit im Kontaktkomitee wurden „alle nach ihrem Aufgabenbereich in Betracht kommenden Mitglieder der Bundesregierung, zwei Vertreter der Kärntner Landesregierung, je ein Vertreter der im Nationalrat und je ein Vertreter der im Kärntner Landtag vertretenen politischen Parteien und je fünf Vertreter der beiden slowenischen Zentralorganisationen“ geladen (Unkart / Glantschnig / Ogris 1984: 51). Sein Aufgabenbereich wurde wie folgt definiert: „Das Kontaktkomitee berät Maßnahmen zur Durchführung des Art. 7 des Staatsvertrages von Wien aus 1955, gleichgültig ob die Probleme derzeit bereits gesetzlich geregelt sind oder nicht, sowie sonstige Fragen, die das friedliche Zusammenleben der Volksgruppen in Kärnten betreffen. Das Kontaktkomitee berät in Wahrnehmung seiner Aufgaben sowohl Fragen, die die Volksgruppe als Ganzes, als auch Fragen, die Einzelpersonen betreffen.“ (Geschäftsordnung des Kontaktkomitees in der (endgültigen) Fassung vom 6. November 1973 zit. in: ebd.) Das Kontaktkomitee wurde von der ÖVP nicht beschickt, vermutlich als Antwort auf die Nichtbeschickung der „Studienkommission für Probleme der slowenischen Volksgruppe beim Bundeskanzleramt“ durch die slowenischen Zentralverbände.

der Zivilgesellschaft und versuchte so – und mit jugoslawischer Unterstützung – Druck auf die österreichische Regierung auszuüben. Als sich die SPÖ schließlich umorientierte und eine „Minderheitenfeststellung“ anzustreben begann, bezichtigte sie der ZSO, die Argumente des Kärntner Heimatdienstes übernommen zu haben (ebd. 13. 2. 1976: 1, 8). Die Einigung aller drei im Parlament und Kärntner Landtag vertretenen Parteien auf eine „Minderheitenfeststellung“ wurde als Konzession an „nationalistische und neonazistische Kräfte“ gedeutet (ebd. 27. 2. 1976: 1). Die „Minderheitenfeststellung“ stehe als „statistischer Genozid“ in direkter Kontinuität mit dem „physischen Genozid“ während der Nazizeit (ebd.: 2). Aus der Perspektive des ZSO waren die „fünf Säulen“ der slowenischen Protestbewegung folgende: das Vertrauen in die eigenen Kräfte, die Unterstützung durch die jugoslawische Republik Slowenien, die Einheit innerhalb der Volksgruppe, die Verbundenheit mit den Demokraten innerhalb der Mehrheitsbevölkerung und den progressiven Kräften weltweit (ebd. 2. 1. 1976: 7).

4.4.4. Der ZSO und Jugoslawien

Der ZSO war in vielerlei Hinsicht stark von der jugoslawischen Politik geprägt. Erstens bezüglich seiner Weltanschauung die drei Blöcke der internationalen Politik betreffend. Diese Weltanschauung äußerte sich beim ZSO in Form einer positiven Haltung gegenüber der Blockfreien-Bewegung, einschließlich der positiven Bewertung antiimperialistischer Widerstandsbewegungen weltweit, die als in historischer Kontinuität mit dem Partisanenwiderstand stehend betrachtet wurden. Und zweitens war es die so genannte Schutzmachtstellung Jugoslawiens für die slowenische Minderheit in Kärnten, die Einfluss auf die Politik des ZSO nahm. Da Jugoslawien damals durch seine führende Rolle innerhalb der Blockfreien-Bewegung ein relativ hohes Ansehen auf der weltpolitischen Bühne genoss, erwartete man sich dementsprechend viel von jugoslawischen Interventionen. Obwohl jugoslawische Abgeordnete die Probleme der Kärntner Slowenen oftmals auch vor der UNO thematisierten, ist es auch heute noch schwer zu beurteilen, inwiefern diese Interventionen dazu beitrugen, die Lage der Slowenen in Kärnten zu verbessern. Auch wenn der jugoslawische Druck auf Österreich zu Beginn für die österreichischen Bemühungen, eine Lösung zu finden, offensichtlich mitverantwortlich war, erwiesen sich später, als sich ab 1973 auch die SPÖ auf eine „Minderheitenfeststellung“ zu orientieren begann, alle jugoslawischen Einflussnahmen weitgehend als wirkungslos. Sie trugen zwar dazu bei, das österreichische Vorgehen international zu diskreditieren, aber angesichts anderweitiger schwerwiegenderer

Probleme und Konflikte weltweit waren diese Interventionen erfolglos. Zudem war die Hoffnung auf jugoslawische Hilfe stets ein zweischneidiges Schwert, denn sie konnte von den „Heimatverbänden“ als Beweis für die Illoyalität und den „Heimatverrat“ der Kärntner Slowenen ausgelegt werden.

4.5. Der Rat der Kärntner Slowenen (Narodni svet koroških Slovencev – NSKS)

Der Rat der Kärntner Slowenen (NSKS) spaltete sich 1949 von der Kärntner Organisation der Befreiungsfront – OF ab. Seine Ausrichtung zu Beginn der 1970er Jahre ließe sich m. E. treffend mit katholisch-konservativ, slowenisch-nationalistisch, mit starker Bindung zum bäuerlichen und ländlichen Umfeld beschreiben. Wegen seiner christlich-konservativen Orientierung stand der NSKS dem politischen Establishment in Jugoslawien weniger nahe als der sozialdemokratisch geprägte ZSO. International war der NSKS, anders als der ZSO, nicht der Blockfreien-Bewegung zugeneigt sondern dem westlichen Block. Dies äußerte sich u. a. darin, dass amerikanische Kriegsverbrechen in Vietnam nicht thematisiert wurden.

4.5.1. Das Verhältnis des NSKS zur ÖVP und erste Protestäußerungen auf juristischem Weg

Auch der NSKS war bemüht, den Spagat zwischen Integration in die österreichische Gesellschaft und gleichzeitiger Verbundenheit mit dem „slowenischen Volksganzen“ (siehe z. B. Naš tednik 8. 10. 1972: 1) zu bewerkstelligen. Das „Einfügen in die Staatswirklichkeit und in das demokratische Leben“, schließe die Verbundenheit mit dem „Mutternvolk“ nicht aus (ebd.). Bei den Landtagswahlen gab der NSKS seine Wahlempfehlung für die ÖVP nur in Form einer „positiven Neutralität“ (ebd. 19. 2. 1970: 1) aus, was schon damals eine, wenn auch zögerliche, Distanzierung von der teilweise slowenenfeindlichen Landesparteiorganisation der ÖVP bedeutete. Bei der eine Woche danach stattfindenden Nationalratswahl gab man hingegen eine eindeutige Wahlempfehlung zugunsten der ÖVP aus (ebd.).

Auch der NSKS lehnte wie der ZSO eine Teilnahme an der 10.-Oktober-Jubiläumsfeier 1970 wegen ihrer minderheitenfeindlichen Ausrichtung ab (ebd. 15. 10. 1970: 1). Damals hatte der Kärntner Heimatdienst (KHD) mit seinem viel zitierten „Schlussstrich-Sager“ noch zusätzlich Öl ins Feuer gegossen. In der Oktoberausgabe des Druckorgans des KHD „Ruf der Heimat“

hieß es:

„Also hat die Geschichte in Kärnten noch keinen ‚Schlußstrich‘ gezogen. Sie zieht ihn unter zwei Völker nur, wenn eines von ihnen nicht mehr besteht. So ist der Abwehrkampf von 1920 im Jahr 1970 immer noch Abwehrkampf mit den Waffen des Herzens und des Geistes und wird es bleiben, so lange es ein deutsches Volk hier, ein slowenisches dort gibt. Daß er immer nur mit Herz und Geist, nie wieder mit Gewalt ausgetragen werde, das walte Gott!“ (Ruf der Heimat 1970 Nr. 14: 2).

Es sei auf die Ähnlichkeit in Inhalt und Form mit der weiter oben zitierten Rede (Kap. 2.4.2.5.) Arthur Lemisch’ von 1920 hingewiesen. Nicht mit Gewalt, mit Herz, Geist, Gemütlichkeit etc. sollten die Slowenen demnach assimiliert werden. Dem NSKS nahestehende Personen begannen damals, der Problematik der Minderheitenfeindlichkeit auf juristischem Weg entgegen zu treten. So erstatteten die damals noch in Wien studierenden Kärntner Slowenen Filip Warasch, Franz Wedenig und Karl Smolle Anzeige gegen den KHD, vor allem auf Grundlage des angeführten „Schlussstrich-Zitats“ und eines Artikels in der Zeitschrift des KHD, dem „Ruf der Heimat“, in welchem die Kärntner Slowenen als die „fünfte Kolonne“ des „slowenische[n] Nationalismus“ bzw. „jugoslawische[n] Imperialismus“ bezeichnet wurden (ebd.: 4). Der ZSO und der NSKS adressierten an den damaligen Bundespräsidenten Franz Jonas ein gemeinsames Schreiben mit der Aufforderung, gegen den KHD vorzugehen, da dieser darauf abziele, der slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheit zu nehmen, was laut Artikel 7 des Staatsvertrags von Wien aus dem Jahre 1955 verboten ist. Als Beweis der Minderheitenfeindlichkeit wurde das „Schlussstrich-Zitat“ angeführt. Ein inhaltlich ähnlicher Brief ging auch an Innenminister Otto Rsch (Na tednik 3. 12. 1970: 2).

4.5.2. Das Verhältnis des NSKS zur aufkommenden Jugendbewegung

Die Aufschriftenaktionen der slowenischen Aktivisten im Jahr 1970 verurteilte der Rat der Kärntner Slowenen (NSKS) und sprach sich „gegen die Anwendung von Gewalt [...] zur Erreichung politischer Ziele“ aus (Na tednik 15. 10. 1970: 1), womit aber wohl eher der schon weiter oben (Kap. 3.2.) erwähnte Knallkrper beim Abstimmungsgedenkstein in Strau gemeint war als die Aufschriftenaktionen. Im Unterschied zur Zeitung des Zentralverbandes slowenischer Organisationen (ZSO), dem Slovenski vestnik, wurden in der Zeitung des NSKS „Na tednik“ lange Zeit keine Leserbriefe und Flugblätter der jugendlichen Aktivisten abgedruckt. Der NSKS ging klar auf Distanz, da er wohl die Tragweite der Handlungen der Jugendlichen unterschätzte bzw. ihnen skeptisch gegenüber stand. M. E. war dies u. a. darauf

zurückzuführen, dass die ersten Protagonisten der Jugendbewegung aus dem politisch weit links stehenden Spektrum kamen, das ideologisch eher dem ZSO als dem NSKS nahe stand.

Als die SPÖ – wie bereits erwähnt – den Verband sozialistischer Mittelschüler (VSM), in welchem sich viele slowenische Aufschriftenaktivisten engagierten, auflöste, wurde dies auch im Naš tednik kritisiert. Dies war die erste unterstützende Geste des NSKS gegenüber den Jungaktivisten. Man merkte an, dass der Eindruck entstünde, der VSM sei aufgelöst worden, um unbequeme slowenische Mitglieder loszuwerden (Naš tednik 19. 11. 1970: 1). Diese Meldung könnte aber ebenso als Polemik gegen die SPÖ gewertet werden, nicht bloß als Unterstützung der slowenischen Jungaktivisten. Als die Aufschriftenaktionen von großen Teilen der Kärntner slowenischen Bevölkerung, über alle weltanschaulichen Lager hinweg, begrüßt wurden, fing aber auch der NSKS an, sich eindeutiger zu positionieren. Richtig zum Ausdruck kam die geänderte Haltung aber erst nach den Ereignissen des „Ortstafelsturms“ 1972. Dies fand vor allem in Form einer deutlicheren Distanzierung von der ÖVP statt, aber auch in Form einer zunehmend negativen Betrachtungsweise der Kärntner Gesellschaft und Bevölkerung. Während die aus dem Kladio-Kreis kommenden Initiatoren der slowenischen Protestbewegung in linker Terminologie die „bürgerlich deutschen Eliten“ für die Benachteiligung der slowenischen Bevölkerung verantwortlich machten und sich einer kollektiven Verurteilung der Bevölkerung immer entgegenstellten, wählten Teile des NSKS das nazistische Gedankengut gerade in der Kärntner „Volksseele“ aufgehoben.

„Wenn man der Volksseele dort zuhört, wo sie unverfälscht und ohne unnötige Rücksichtnahmen zur Geltung kommt, in Gasthäusern, auf Versammlungen, in Gruppen, bekommt man gänzlich unverfälschte Blüten nazistischer Denkart zu hören“ (Vospersnik 1973: 5 [eigene Übersetzung]).

Das Verhältnis des NSKS zu den maßgeblichen Akteuren der slowenischen Jugendbewegung war insgesamt distanzierter als das des ZSO. Der Grund dafür ist in der politisch linken Hegemonie innerhalb der Bewegung zu suchen.

4.5.3. Die Bildung slowenischer Wahllisten und der Verlust des Vertrauens in die österreichische Politik

Zur aus dem angeführten Zitat sprechenden „Antikärntner“ Haltung trug der Ortstafelsturm einen gewichtigen Teil bei. Der Entschluss des NSKS, dass man sich zukünftig politisch von der ÖVP emanzipieren müsse, führte zur Bildung eigener slowenischer Wahllisten bei Gemeinderatswahlen, woraus die „Koroška enotna lista – Kärntner Einheitsliste (KEL)“

entstand. Die KEL wurde eher von dem NSKS als von dem ZSO nahestehenden Personen getragen. Der NSKS unterstützte im Unterschied zum ZSO alle unabhängigen slowenischen Listen, die 1973 bei den Gemeinderatswahlen kandidierten (Naš tednik 11. 1. 1973: 1). Es ging dieser Wahlbewegung auch darum, Stimmen von Deutschsprachigen zu bekommen, was jedoch nur marginal gelang. Die Einheitsliste ist bis heute im Wesentlichen eine Kärntner slowenische Wahlbewegung geblieben. Es gibt eine bekannte lokale Ausnahme: 2009 wurde mit Franz Josef Smrtnik in Bad Eisenkappel zum ersten Mal nach 1945 ein Kandidat einer slowenischen Wahlliste zum Bürgermeister einer Kärntner Gemeinde gewählt. Er wurde demnach auch von vielen Personen gewählt, welche sich selbst nicht zur slowenischen Minderheit zählen.

Ein weiteres Resultat des Ortstafelsturmes war die danach forcierte „Internationalisierung“ der Problematik der Kärntner Slowenen. Die beiden slowenischen Zentralverbände NSKS und ZSO verabschiedeten hierzu am 29. 1. 1973 bei einer Versammlung der Vorstandsmitglieder und ihrer „örtlichen Vertrauensleute“ in Klagenfurt, an welcher ca. 500 Menschen teilnahmen, gemeinsam eine eigens vorbereitete Resolution (Naš tednik 1. 2. 1973: 1). Das Vertrauen in die österreichische Politik ging immer mehr verloren und man fühlte sich der „chauvinistischen und nazistischen Hetze“ (ebd. 11. 1. 1973: 1 [eigene Übersetzung]) ausgesetzt. Der Naš tednik berichtete mehrfach vom „skandalösen Vorgehen“ (26. 10. 1972: 1 [eigene Übersetzung]) der Polizei, nicht nur in Zusammenhang mit dem „Ortstafelsturm“. Der Exekutive wurde vorgeworfen, bei antislowenischen Gewalttaten weggesehen zu haben, während slowenische Aktivisten unverhältnismäßig scharf verfolgt worden wären. Z. B. seien die Behörden, als der slowenische Gemeinderatsabgeordnete Dr. Marko Dumpelnik tätlich angegriffen und schwer verletzt wurde, trotz eindeutig antislowenischer Motive von einer gewöhnlichen Schlägerei ausgegangen. Als der Schüler Karl Sitter verprügelt wurde, hieß es, die Polizei hätte ihm angeblich beim Verhör lakonisch geraten, am Schulweg zukünftig deutsch zu sprechen, um solchen Vorkommnissen aus dem Weg zu gehen. Andererseits sei ein slowenischer Aktivist arretiert worden, als er ein Plakat für eine Veranstaltung des Kärntner Heimatdienstes, welche schon stattgefunden hatte, zum Zweck der Dokumentation mitnahm (ebd. 26. 10. 1972: 1). Von ähnlichen Vorkommnissen war in beiden Kärntner slowenischen Wochenzeitschriften immer wieder zu lesen.

4.5.4. Auf der Suche nach Verbündeten in der Zivilgesellschaft

Als der Bruch mit der Politik der Kärntner ÖVP im Jahr 1973 vollzogen war, machte sich

auch der NSKS auf die Suche nach möglichen Verbündeten im Bereich der Zivilgesellschaft. Von großer Bedeutung waren für den NSKS deutschsprachige Katholiken und kirchliche Einrichtungen. Hier gab es von Anfang an relativ viele den Slowenen positiv gegenüberstehende Leute. Schon einen knappen Monat nach dem „Ortstafelsturm“, am 11. 11. 1972, veranstaltete beispielsweise der Arbeitskreis kritisches Christentum und die Evangelische Akademie in Wien ein Symposium unter dem Titel „Rassismus – Herausforderungen für Christen“, bei dem eine Resolution zur Unterstützung der Kärntner Slowenen verabschiedet wurde. Territorialprinzip bezüglich Topographie und Amtssprache, verpflichtender Slowenischunterricht im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens sowie der Verzicht auf eine „Minderheitenfeststellung“ waren die in der Resolution gestellten Forderungen, welche sich zu hundert Prozent mit den Forderungen der slowenischen Organisationen deckten (Resolution in: Naš tednik 21. 12. 1972: 1). Derartigen Solidaritätsbekundungen von deutschsprachiger Seite wurde im Naš tednik viel Platz eingeräumt. Weiters wurden nach dem „Ortstafelsturm“ immer wieder Leserbriefe und Artikel von Deutschsprachigen abgedruckt, welche sich für die Rechte der Kärntner Slowenen engagierten. Darunter waren auch lange Analysen von deutschsprachigen Historikern und Soziologen über die Germanisierung in Kärnten (siehe z. B. Stuhlpfarrer in: Naš tednik 21. 12. 1972: 3 ff.).

Als von der österreichischen Bundesregierung eine Volkszählung zum Zweck der Sprachenerhebung als Lösungsmöglichkeit in Betracht gezogen wurde, arbeitete der NSKS gemeinsam mit dem ZSO wie auch mit anderen slowenischen Organisationen, der Jugend- und Studentenbewegung und den Solidaritätskomitees darauf hin, diese zu verhindern. Als im Februar 1973 eine Studienkommission von der Bundesregierung installiert wurde, um Kriterien zu erarbeiten, nach welchen eine Erhebung der Minderheit möglich sei, wurde diese von NSKS und ZSO nicht beschickt. Diese vertraten nämlich den Standpunkt, dass nicht erst erhoben werden müsse, wer zur Minderheit zu zählen sei. Es gebe ein objektives Kriterium der Muttersprache. Das „Bekenntnisprinzip“ wurde abgelehnt, da dies ihrer Ansicht nach in der slowenenfeindlichen Atmosphäre zu verfälschten Daten geführt hätte. Weiters war man ohnehin der Meinung, das für den Artikel 7 in Betracht kommende Gebiet sei mit dem Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens identisch. Trotz massiver Anstrengungen konnten die slowenischen Organisationen mit ihren Vorstellungen die spätere „Dreiparteieneinigung“⁴² nicht verhindern. Auch die Einrichtung des weiter oben erwähnten

⁴²Die im Jahre 1976 getroffene Dreiparteieneinigung besagt, „daß Abänderungen oder Aufhebungen der Durchführungsverordnungen zum Volksgruppengesetz [das von allen maßgeblichen slowenischen Verbänden

Kontaktkomitees im Bundeskanzleramt im September 1973 brachte keine Ergebnisse und die slowenischen Zentralverbände beendeten ihre dortige Mitarbeit, als der Entschluss, eine „Minderheitenfeststellung“ durchzuführen, feststand.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass der NSKS 1.) sich ab Anfang der 1970er Jahre von der ÖVP immer mehr distanzierte und eine Politik betrieb, die in erster Linie auf die Rechtsstellung der Kärntner Slowenen bezogen war, 2.) nach Verbündeten innerhalb der deutschsprachigen Bevölkerung suchte und 3.) die Gründung der slowenischen Wahlbewegung KEL förderte. Diese Entwicklung führte 4.) zu einer stärker ethnozentrischen Wahrnehmung der Lebenswelt, was teilweise in Pauschalurteilen seinen Ausdruck fand, in welchen Österreich und seine Bevölkerung tendenziell als Nazis betrachtet wurden, wie es das weiter oben angeführte Zitat von der „Volksseele“ veranschaulicht. Dass dieserart Kollektivurteile nicht bloß in die politisch konservative Kärntner-slowenische Strömung Eingang fanden, bezeugt der gegenwärtige Diskurs über die so genannte Opferthese⁴³. Derzeit gilt nämlich der Standpunkt, wonach Österreich das erste Opfer Hitlerdeutschlands gewesen sei, selbstverständlich als eine rechte bzw. „revisionistische“ Position. Beinahe vergessen scheint, dass dies lange der Standpunkt der KPÖ gewesen war. Diese Problematik soll weiter unten (Kap. 7.) noch genauer ausgeführt werden, da sie für das Themenfeld Ethnizität von enormer Bedeutung ist.

4.6. Kirche und kirchennahe Organisationen

Die Kirche spielte im Formierungsprozess der slowenischen Nationalität eine wichtige Rolle. Da die slowenische Nationalität kaum hegemoniale Schichten hervorbrachte, bzw. diese im Dienst der herrschenden Nation standen, war für die slowenische Bevölkerung der Zugang zu höherer Bildung oft nur mit dem Besuch des Priesterseminars möglich. Der deutschnationale Druck war innerhalb der kirchlichen Strukturen nämlich geringer. Die vom Kärntner

abgelehnt wurde. Anm. d. Verf.] nur nach Herstellung des Einvernehmens unter den politischen Parteien, mit deren Stimmen das Volksgruppengesetz im Nationalrat beschlossen wurde, möglich sein sollen“ (zit. in Unkart / Glantschnig / Ogris 1984: 64). Der damalige Obmann des ZSO, Feliks Wieser, bezeichnete 1982 die Dreiparteievereinbarung als „ein undemokratisches, unparlamentarisches Instrument“ (zit. in ebd.: 65). Bei der Hauptversammlung des NSKS im Jahr 1982 wurde festgestellt, „daß das außerparlamentarische, ungesetzliche Dreiparteienübereinkommen leider noch immer der einzige Maßstab für die österreichische Minderheitenpolitik ist (zit. in ebd.).

⁴³In der Moskauer Deklaration von 1943 wird Österreich als erster souveräner Staat identifiziert, welcher der Angriffspolitik Hitlers zum Opfer gefallen ist. Es wird darin aber auch darauf hingewiesen, dass es eine Rolle bei der endgültigen Abrechnung spielen werde, welchen Beitrag Österreich selbst zu seiner Befreiung geleistet hat.

Heimatsdienst geprägte Redewendung von den Kärntner Slowenen als „kommunistisch-katholische Einheitsfront“ (zit. in Obid / Messner / Leben 2002: 38) zeigt den realen Hintergrund der slowenischen Nationalbewegung auf, in welcher sowohl nationale als auch soziale Anliegen oftmals eine religiöse Ausdrucksform annahmen. Die Kirche ist neben Amt und Schule bis heute ein umstrittenes Feld der Sprachenpolitik in Kärnten geblieben und ist heute die einzige Massenorganisation in Kärnten, welche nach wie vor stark slowenisch geprägt ist.

4.6.1. Minderheitenpolitische Aktivitäten der Kirche in den 1970er Jahren

1972 nahm sich die Kirche mit einer Synode des Sprachenkonflikts in Kärnten an. Neben den allgemeinen Leitsätzen über die Förderung von gegenseitiger Toleranz und Achtung wurde darin Folgendes zugesichert: 1. Die Verwendung beider Sprachen in allen kirchlichen Ämtern und in zweisprachigen Pfarren, 2. Die Einrichtung eines eigenen slowenischen Pastoralausschusses und einer offiziellen Vertretung der Slowenen beim bischöflichen Ordinariat, 3. Die Schaffung von Koordinationsausschüssen, in erster Instanz auf Dekanatsebene, in zweiter Instanz auf Diözesanebene als permanenter Ausschuss des Diözesanrates. Die Koordinationsausschüsse hatten die Aufgabe, alle Streitfälle, die sich aus dem Zusammentreffen beider „Sprachgruppen“ im kirchlichen Bereich ergeben, in demokratischen Schlichtungsverfahren zu regeln (Omelko 1974: 45 f.).

Die Kirche bemühte sich weiters, in Publikationen bezüglich des Konfliktes in Kärnten zu vermitteln und ihre Haltung darzustellen. 1975 veröffentlichte man die Reihe „Das gemeinsame Kärnten – Skupna Koroška“ (Deutsch-slowenischer Koordinationsausschuß des Diözesanrates 1975), in welcher Autoren in slowenischer und deutscher Sprache unterschiedliche Aspekte der Problematik behandelten. Ebenso werden darin Diskussionsbeiträge und Stellungnahmen von Politikern und Organisationen dokumentiert. Ein aktiver kirchennaher Aktivist war Valentin Inzko, der Vater des österreichischen Diplomaten und derzeitigen Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina, welcher u. a. auch für den Inhalt der genannten Publikation verantwortlich zeichnete. Inzko war zudem einer der beiden Vertreter der katholischen Kirche bei der von der Regierung eingerichteten Studienkommission für Probleme der slowenischen Volksgruppe in Kärnten. Diese wurde von den slowenischen Zentralverbänden u. a. aus Protest gegen die Nominierung des Obmannes des Bundes der Windischen und stellvertretenden Obmannes des Kärntner Heimatsdienstes, Valentin Einspieler, als Vertreter der ÖVP, nicht beschickt. Inzko war mit dieser

Entscheidung nicht einverstanden und begründete dies folgendermaßen:

„Die Ablehnung der Mitarbeit in der von Bundeskanzler Dr. Kreisky eingesetzten Studienkommission für Probleme der slowenischen Volksgruppe sowie die Reaktion der politischen Führung der Kärntner Slowenen auf die Einladung des Landeshauptmannes zu Gesprächen im Rahmen einer Kärntner Tischrunde wurden in den breitesten Schichten der Kärntner Bevölkerung ebenso wenig verstanden wie die zahlreichen Gespräche mit jugoslawischen Spitzenpolitikern in den vergangenen Jahren“ (Inzko 1975: 40 f.).

1974 erhielt Inzko von der Studienkommission die Aufgabe, zu Fragen der Amtssprache einen Entwurf auszuarbeiten. Dieser wurde der Studienkommission als Weiter-Inzko-Waldstein-Entwurf vorgelegt (Inzko / Waldstein 1975a: 91 f.). Während die Zentralverbände mittlerweile gegenüber der österreichischen Bundesregierung zur offenen Konfrontation übergegangen waren, versuchten kirchliche Vertreter die Interessen der Kärntner Slowenen und der österreichischen Politik und Gesellschaft nach wie vor als gemeinsame darzustellen. Was die Realisierung des Artikels 7 Abs. 3 betrifft, vertrat Inzko in der Studienkommission den Standpunkt, dass „bei Berücksichtigung der Gemeindestruktur 1955 und eines 20-Prozent-Anteiles von Minderheitsangehörigen die Volkszählungsergebnisse 1951 als Grundlage“ herangezogen werden könnten (Inzko 1975: 36). Die beiden slowenischen Zentralverbände hatten sich zu diesem Zeitpunkt bereits von einer Prozentlösung distanziert und vertraten das „Territorialprinzip“. Das so genannte Territorialprinzip geht von einem geschlossenen zweisprachigen Gebiet aus, in welchem die nationalen Sonderrechte der Kärntner Slowenen Anwendung finden sollten. Dieses Prinzip wurde auch von den Solidaritätskomitees vertreten.

Ein umstrittener Diskussionspunkt innerhalb der kirchlichen Strukturen war beispielsweise die Regelung des Religionsunterrichtes in Südkärnten. Nach dem 1959 im Parlament beschlossenen Minderheitenschulgesetz wurde nämlich auch das Fach Religion nur noch für diejenigen Kinder zweisprachig abgehalten, welche zum zweisprachigen Unterricht angemeldet waren. Nach Meinung Inzkos wurde durch dieses Verlassen der früher praktizierten Regelung der „Grundsatz der Erteilung des Religionsunterrichtes in der Muttersprache“ verletzt (ebd.: 39). Inzko zitiert eine Denkschrift slowenischer Intellektueller an den Bischof von Gurk, wo gegen diese Regelung Stellung bezogen wurde:

„Noch keine staatliche Verordnung hat der slowenischen Volksgruppe in Kärnten einen solchen Dolchstoß ins Herz versetzt wie dieses Sprachendekret der Bischöflichen Behörde“ (zit. in ebd.: 39).

Die Kärntner Diözesansynode aus dem Jahr 1972 hat sich aber wieder zum Grundsatz der

Erteilung des Religionsunterrichtes in der „Familiensprache“⁴⁴ bekannt (ebd.).

Kirchliche und kirchennahe Strukturen leisteten auch einen Beitrag zur Information und Aufklärung bezüglich des ethnischen Konfliktes in Kärnten. So fanden mehrere Veranstaltungen statt, bei denen über mögliche Ansätze zur Konfliktbeilegung diskutiert wurde. Die von der Kirche organisierten Foren und Debatten unterschieden sich in einem Punkt recht deutlich von anderen Aktivitäten im Bereich der Minderheitenproblematik in Kärnten. Konnte man bei den maßgeblichen Akteuren meist schnell eine „proslowenische“ oder „antislownische“ Gesinnung feststellen, war in kirchlichen und kirchennahen Publikationen und Stellungnahmen meist eine äquidistante Haltung bemerkbar. Den Slowenen wurde einerseits ein umfassender Minderheitenschutz zugestanden, andererseits betonte man immer wieder die notwendige Versöhnungsbereitschaft beider Seiten. So steht in einer Resolution, die von der Arbeitsgruppe „Minderheiten in Österreich“ beim österreichischen Katholikentag im Oktober 1974 verfasst wurde, Folgendes:

„Der Weg zur Versöhnung kann nur über den Aufbau eines Vertrauensverhältnisses gefunden werden, über den Abbau des Mißtrauens, unter Verzicht auf politische Winkelzüge und unzumutbare Forderungen – auf beiden Seiten. Der Weg zur Versöhnung muß von beiden Seiten her begangen werden, er fordert von beiden Seiten das Risiko des Vertrauensvorschlusses, den Mut zum Umdenken, die Beweglichkeit, auch neuen Ideen Raum zu geben“ (zit. in Deutsch-slowenischer Koordinationsausschuß des Diözesanrates 1975a: 97).

Eine derartige Argumentationsweise unterschied sich von der ansonsten in den Solidaritätskomitees vorgebrachten in dem Punkt, dass die Verantwortung für Missstände auf „beiden Seiten“ gesucht wurde.

Ebenso war beispielsweise Inzko darum bemüht, die Interessen der Kärntner Slowenen klar von jenen Jugoslawiens abzugrenzen, mitunter diese sogar in Gegensatz zueinander zu setzen. So kritisierte er mehrmals die Formen jugoslawischer Unterstützung als kontraproduktiv und interpretierte diese als eine Art der Instrumentalisierung:

„Die von jugoslawischer Seite für die Kärntner Slowenen gebrauchte Bezeichnung ‚jugoslawische Minderheit‘ ist nicht dazu angetan, bestehendes Mißtrauen im Lande beseitigen zu helfen. Wir sind österreichische Slowenen, wir sind Kärntner Slowenen, wir sind jedoch Angehörige des slowenischen Volkes, keine jugoslawische Minderheit, da unser Vaterland immer Österreich, nie aber Jugoslawien

⁴⁴Der Religionsunterricht wurde in der Regel in der Muttersprache erteilt. Durch die engen Kontakte der Landbevölkerung mit den Priestern wussten diese ziemlich genau, ob in einer Familie deutsch oder slowenisch gesprochen wurde. Daher lag die Entscheidung beim Priester, in welcher Sprache er die einzelnen Kinder unterrichtete.

war“ (Inzko 1975: 40).

Auch was die zweimaligen jugoslawischen Gebietsansprüche auf Südkärnten betrifft, wurden diese von Inzko als Ursache des Konfliktes bezeichnet (ebd.).

Es gab aber auch Initiativen aus dem konfessionellen Bereich, welche die Verantwortung für die Missstände eindeutig auf der Seite der österreichischen Politik identifizierten. Wie weiter oben schon erwähnt, verabschiedete das Symposium „Rassismus – Herausforderungen für Christen“, veranstaltet vom Arbeitskreis Kritisches Christentum und der Evangelischen Akademie, am 11. November 1972 in Wien eine Resolution an die Adresse von Bundeskanzler Kreisky. Darin wird das Territorialprinzip bezüglich Topographie und Amtssprache, ein verpflichtender Slowenischunterricht im gemischtsprachigen Gebiet und der Verzicht auf eine Minderheitenfeststellung gefordert (Resolution zit. in Naš tednik 21. 12. 1972: 1).

Eine weitere wichtige Organisation innerhalb der Solidaritätsbewegung war die Katholische Arbeiterjugend (KAJ). Deren Kärntner Landessekretärin Edda Konrad ist 1976 angeblich aufgrund ihres Engagements in der Solidaritätsbewegung ihrer Funktionen entbunden worden (Slovenski vestnik 10. 12. 1976: 2). In einem Schreiben der Bundesführung der KAJ an Kanonikus Weiß wurde dieser aufgefordert, seine Entscheidung zu revidieren. 60 KAJ-Aktivist*innen fasteten aus Protest vier Tage lang. Die Diözese führte eine Missachtung von Dienstvorschriften seitens Konrads als Entlassungsgrund an, während die KAJ die Entlassung auf das Engagement in der Solidaritätsbewegung zurückführte (Slovenski vestnik 24. 12. 1976: 2). Die KAJ war mehrere Jahre in der Solidaritätsbewegung aktiv.

4.6.2. Die Minderheitenfrage als Konfliktherd innerhalb der Kirche

Als eine der einflussreichsten Masseninstitutionen hatte auch die Kirche großen Einfluss auf die national-politische Entwicklung der Kärntner Gesellschaft. Aus ihren Reihen waren immer wieder deutschnationale, slowenischnationale und vermittelnde Töne zu vernehmen. Von den unterschiedlichen Akteuren wurde die Kirche als wichtiges Instrument wahrgenommen, die Bevölkerung auch in nationaler Hinsicht zu beeinflussen. Mitunter kam es bei Wahlen in die Pfarrgemeinderäte zu Konflikten, da auch dort die ethnische Zusammensetzung oft ins Zentrum der Debatte rückte (vgl. Inzko / Waldstein 1975a: 91). Das profane Thema des Nationalen überlagerte das Öfteren die Glaubensfragen. So manchem Pfarrer war sein Engagement in nationalen Fragen wichtiger als in Fragen der Theologie.

Bekannt sind z. B. die antislowenischen Predigten bzw. Reden des ehemaligen Stiftspfarrers von Maria Saal⁴⁵, Wilhelm Mucher, der beispielsweise bei einer Ansprache in Wernberg am 29. Juni 1975 vor einer „unchristlichen und undemokratischen“ Auslegung der Artikel des Staatsvertrages warnte, die eine „Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit“ bedeuten würde: „Das ist östlicher Despotismus, nicht Christentum [...] Sie [die Slowenen. Anm. d. Verf.] mögen nach Jugoslawien oder nach dem Osten gehen, dort ist für Diktatoren Platz“ (zit. in Fischer 1980: 58). Weiter meinte er, den Slowenen sei während des 2. Weltkrieges nichts geschehen. Wenn die zweisprachigen Ortstafeln einmal stehen sollten, würden die Slowenen russische Panzer einladen und das Gebiet würde an Jugoslawien angeschlossen werden, so Mucher. Um dies zu verhindern, schlug der ehemalige Stiftspfarrer von Maria Saal Folgendes vor:

„Wir können nicht genug deutsche Trachtenvereine gründen und andere Vereine und Ortsgruppen, deutsche. Wir können nicht genug deutsche Veranstaltungen halten, deutsche Fahnen weihen und können diese nicht hoch genug in den Himmel hinaufheben. Damit alle Welt sieht, hier ist ein deutsches Land, ein deutsches Territorium.“ (zit. in ebd.: 58)

Dieses Beispiel ist keinesfalls als typisch zu verstehen. Dennoch ist interessant, wie direkt sich mancher „Diener Gottes“ in den nationalen Konflikt einschaltete. Muchers Verhalten wurde vom bischöflichen Ordinariat zumindest geduldet. Andererseits wurden slowenische Pfarrer diszipliniert, welche im Religionsunterricht auch Kindern, die nicht zum Slowenischunterricht angemeldet waren, den Katechismus auf Slowenisch erklärten (ebd.: 56). Insgesamt muss aber betont werden, dass die Kirche, mehr als die Ämter und Behörden des Landes Kärnten, darum bemüht war, der Zweisprachigkeit in Südkärnten Rechnung zu tragen. Die Kirche ist heute die einzige Massenorganisation in Kärnten, die eine konsequente Zweisprachigkeit pflegt.

4.7. Die Solidaritätskomitees

Nach den Ereignissen beim Kärntner „Ortstafelsturm“ 1972 kam es innerhalb der slowenischen Jugendbewegung zu einer Umorientierung in ihrem Engagement für die Umsetzung der im Artikel 7 des österreichischen Staatsvertrages verankerten Rechte der slowenischen Minderheit. Es wurde beschlossen, von nun an verstärkt Verbündete in der deutschsprachigen Mehrheitsbevölkerung zu suchen. Daraus entstanden die

⁴⁵Die Kirche in Maria Saal ist ein bedeutendes Heiligtum und ein berühmter Wallfahrtsort in Kärnten.

Solidaritätskomitees für die Rechte der Kärntner Slowenen.

4.7.1. Das Solidaritätskomitee in Klagenfurt

Das erste Solidaritätskomitee für die Rechte der Kärntner Slowenen wurde – wie weiter oben erwähnt – auf Initiative des Klubs slowenischer Studenten in Wien, des Klub mladje und des Kladio am 1. September 1973 in Klagenfurt gegründet. Am 14. September wurde eine politische Plattform gebildet, welche vorerst folgende Tätigkeiten plante: Die Vorbereitung einer Ausstellung des Klubs slowenischer Studenten in Wien über „Die aktuellen Probleme der Kärntner Slowenen“ im Stadthaus Klagenfurt, die Verbreitung von Flugzetteln mit dem Titel „Für Völkerfreundschaft und nationale Gleichberechtigung“, die Organisation einer Demonstration am 25. 10. 1973 in Klagenfurt gegen die „Minderheitenfeststellung“ und für die sofortige Umsetzung des Artikels 7 (Kladio 1973. Sonderausgabe über das Solidaritätskomitee für die Rechte der Kärntner Slowenen: 4). Das Ziel des Solidaritätskomitees war, die „Minderheitenfeststellung“ zu verhindern, denn eine solche hätte, so die Aktivisten, nichts Anderes bedeutet als „eine Zählung jener Slowenen, welche sich nicht dem nationalistischen Druck“ gebeugt hatten (ebd. [eigene Übersetzung]). Demnach hätte eine „Minderheitenfeststellung“ nachträglich den „nationalistischen Druck“ legalisiert (ebd.). Alle Organisationen, welche mit der inhaltlichen Orientierung der Plattform einverstanden waren, konnten dem Solidaritätskomitee beitreten.⁴⁶ Das erste Resultat war die Großdemonstration in Klagenfurt am 25. 10. 1973. Die Volkszeitung, Druckorgan der ÖVP, beschrieb das Teilnehmerfeld folgendermaßen: „Slowenenösterreicher, Kommunisten und Sozialisten“ (Volkszeitung 26. 10. 1973: 1), um dann genauer fortzusetzen:

„Den Kader stellte das slowenische Gymnasium, aber auch slowenische Studenten aus Wien nahmen teil. Die Jugend dominierte; es fehlten aber auch die bäuerlichen slowenischen Aktivisten aus den Orten des Grenzlandes nicht. Eine beträchtliche Teilnehmerzahl stellten linksgerichtete deutschsprachige Organisationen; vor allem trat die KPÖ in Erscheinung. Unter den Demonstranten sah man einige

⁴⁶Von Anfang an waren folgende Organisationen Teil des Solidaritätskomitees: AIDLCM (Internationaler Verband zum Schutz bedrohter Sprachen und Kulturen) / Amnesty International / Arbeitskreis Galerie Hildebrand / Bund demokratischer Frauen / Bund demokratischer Lehrer / Indochinakomitee Klagenfurt / Katholische Arbeiterjugend / Katoliška mladina (Katholische Jugend) / Kinderland – Junge Garde / Kladio / Klub slowenischer Studenten in Wien / Kommunistische Jugend Österreichs / Kommunistische Partei Österreichs / Koroška dijaška zveza (Kärntner Schülerverband) / KZ-Verband / Mladje / Mladinska organizacija Peca (Jugendorganisation Petzen) / Österreichisch-jugoslawische Gesellschaft / Österreichische Liga für Menschenrechte / Rat der Kärntner Slowenen / Roter Schülerbund / Slovenska mladina – Slowenische Jugend / Zentralverband slowenischer Organisationen. Mit dem Inhalt der Plattform solidarisierte sich auch die Organisation „Österreichische Widerstandskämpfer“ (Kladio 1973. Sonderausgabe zum Solidaritätskomitee für die Rechte der Kärntner Slowenen: 4).

Kärntner Künstler, unter ihnen den bekannten Maler Werner Berg und Redakteure der ‚Kleinen Zeitung‘ und der ‚KTZ‘. Teilnehmer aus Jugoslawien konnten nicht festgestellt werden. Die Grenzstationen verzeichneten nach unseren Recherchen am Donnerstag fast keinen Reiseverkehr aus Slowenien“ (ebd.: 4).

Zutreffend ist, dass zu diesem Zeitpunkt bereits Teile der Kärntner Zivilgesellschaft (die Volkszeitung spricht von Künstlern und Zeitungsredakteuren) an den Aktivitäten teilnahmen. Die erwähnten, bei der Demonstration anwesenden Redakteure, waren jedoch nicht unter denjenigen, welche die Geschehnisse kommentieren durften. Maria Halmer war damals z. B. Redakteurin der Volkszeitung und meinte, sie sei, zum Ärger des damaligen Chefredakteurs, dabei gewesen: „Es wurde genau beobachtet, wer da mitgeht“ (Interview mit Halmer 2009). Die Berichterstattung der großen Kärntner Tageszeitungen versuchte die Demonstration und das Teilnehmerfeld eher als zwielichtig zu charakterisieren. Die Kleine Zeitung titelte beispielsweise: „Demonstration: Der ‚Marsch zur Drina‘ und die Bundeshymne“ (Kleine Zeitung 26. 10. 1973: 11). Der Kärntner Heimatdienst druckte ein Flugblatt, auf welchem Folgendes geschrieben stand:

„Partisanen, die noch 1948 Südkärnten von Österreich abtrennen wollten, werden am Vorabend des österreichischen Staatsfeiertages in Klagenfurt marschieren! [...] Sie fordern Slowenisch-Kärnten! [...] Linksklerikale und Kommunisten marschieren auch!“ (zit. in Kleine Zeitung 25. 10. 1973: 4).

So sehr tendenziös die Charakterisierung der Teilnehmer seitens des KHD auch sein mag, grundsätzlich ist richtig, dass bei den deutschsprachigen Verbündeten der slowenischen Minderheit überproportional viele kommunistisch und kirchlich engagierte Personen dabei waren. Die KPÖ war überhaupt die einzige Partei (die slowenische Regionalpartei Kärntner Einheitsliste ausgenommen), welche zum Großteil die Standpunkte der slowenischen Verbände und Aktivisten teilte und diese auch öffentlich vertrat. Schon die Aufschriftenaktionen slowenischer Aktivisten im Jahr 1970 kommentierte die KPÖ wie folgt: „Hätte man doch den Staatsvertrag erfüllt“ (Volkswille 28. 10. 1970: 3). Mag das Klagenfurter Solidaritätskomitee und seine Sympathisanten über einige Jahre hinweg auch sehr aktiv gewesen sein, es gelang jedenfalls nicht, im Laufe der Jahre bis hin zur „Volkszählung besonderer Art“ 1976, den Sympathisantenkreis wesentlich zu erweitern. Zur Demonstration am 9. 4. 1976 in Klagenfurt, bei welcher gegen die umstrittene Volkszählung demonstriert wurde, kamen nicht wesentlich mehr Teilnehmer als zweieinhalb Jahre zuvor. Nach offiziellen Angaben waren es 1400 Personen (1973 waren es 1200 gewesen), nach Angaben der Veranstalter (wie schon 1973) wesentlich mehr (Slovenski vestnik 16. 4. 1976: 1). In Klagenfurt, vor allem an der Universität, im Umfeld der Kirche und im Bereich des

linken politischen Aktivismus war die Solidaritätsbewegung mit den Kärntner Slowenen recht stark vertreten, der Zugang zu breiteren Schichten blieb jedoch versperrt. Sowohl die großen politischen Parteien als auch die einflussreichen Medien standen der Bewegung eher feindselig gegenüber:

„In der Blütezeit haben sehr viele mitgemacht. Ich würde sagen, alle Slowenen, wie auch immer sie eingestellt waren. Bei den Deutschen ein starker Teil der SPÖ-Jugend, alle die links von der SPÖ gestanden sind und ein Teil der katholischen Jugend. Die ÖVP hat nicht mitgetan, die Landjugend hat nicht mitgetan. Es war eher die intellektuelle, die städtische und die katholische Jugend. Am Land draußen nichts. Genauso bei der SPÖ. Die SPÖ in den Gemeiden hat nicht mitgetan. Es waren städtische Jugendliche, die zum Teil mit Slowenen in irgendwelchen Zirkeln zusammen waren, die sich dann begeistern haben lassen. Mehr nicht“ (Interview mit Warasch 2009).

Obwohl diese Beschreibung grundsätzlich zutrifft, darf man nicht vergessen, dass die Bewegung mehr bewirken konnte als das angeführte Zitat nahelegt. Immerhin wurde die Minderheitenfrage in ganz Österreich thematisiert. Durch die Aktivitäten der slowenischen Protest- und der österreichweiten Solidaritätsbewegung wurde ein Teil der österreichischen Bevölkerung überhaupt erst mit der Minderheitenproblematik in Kärnten bekannt. Auch die bis auf den heutigen Tag stattfindende Diskussion über zweisprachige Ortstafeln ist auf die damalige Solidaritätsbewegung zurückzuführen.

4.7.2. Das Solidaritätskomitee in Wien

Erstaunlicherweise entstand das Wiener Solidaritätskomitee relativ spät. Die Initiative, ein solches zu gründen, wurde erst Ende des Jahres 1974 gestartet. Bedenkt man, dass die maßgeblichen Impulse für die Jugend- und Solidaritätsbewegung aus Wien gekommen waren und auch das potentielle Reservoir an Bündnispartnern hier am größten war, hätte man sich diese Initiative eigentlich früher erwartet.

Der Klub slowenischer Studenten in Wien, der Bund Kärntner Studenten, der Kommunistische Studentenverband und der Verband sozialistischer Studenten Österreichs verfassten einen an mehrere Organisationen adressierten Brief⁴⁷, um ein Solidaritätskomitee

⁴⁷Das Schreiben ging an folgende Organisationen: Arbeitskreis Kritisches Christentum, Bund demokratischer Frauen, Bund sozialistischer Freiheitskämpfer, Evangelischer Jugendrat H. B., Evangelische Akademie – Ulrich Trinks, Katholische Arbeiterjugend – Wien, Kommunistische Jugend Österreichs, Katholische Studierende Jugend, KZ-Verband, Österreichisch-Kubanische Gesellschaft, Österreichische Widerstandsbewegung, Österreichischer Friedensrat, Vereinigung demokratischer Juristen, Vereinigung demokratischer Lehrer, Sozialistische Jugend Österreichs, Österreichische Hochschülerschaft, Österreichische Hochschülerschaft – Technik SOG.

in Wien zu gründen. Die angegebenen Ziele waren die Verhinderung einer „Minderheitenfeststellung“ und die „volle Erfüllung der Bestimmungen des Artikels 7 des österreichischen Staatsvertrages“ (Archivquelle: Schreiben der genannten Organisationen vom 14. 11. 1974 und 19. 3. 1975). Wie aus der Liste der Adressaten hervorgeht, handelte es sich bei den angeführten Organisationen um traditionell antifaschistische, konfessionelle, kommunistisch-sozialistische und studentische Strukturen sowie um Jugendverbände. Die Ziele der Solidaritätskomitees für die Rechte der Kärntner Slowenen in Österreich waren überall dieselben. Die Notwendigkeit der Solidarität mit den Kärntner Slowenen wurde immer wieder auf zwei verschiedenen Ebenen begründet. Die erste betraf die slowenische Minderheit selbst. Hier wurden der assimilatorische Charakter der österreichischen Minderheitenpolitik, die Nichtberücksichtigung der im Artikel 7 des österreichischen Staatsvertrages verbrieften Rechte der Kärntner Slowenen und die historische Legitimität des Minderheitenschutzes angeführt. Die zweite Ebene sprach allgemein demokratische Fragen der österreichischen Gesellschaft an. Man argumentierte, dass das Zurückweichen vor „deutschnationalen Kräften“ die historischen Feinde der österreichischen Souveränität und Demokratie stärken würde. Deshalb sei dies keine Problematik, die ausschließlich die Kärntner Slowenen betreffe, sondern zum Anliegen aller „demokratisch gesinnten“ Österreicher werden müsse. Als Ausdruck des zunehmenden Einflusses deutschnational orientierter Organisationen wurde vor allem die Kärntner „Dreiparteieneinigung“ wahrgenommen, welche „eine Bedrohung für die weitere demokratische Entwicklung in Kärnten und Österreich“ darstelle (Archivquelle: Begleitbrief zum Schreiben der genannten Organisationen vom 19. 3. 1975).

Am 10. 5. 1975 fand im Klub slowenischer Studenten in Wien eine Informations- und Arbeitssitzung statt (Slovenski vestnik 16. 4. 1976: 5), die als der organisatorische Anfang der Solidaritätsbewegung in Wien bezeichnet werden kann. Die erste größere Veranstaltung kultureller Natur des Wiener Solidaritätskomitees ereignete sich im November 1975, als die Autoren Florjan Lipuš, Wilhelm Pevny, Janko Messner und Peter Turrini aus Solidarität mit den Kärntner Slowenen im slowenischen Studentenklub in Wien lasen (ebd.). Im Allgemeinen war der politisch eher links orientierte Teil der österreichischen Kunst- und Kulturszene der Bewegung für die Rechte der Kärntner Slowenen zugetan. Peter Turrini meinte z. B.:

„Als die slowenische Sprache auf die Ortstafeln kam, und viele deutschsprechende Kärntner glaubten, zwei Ortsbezeichnungen auf einer Tafel nicht ertragen zu können, und zur Barbarei übergingen, kam mir Kärnten auf eine bedrohliche Art näher. Hier geschah etwas vor meiner Haustüre und nicht in Afrika, (Anspielung auf seine Sympathie für die Antiapartheidsbewegung in Südafrika. Anm. d. Verf.)

ich verlor die Distanz des intellektuell engagierten Schriftstellers, ich stellte fest, dass unter den Wütern gegen die slowenische Volksgruppe Bekannte, Nachbarn, ehemalige Schulkameraden waren“ (Turrini 1980: Klappentext).

In den folgenden Monaten bis zur „Volkszählung besonderer Art“ fand in Wien eine Vielzahl an Veranstaltungen statt, welche zum Ziel hatten, die Wiener Öffentlichkeit über den Charakter der Volkszählung besonderer Art aufzuklären und über die Situation der Kärntner Slowenen zu informieren. Offiziell gegründet wurde das Wiener Solidaritätskomitee allerdings erst am 18. 6. 1976 (Kladivo 1977. Nr. 4: 3). Jedoch gab es längst vorher vielerlei Aktivitäten vor allem seitens der im Klub slowenischer Studenten organisierten Kärntner-slowenischen Jugend, oftmals in Zusammenarbeit mit anderen Vereinen und Verbänden. Als sich eine bald bevorstehende „Minderheitenfeststellung“ klar abzuzeichnen begann, wurden die Aktivitäten intensiviert. Im Albert Schweitzer Haus in Wien fand beispielsweise am 8. 4. 1976 eine Solidaritätsversammlung des Aktionskomitees für die Erfüllung des Artikels 7 und gegen die Minderheitenfeststellung mit etwa 400 Teilnehmern statt (Slovenski vestnik 16. 4. 1976: 2). Am 31. 5. 1976 riefen der Zentralausschuss der österreichischen Hochschülerschaft, die Österreichische Widerstandsbewegung, der Kroatische Akademikerklub und der Klub slowenischer Studenten in Wien zur Demonstration gegen die Volkszählung besonderer Art auf, an welcher laut Kladivo um die 3000 Menschen teilnahmen (Kladivo 1976. Nr. 3: 10). Unterstützt hätten die Demonstration „in Aktionseinheit sozialistischer, katholischer, kommunistischer und anderer antifaschistischer Kräfte“ breite Schichten der „demokratischen Bevölkerung“ (ebd. [eigene Übersetzung]), während sich gleichzeitig Vertreter der Kärntner Slowenen im Kanzleramt mit der Expertenkommission über das Volksgruppengesetz unterhielten (ebd.: 10 f.). Es kam auch zu einer gemeinsamen Stellungnahme der Österreichischen Hochschülerschaft mit dem Verband der sozialistischen Jugend Jugoslawiens (Zveza socialistične mladine Jugoslavije), in der die Solidarität mit den Kärntner Slowenen bekundet wird (Slovenski vestnik 7. 5. 1976: 2). Eine weitere Studentenorganisation, mit welcher die slowenischen Studenten in Wien über Jahre hinweg oft zusammenarbeiteten, war die Südtiroler Hochschülerschaft in Wien. An dieser Stelle sei angemerkt, dass die slowenischen Studenten in Wien auch an der internationalen Solidaritäts- und Antikriegsbewegung mitarbeiteten. Bekannt sind vor allem die Aktivitäten in der Bewegung gegen den Krieg in Vietnam, gegen die Apartheid in Südafrika, die Solidarität mit der Volksfrontregierung in Chile sowie mit den Palästinensern.

Auch einige namhafte Persönlichkeiten der österreichischen Öffentlichkeit unterstützten die Bewegung gegen die Volkszählung besonderer Art. In Wien unterstützten den Aufruf des

„Aktionskomitees gegen die Minderheitenfeststellung und für die Rechte der Kärntner Slowenen“ u. a. der Präsident der österreichischen Journalistengewerkschaft Günther Nenning, der Kabarettist und Schauspieler Helmut Qualtinger und der Sohn des Bundeskanzlers Peter Kreisky (Slovenski vestnik 2. 4. 1976: 2).

Die letzte Massenkundgebung in Wien, die der Solidaritätsbewegung mit den Kärntner Slowenen zugeordnet werden kann, fand einige Tage vor der „Volkszählung besonderer Art“, am 5. November 1976 statt. Laut Kladio nahmen wieder ca. 3000 Personen teil (Kladio 1976. Nr 6: 2). Auch am Tag der Volkszählung, am 11. November 1976, kam es an der Wiener Universität noch zu einer Solidaritätsmanifestation (Kladio 1976. Nr 6: 3), wo zum wiederholten Mal dazu aufgerufen wurde, bei der Volkszählung außerhalb Kärntens Slowenisch als Umgangssprache anzugeben. In Wien gaben 4747 Personen an, Slowenisch als Umgangssprache zu verwenden. Das war mehr als in Kärnten, was die Ergebnisse unbrauchbar machte. In Kärnten wurde von den slowenischen Verbänden nämlich dazu aufgerufen, die „Minderheitenfeststellung“ zu boykottieren. Auch die Burgenländer Kroaten boykottierten die Volkszählung besonderer Art und nahmen an den Protestaktionen teil (ebd.: 2).

4.7.3. Solidaritätskomitees in anderen Universitätsstädten

Obwohl die Solidaritätskomitees, die sogenannten Solkoms, in Klagenfurt und Wien die eindeutig aktivsten waren, gab es auch in anderen österreichischen Universitätsstädten „Solkoms“. Da Graz neben Wien der zweitbeliebteste Studienort der Kärntner Slowenen war, gab es auch dort einige Aktivitäten seitens der Studentenschaft. Anders als in Wien gab es jedoch in Graz lange keine Organisation slowenischer Studenten. Der Klub slowenischer Studenten in Graz / Klub slovenskih študentov v Gradcu (KSŠG) wurde erst im Jahr 1974 gegründet. Wie alle maßgeblichen Organisationen der Kärntner Slowenen, rief auch der Grazer Studentenklub zum Boykott der Volkszählung 1976 auf (Naš tednik 11. 11. 1976: 2). Allerdings fand die erste diesbezügliche Informationsveranstaltung des Grazer Solidaritätskomitees erst einige Tage vor der Volkszählung, am 4. 11. 1976, statt (Kladio 1976. Nr 6: 4).

Solidaritäts- und Informationsveranstaltungen zur Minderheitenproblematik gab es außerdem in Salzburg, Linz und Innsbruck. Unter den drei genannten Städten war in Salzburg die Aktivität am stärksten. Anders als in den anderen beiden Städten kam es auch schon lange vor

der Volkszählung besonderer Art zu Manifestationen der Solidaritätsbewegung. Nach einer solchen wurde der damalige Mandatar des Zentralausschusses der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) und heutige Rektor der Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz, Reinhard Kannonier, wegen „bewaffneten Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ und „Störung der öffentlichen Ordnung“ angeklagt. Er geriet in Konflikt mit der Polizei, nachdem er eine Veranstaltung des Kärntner Heimatdienstes im Mai 1974 in Salzburg, bei der es zu Tumulten kam, verlassen hatte. Die ÖH protestierte gegen dieses Verfahren. Es sei „in Kärnten kein einziger Deutschnationaler für offensichtlich begangene Rechtsbrüche [Ortstafelsturm. Anm. d. Verf.] zur Verantwortung gezogen“ worden, während „Exponenten der Bewegung gegen die chauvinistische Hetze zu Verbrechern gestempelt“ würden, schrieb der damalige Vorsitzende der ÖH Stefan Kekeiss in einem Protestschreiben an den damaligen Bundesminister für Justiz Christian Broda (Archivquelle: Kekeiss 1975).

Vom 30. 3. bis 2. 4. 1976 war in Salzburg eine Ausstellung über die aktuellen Probleme der Kärntner Slowenen zu sehen (Slovenski vestnik 9. 4. 1976: 2). Vor allem unmittelbar vor der „Volkszählung besonderer Art“ fanden in allen genannten Universitätsstädten Informations- und Solidaritätsveranstaltungen statt, wo u. a. dazu aufgerufen wurde, außerhalb Kärntens bei der Volkszählung Slowenisch als Umgangssprache anzugeben. Am 10. 11. 1976 fanden derartige Veranstaltungen in Linz, organisiert von kommunistischen Jugendorganisationen (Kladivo 1976. Nr 6: 4), und in Innsbruck, organisiert von der KPÖ Tirol und dem dortigen Kommunistischen Studentenverband (KSV), statt (ebd.). Bevor es jedoch in diesen Städten zu einer wirklichen organisatorischen Verankerung eines Solidaritätskomitees kommen konnte, war die umstrittene „Minderheitenfeststellung“ schon durchgeführt worden. So lösten sich die Solidaritätskomitees auf, bevor sie richtig entstanden waren.

4.8. Die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)

Die Kommunistische Partei Österreichs war über viele Jahre hinweg Teil der Solidaritätsbewegung. Sie war die einzige Parteiorganisation der deutschsprachigen Mehrheit, die öffentlich die Anliegen der Kärntner Slowenen unterstützte. Wie bereits weiter oben erwähnt, standen die im Kladivo-Kreis organisierten Studenten der KPÖ nahe und riefen bei Wahlen mehrmals zur Wahl derselben auf, bzw. kandidierten auf ihren Listen. Mirko Messner, derzeit Bundessprecher der KPÖ, war Herausgeber und Autor des Kladivo. Seinen Angaben nach traten zwischen 15 und 20 Personen aus dem Kladivo-Kreis im Laufe der Jahre

der KPÖ bei (Interview mit Messner 2009). Die KPÖ finanzierte auch teilweise die Produktion des Kladio (Busch 1999: 102). Als dieses jedoch begann, auch Artikel in deutscher Sprache zu veröffentlichen, kam es manchmal zu Differenzen mit der Parteileitung. Im von mir geführten Interview sagte Messner dazu, dass mit der Verwendung der deutschen Sprache für die KPÖ „eine Verbindlichkeit der Positionen in der Öffentlichkeit“ (Interview 2009) einherging. Die teilweise recht radikalen Standpunkte der Studenten konnten der KPÖ von politischen Gegnern zum Vorwurf gemacht werden. Zudem bestand ein latenter Konfliktherd zwischen links orientierten Kärntner Slowenen und der KPÖ, der auf die Auseinandersetzung im Kominform zwischen der UdSSR und Jugoslawien im Jahr 1948 zurückgeht. Mehrere slowenische KPÖ-Mitglieder wurden damals wegen ihrer projugoslawischen Haltung aus der KPÖ ausgeschlossen.

Als die Volkszählung besonderer Art in Vorbereitung war, rief die KPÖ Kärnten in einem Postwurf von mehreren tausend Exemplaren zum Boykott auf (Kladio 1976. Nr 6: 4) und schloss sich somit der Forderung der slowenischen Zentralverbände und der Solidaritätskomitees an. Am 23. 10. 1976, drei Wochen vor der Volkszählung, organisierte die KPÖ im Klagenfurter Konzerthaus eine Großveranstaltung mit einem Auftritt des berühmten slowenischen Triestiner Partisanenchores, die vor allem zur Propagierung des Boykotts der Volkszählung dienen sollte (Kladio 1976. Nr 6: 7).

Die Legitimität der Forderungen nach Erfüllung der Minderheitenrechte wurde von der KPÖ mit Verweis auf das demokratische und antifaschistische Erbe Österreichs begründet, wogegen die Gegner in die historische Kontinuität mit den Feinden der Demokratie und der österreichischen Nation gesetzt wurden:

„Die Lösung der Minderheitenfrage im demokratischen Geist, die volle Erfüllung des Artikels 7 aber ist und bleibt eine innerösterreichische Frage. Wird sie im Geist der Deutschnationalen ‚gelöst‘, stellt sie eine Niederlage der Demokratie dar. Wird sie im Geist einer demokratischen Verständigung mit den Minderheiten selbst gelöst, stellt sie einen großen Erfolg aller demokratischen Kräfte in Österreich gegen den ersten ernsten Vorstoß der deutschnationalen Kräfte dar, die in Wirklichkeit nicht nur die demokratischen Rechte der Minderheit, sondern überhaupt Demokratie und Neutralität, ja selbst die Existenz eines unabhängigen Österreich in Frage stellen wollen“ (Kalt 1976: 27 f.).

Laut dem ehemaligen KPÖ-Abgeordneten im Kärntner Landtag, Hans Kalt, wurde auf der Kundgebung des Heimatdienstes am 8. 8. 1976 in St. Kanzian ein Flugblatt mit folgendem Inhalt verteilt, was auf die deutschnationale Orientierung antislowenischer Aktivitäten hinweist:

„1945 wurde die Zweite Republik nach dem Willen der alliierten Sieger und mit Zustimmung einiger österreichischer Politiker wiedererrichtet ... Eine Volksbefragung über die Zugehörigkeit Österreichs zum großen deutschen Muttervolk wurde niemals durchgeführt“ (zit. in Kalt 1976: 7).

Das Eintreten gegen den Deutschnationalismus wurde sowohl von der KPÖ als auch von der teilweise KPÖ-finanzierten slowenischen Studentenzeitschrift *Kladivo* als gemeinsames Interesse der Kärntner Slowenen und österreichischer Patrioten dargestellt:

„Auch das österreichische nationale Bewusstsein hat sich erst im antifaschistischen Kampf entscheidend herausgebildet. Das verbindet es mit dem slowenischen nationalen Bewusstsein in Kärnten. Es verbindet sie auch, dass die schlimmsten Feinde der Kärntner Slowenen gleichzeitig auch die schlimmsten Feinde der österreichischen Nationalität sind – wie damals so auch heute. Deshalb kämpfen wir Kärntner Slowenen auch gemeinsam mit den national bewussten Österreichern für die Demokratie im gemeinsamen Staat“ (*Kladivo* 1976. Nr. 6: 16 [eigene Übersetzung]).

Zu diesem Zeitpunkt war es nichts Ungewöhnliches, sich aus politisch linker Perspektive positiv auf die österreichische Nation zu beziehen, weshalb Österreich-Patriotismus keineswegs als Antithese zur slowenischen Protestbewegung gedacht wurde. Damals war es z. B. vor allem die KPÖ, welche die so genannte Opferthese öffentlich vertrat, während sie von den Großparteien kaum thematisiert wurde, da eine signifikante Größe potentieller SPÖ- und ÖVP-Wähler u. a. aus deutschnationalen Motiven die „Opferthese“ ablehnte. Wie entschieden die KPÖ die heute auch unter Antifaschisten umstrittene „Opferthese“ vertrat, beweist ihr historischer Aufruf an das „Volk von Österreich“ vom 11.-12. März 1938, in dem es hieß:

„Das österreichische Volk ist vergewaltigt worden, aber sein Glauben und seine Zuversicht sind ungebrochen. Der Kampf geht weiter. Durch seine eigene Kraft und durch die Hilfe der Weltfront des Friedens wird ein freies, unabhängiges Österreich wiedererstehen“ (zit. in Baier 2009: 55).

Von der KPÖ wurde positives Österreichbewusstsein als Antithese zum Deutschnationalismus ins Treffen geführt. Der Kampf für die Rechte der Kärntner Slowenen wurde von der KPÖ als Teil des demokratischen Kampfes gegen den Deutschnationalismus betrachtet.

5. Versuch einer Analyse des Zusammenhangs zwischen Ethnizität, Identität und Geschichtsinterpretation als Beitrag zum Verständnis der Solidaritätsbewegung mit den Kärntner Slowenen

An dieser Stelle soll die österreichische Solidaritätsbewegung mit den Kärntner Slowenen bezüglich des für die vorliegende Arbeit zentralen Begriffs „Ethnizität“ untersucht werden.

Warum die gesellschaftlichen Verhältnisse in Kärnten bewirkten, dass sich bei vielen Kärntner Slowenen die Meinung durchsetzte, Angehörige einer unterdrückten Minderheit zu sein, ist hier genauso von Bedeutung wie die Frage, warum sich ein beträchtlicher Teil der Kärntner Bevölkerung gegen Minderheitenrechte mobilisieren ließ. Um diese Fragen beantworten zu können, muss nach den für die Ethnizität entscheidenden Abgrenzungsmechanismen des Verhältnisses zwischen beiden nationalen Gruppen gesucht werden. Ohne die Abgrenzungskriterien zwischen beiden Volksgruppen zu kennen, bleibt das Verständnis für die Problematik erheblich getrübt (vgl. Barth 1969). Um scheinbar naive Fragen wie z. B. „Warum ist es so schwierig, diese zweisprachigen Ortstafeln aufzustellen?“ oder „Warum sind den Kärntner Slowenen diese Ortstafeln überhaupt so wichtig?“ beantworten zu können, muss der historische Kontext ebenso berücksichtigt werden wie das menschliche Bedürfnis nach Identität.

5.1. Historische Abgrenzungsmechanismen: Nazistische Kontinuitäten und historischer Antagonismus

Der Bezug zur Partisanentradition ist ein entscheidender Grenzmarker. Während in Kärnten im Allgemeinen die Sichtweise, die (slowenischen) Partisanen seien Kriegsverbrecher gewesen, vorherrscht, ist der Bezug zur Partisanentradition für viele Kärntner Slowenen besonders identitätsstiftend. Ein oft anzutreffendes Kärntner slowenisches Narrativ ist, dass nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wieder die alten Nazi-Eliten an die Hebel der Macht gelangten. Dem Empfinden vieler ehemaliger slowenischer Widerstandskämpfer und Vertriebener nach stand die britische Besatzungsmacht in Kärnten bald den ehemaligen Nazi-Eliten näher als den noch kurze Zeit zuvor verbündeten ehemaligen Partisanen. Vor allem unterdrückten die Briten alle Bestrebungen und Sympathien für einen Anschluss Südkärntens an Jugoslawien, die bei den Kärntner Slowenen in der unmittelbaren Nachkriegszeit relativ stark ausgeprägt waren. Der ehemalige Partisan und langjähriges Vorstandsmitglied des Kärntner Partisanenverbandes, Lipej Kolenik, von dem der Schriftsteller Peter Handke meint „durch sein Leben und sein Werk hat er meinen Blick auf unsere Kärntner Heimat verändert“ (Handke 2008: 272), erinnert sich folgendermaßen an die britische Besatzungsmacht:

„Aus der einstigen Verbundenheit, [...] entstand bald kühle Unstimmigkeit – und daraus Widerstand, als sie sich mit verdeckten Nazis und Kollaborateuren der Hitler-Armee [...] verbündeten; dabei wurden sie von ihrer antikommunistischen Ideologie geleitet; [...] Hausdurchsuchungen durch die Briten und ihre österreichischen Gendarmen bei vielen ehemaligen Partisanen und OF-Aktivist*innen standen auf der

Tagesordnung. Ziel der FSS-Polizei [FSS – Field Security Service; britischer Militärsicherheitsdienst. Anm. d. Verf.] war es, unseren Widerstand gegen die Politik der Besatzungsmächte zu unterdrücken, die dem Ausdruck unserer Forderung nach einem Zusammenschluss mit dem Muttervolk entgegenwirkten. [...] Abstoßend und überaus verletzend war auch die Tatsache, dass mit dem Opferfürsorgereferat bei der Bezirkshauptmannschaft Völkermarkt der ehemalige SS-Offizier M. beauftragt war. [...] Besonders widerwärtig und schmerzhaft aber war die Tatsache, dass sie [die Briten. Anm. d. Verf.] sich die vorangegangenen Verfolgungen der Nazis zum Vorbild nahmen und sich immer offener mit ebendiesen verbündeten. [...] Es entstanden Schlägerbanden, sogenannte Wurfkommandos, die unsere Veranstaltungen störten und zerschlugen, unsere Leute angriffen“ (Kolenik 2008: 90-104).

Das Geschichtsverständnis der Kärntner Slowenen unterscheidet sich ganz wesentlich von der in Kärnten ansonsten vorherrschenden historischen Interpretation. Bei den Kärntner Slowenen steht die Erinnerung an den Partisanenwiderstand, die Deportation in Konzentrations- und Arbeitslager während des Zweiten Weltkriegs und die nazistischen Kontinuitäten nach dem Krieg im Zentrum. In der vorherrschenden Kärntner Geschichtsbetrachtung sind der Kärntner Abwehrkampf, die darauf folgende Volksabstimmung am 10. Oktober 1920, die von den Partisanen durchgeführten Verhaftungen und Liquidierungen mutmaßlicher Kärntner Nazi-Kollaborateure nach dem Zweiten Weltkrieg⁴⁸ sowie der jugoslawische „Versuch der dritten Landnahme“ zentral. In den Augen der Aktivisten der Solidaritätsbewegung wies diese Kärntner Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur eine deutschnationale oder gar nazistische Kontinuität auf. Ein auslösendes Moment für die ersten Aufschriftenaktionen der in Wien studierenden slowenischen Jugendlichen waren deshalb die Jubiläumsfeierlichkeiten zum fünfzigsten Jahrestag der Kärntner Volksabstimmung (siehe auch Kap. 3.1.), zu welchen die Protestaktionen eine Art Gegengewicht darstellen sollten.

Auch der Bezug zum 10. Oktober ist ein ganz wesentliches Diakritikum. Wer dieses Datum feiert, gilt laut der in Kärnten gebräuchlichen Terminologie als „heimattreu“. Die Slowenen wurden hingegen oft pauschal als Landesfeinde dargestellt: „1920 haben nämlich nicht die

⁴⁸Nach dem Einmarsch am 8. Mai 1945 begannen britische und jugoslawische Armeeeinheiten „systematisch mit Verhaftungen“ (Online: Entner 2007: 1). In der Folge wurden laut Website des Kärntner Heimatdiensts „nach amtlichen Darstellungen mindestens 263 Kärntner Zivilpersonen [...] nach Jugoslawien verschleppt. 91 Verschleppte kehrten nicht wieder nach Kärnten zurück“ (Online: Kärntner Heimatdienst: o. J.). Nach der in Kärnten populären Geschichtsdeutung sind die so genannten Verschleppten zum Großteil unschuldige Opfer der „titokommunistischen Verbrechen“ (ebd.) geworden. Es wurde oft behauptet, viele „Verschleppte“ seien wegen ihrer Tätigkeit als „Abwehrkämpfer“ in den Jahren 1918-1920, und nicht wegen ihrer nazistischen Tätigkeit, von den Partisanen verfolgt worden. Laut Listen, „die von Angehörigen der jugoslawischen Armee unmittelbar vor Kriegsende verfasst wurden, und die als Basis für die Verhaftungen nach Kriegsende dienen sollten“ (Online: Entner 2007: 7), wurde nur in einem Fall auf die Tätigkeit als „Abwehrkämpfer“ Bezug genommen (zit. nach ebd.). Dabei handelt es sich um das in Kärnten relativ bekannte Schicksal des Ehepaars Mory. Als andere Gründe für Verfolgungen werden hingegen genannt: Verhalten gegenüber Fremd- und Zwangsarbeitern, Bereicherung an der Entnationalisierungspolitik der Nazis im okkupierten Slowenien, Beteiligung an der Verfolgung von Kärntner Slowenen sowie Denunziation (zit. nach ebd.).

Slowenen, sondern nur die Windischen für Österreich gestimmt“ (Volkszeitung zit. in Menz / Lalouschek / Dressler 1989: 92). Wenn von Ethnizität in Kärnten gesprochen wird, kommt man recht bald mit dem Begriff „Windisch“ in Berührung. Unter „Windisch“ wird Verschiedenes verstanden, so gibt etwa Bernhard Perchinig in seiner qualitativen Studie zum politischen Bewusstsein von Bewohnern einer zweisprachigen Südkärntner Gemeinde an, dass mehr als die Hälfte seiner Gesprächspartner in „Windisch“ einen „slowenischen Dialekt, der von der ortsansässigen Bevölkerung gesprochen werde“, sehen

„während ‚Slowenisch‘ nur von den Absolventen des slowenischen Gymnasiums bzw. von denjenigen gesprochen werde, die mit den Anliegen der slowenischen Organisationen konform gehen“ (1989: 211).

Allerdings betrachtete nur eine kleine Minderheit seiner Gesprächspartner „Windisch“ als eine eigene Sprache, die mit dem Slowenischen nichts zu tun hätte (ebd.). Der deutschnationale Kärntner Historiker Martin Wutte (1927) begründete nach dem Plebiszit 1920 die so genannte Windischentheorie, welcher zufolge die Kärntner Slowenen in zwei Kategorien zu trennen sind. In heimattreue „Windische“ und in „Nationalslowenen“, die für Jugoslawien gestimmt hätten. Bei Fragebögen zur Volkszählung wurde die Kategorie „Windisch“ zum ersten Mal 1939 von den NS-Behörden eingeführt. Die Haus- und Familiensprache der „Windischen“ war zwar Slowenisch, sie fühlten sich jedoch dem „slowenischen Volkstum“, wie es in der damaligen Terminologie hieß, nicht zugehörig. Aus Sicht der slowenischen Verbände in Kärnten war dies ein Resultat der deutschnationalen Entnationalisierungspolitik, aus Sicht des Kärntner Heimatdiensts gab es hingegen schon immer eine Art windische Ethnie:

„Wenn die Kärntner Windischen auch im Laufe der Jahrhunderte des friedlichen Zusammenlebens mit den deutschen Kärntnern freiwillig viele deutsche Elemente aufgenommen und auch bewahrt haben, so sind sie trotzdem keine ‚nemčurje‘ [nemčurji ist die slowenische Bezeichnung für „deutschtümelnde Assimilanten“. Anm. d. Verf.], sondern eben Windische und vor allem Kärntner von bestem Schrot und Korn! Die Slowenen sollten, so wie es die deutschen Kärntner schon immer gehalten haben, die Kärntner Windischen das bleiben lassen, was sie schon immer waren! Je mehr aber die slowenischen Extremisten die Windischen zu slowenisieren suchen, desto mehr zwingen sie diese zur Anlehnung an ihre deutschen Landsleute“ (Ruf der Heimat. Nr. 20. 1971: 2).

Ein den „Windischen“ zugeschriebenes Merkmal ist die bedingungslose „Heimattreue“ bzw. „Kärntentreue“, was eine Chiffre dafür darstellt, dass ein Teil der slowenischsprachigen Bevölkerung beim Plebiszit 1920 für Österreich stimmte. Genauso wie das projugoslawische Abstimmungsverhalten 1920, wird auch der Partisanenwiderstand tendenziell als „Heimatverrat“ charakterisiert. Deutsch und „Windisch“ stehen in dieser Sichtweise für das

authentische Kärnten, während Slowenisch als nationalistisch motivierter Import aus dem Süden dargestellt wird.

Wie weiter oben bereits besprochen, verweigerten die slowenischen Zentralverbände 1970 eine Teilnahme an den 10.-Oktoberfeierlichkeiten. Um die große Bedeutung des Erinnerns an die Volksabstimmung vom 10. Oktober 1920 hervorzuheben, sei erwähnt, dass alle Kärntner Tageszeitungen, bis auf den kommunistischen „Volkswillen“, zum 50. Jubiläum des Plebiszits eine ca. 80-seitige Sonderbeilage druckten. Der bekannte Kärntner Deutschnationaler Hans Steinacher, der u. a. den „Anschluss“ Österreichs an Hitler-Deutschland als „Großtat des Führers“ (1943: 7) bezeichnete, wurde in der Volkszeitung „der große alte Mann des Abwehrkampfes, der Feuerkopf des militärischen Widerstandes, die Seele, der Motor des 'Kärntner Heimatdienstes'“ (Volkszeitung 13. 10. 1970: 6) genannt. Er trug auch seinen eigenen Artikel zur Sonderbeilage bei. Darin schrieb er:

„Nur eine von Laibach unter Führung von meist landfremden Geistlichen stehende Minderheit hat von den ‚Slowenen‘ Kärntens am 10. 10. 1920 für Jugoslawien gestimmt, die bei den folgenden Wahlen auf ein Minimum zusammenschrumpfte“ (Steinacher 1970: 23).

Dass Steinacher die 41%, welche für die Zugehörigkeit Südkärntens zu Jugoslawien stimmten, als eine fremdgesteuerte Minderheit bezeichnet, ist an sich schon tendenziös. Zu beachten sind aber vor allem auch die Führungszeichen, unter welche er die Slowenen in Kärnten setzt. Für Steinacher gab es in Kärnten nur Deutsche und Windische, weshalb er über Slowenen nur unter Führungszeichen schreibt. Nichtsdestotrotz war Steinacher sogar Minderheitenexperte der ÖVP (Obid / Messner / Leben 2002: 136).

Die bei den 10.-Oktoberfeierlichkeiten mittransportierte und aus den oben angeführten Zitaten sprechende Grenzziehung verläuft nach den Kriterien der Treue und Authentizität: Nur die „Windischen“ hätten demnach für Österreich gestimmt (Volkszeitung zit. in Menz / Lalouschek / Dressler 1989: 92) und seien „Kärntner von bestem Schrot und Korn“ (Ruf der Heimat. Nr. 20. 1971: 2), während die Slowenen, falls man sie überhaupt als solche anerkannte, unter „landfremde[m]“ (Steinacher 1970: 23) Einfluss, Kärnten an Jugoslawien verraten hätten.

Der 10. Oktober und die zweimalige „Verteidigung“ Kärntens gegen die versuchte jugoslawische „Landnahme“ wurde außerdem zelebriert, ohne die Verfolgung und Deportation der Kärntner Slowenen in der Nazizeit zu thematisieren. Die slowenischen Aktivisten der Aufschriftenaktionen wurden als „slowenische Chauvinisten“ (Mitteilung des

Kärntner Heimatdiensts in: Volkszeitung 29. 10. 1970: 6) bezeichnet, während fragwürdige Heldengeschichten von Persönlichkeiten wie Hans Steinacher nacherzählt wurden. Anders gesagt: Die breite Kärntner Gesellschaft, vor allem die diskursbestimmenden Teile der Zivilgesellschaft, fanden keinen Anstoß daran, dass Personen wie Steinacher nach wie vor in der Öffentlichkeit standen⁴⁹. Andererseits reagierte man äußerst empfindlich auf potentielle Eingriffe, die dem Slowenischen mehr Raum in der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen könnten. Unter diesen Bedingungen bildete sich eine antagonistische Geschichtsauffassung heraus, die teilweise bis heute fortbesteht.

5.2. Historisierung I. - Vom „Abwehrkampf“ zum Kampf gegen den „Sprachenzwang“ und das „slowenische Territorium“

Die Ethnizität in Kärnten äußert sich bis heute stark in historischen Bezugnahmen. So war auch in den 1970er Jahren das Verhältnis zwischen beiden Volksgruppen in Kärnten nachhaltig davon geprägt, wie die Geschehnisse zwischen den Weltkriegen, während des Zweiten Weltkriegs und unmittelbar danach interpretiert wurden. Immer wenn für oder gegen einen potentiellen Eingriff auf national-politisch umstrittenem Terrain argumentiert wurde, bediente man sich historischer Bezugnahmen.

Als nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages von Wien 1955 das verpflichtende zweisprachige Schulwesen für alle Schüler im zweisprachigen Gebiet bald ins Kreuzfeuer der Kärntner Öffentlichkeit⁵⁰ geriet, waren derartige Bezugnahmen ein wichtiges Argumentationsmuster. So schrieb die Kleine Zeitung 1958:

„Es handelt sich um eine neue Form des Abwehrkampfes' [gegen den verpflichtenden Slowenischunterricht im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens. Anm. d. Verf.], erklärten uns mehrere Elternvertreter übereinstimmend. ‚Kärnten muß frei und ungeteilt bleiben, es darf auch nicht durch den Sprachenzwang zerrissen werden!‘“ (zit. in Menz / Lalouschek / Dressler 1989: 68).

Den Slowenen wurde vorgeworfen, sie würden durch die „Slowenisierung“ an den Schulen

⁴⁹Wenn ehemalige Nazi-Sympathisanten auch in der Zweiten Republik hohe Posten bekleideten bzw. weiterhin beträchtliches gesellschaftliches Ansehen genossen (Steinacher erhielt beispielsweise das große Ehrenzeichen für seine Verdienste für die Republik Österreich), wurde dies meist mit der Behauptung abgetan, damals hätten ohnehin fast alle mitgemacht. So wurden manchmal selbst hochrangige Karrieren innerhalb nazistischer Strukturen bagatellisiert. Dies ist die Kehrseite der Kollektivschuldthese, welche heute auch viele antifaschistische Gruppierungen vertreten.

⁵⁰Der Begriff „Kärntner Öffentlichkeit“ kann missverstanden werden. Es handelte sich eher um konzentrierte Aktionen von Medien und diversen „Heimatverbänden“ gegen das zweisprachige Schulwesen.

einen weiteren Teilungsversuch Kärntens anstreben. Dieser den Slowenen gegenüber geäußerte Verdacht war noch 1946 vom Kärntner Landesschulrat in einem Bericht an das Unterrichtsministerium wie folgt charakterisiert worden:

„Ein kleiner Teil der Bevölkerung des zweisprachigen Gebietes – er besteht überwiegend aus ehemaligen Nationalsozialisten – versucht auf verschiedene Weise den zweisprachigen Unterricht unmöglich zu machen (Schulstreiks, Unterschriftensammlungen). Wir haben festgestellt, daß in jedem einzelnen Fall ehemalige Nazisten in einflußreichen wirtschaftlichen Stellungen hinter den Aktionen standen. Die Gegner behaupten, daß die Verordnung bezüglich des zweisprachigen Unterrichtes eine Slowenisierung des zweisprachigen Gebietes bedeute“ (zit. in Merkač / Fallend 1983: 96).

Wenn man diesem Bericht Glauben schenkt, wirft dies kein besonders gutes Licht auf die Kärntner Medienlandschaft und Politik, welche sich vermehrt der Drohkulisse einer „Slowenisierung“ durch den zweisprachigen Unterricht bedienten und somit, dem Bericht des Landesschulrates zufolge, das Werk „ehemaliger Nazisten“ (ebd.) verrichteten.

Auch als 1972 das Ortstafelgesetz zur Diskussion stand, wurde mit historischen Bezugnahmen dagegen argumentiert und vor einer „Slowenisierung“ gewarnt, beispielsweise in den „Unterkärntner Nachrichten“:

„Die leidvollen Erfahrungen der Jahre 1918 bis 1920 und 1945 verpflichten Österreich zur Abwehr aller Versuche, Südkärnten fälschlich als ‚Slowenisches Territorium‘ erscheinen zu lassen“ (zit. in Menz / Lalouschek / Dressler 1989: 81).

Daher müsse „der Vortäuschung eines ‚Slowenischen Territoriums‘“ durch zweisprachige Ortstafeln entgegen getreten werden (ebd.). Die historisch begründete Zurückweisung slowenischer Anliegen wurde auch mit pauschal negativen Charakterisierungen der Slowenen kombiniert:

„Die Slowenen [...] sind Meister im Unterwandern und Entnationalisieren anderer und darum sind wir derzeit noch viel weniger geneigt, ihnen ihr Österreichbekenntnis glaubhaft abzunehmen“ (Unterkärntner Nachrichten zit. in ebd.: 81 f.).

Diese Art der Denunzierung von Minderheiten, sie als ein die Gemeinschaft zersetzendes Element darzustellen, wurde den Kärntner Slowenen gegenüber immer wieder angewandt. Meist charakterisierte man sie als fremdes Element, das jugoslawischen Interessen folgte. Die großen Kärntner Tageszeitungen beriefen sich in ihren Berichten und Kommentaren oft auf vermeintliche Befindlichkeiten der Kärntner Bevölkerung, um auf diese Weise den Anschein der Objektivität zu wahren, wenn sie den Slowenen unehrenhafte Motive unterstellten. Ähnlich wie im Beispiel aus der Kleinen Zeitung die Furcht um das „freie und ungeteilte

Kärnten“ (zit. in Menz / Lalouschek / Dressler 1989: 68) anonymen Elternvertretern zugeschrieben wurde, berichtete die Volkszeitung 1972 über die ablehnenden Haltungen gegenüber dem Ortstafelgesetz 1972:

„Die zweimal seit 1918 um die unversehrte Grenze gezittert haben, sehen in jeder optischen Reslowenisierung die Gefahr, daß sie ihnen bei der nächsten Chance, die die Weltpolitik slowenischem Chauvinismus bietet, zum Verhängnis werden kann“ (zit. in ebd.: 87).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass als Hauptargument gegen die Gewährung von Minderheitenrechten in der Zweiten Republik meist der zweimalige jugoslawische Anspruch auf Südkärnten angeführt wurde, welcher in der Interpretationsweise des damaligen politischen und medialen Diskurses in Kärnten jederzeit wieder hätte aktualisiert werden können. Die „Slowenisierung“ und Schaffung eines „slowenischen Territoriums“ war über Jahrzehnte hinweg das stärkste Argument gegen nationale Sonderrechte für die Kärntner Slowenen.

5.3. Historisierung II. - Vom „physischen“ zum „statistischen Genozid“

Kaum wegzudenken ist auch auf slowenischer Seite die Bedienung historischer Analogien und Assonanzen. Als 1972 der „Ortstafelsturm“ stattfand, setzte man die Ereignisse oftmals in den Kontext der Nazi Herrschaft. Die Zeit des „Ortstafelsturms“ wurde z. B. von slowenischer Seite als „brauner Oktober“ bezeichnet (Naš tednik 2. 8. 1973: 5). Wie aus den weiter oben angeführten Zitaten aus internationalen Medien (Kap. 3.5.) ersichtlich, wurden die „Ortstafelstürmer“ teilweise auch außerhalb Österreichs als in Kontinuität mit der Nazi Herrschaft stehend betrachtet. Als die SPÖ ihren Kurs änderte und entgegen allen vorherigen Äußerungen ihrer Spitzenpolitiker, einschließlich des damaligen Bundeskanzlers Bruno Kreisky, ab 1973 eine „geheime qualifizierte Volkszählung“ vorschlug (Kreisky zit. nach Kärntner Tageszeitung 2. 6. 1973: 1), wurde dies von Teilen der Kärntner slowenischen Öffentlichkeit als Konzession an „nationalistische und neonazistische Kräfte“ (Slovenski vestnik 27. 2. 1976: 1) interpretiert. In einer gemeinsamen Resolution des Klubs slowenischer Studenten in Wien und des Kroatischen Akademikerklubs an Bundeskanzler Kreisky zum Jahrestag der Unterzeichnung des Staatsvertrages von Wien, wurde die sofortige Umsetzung des Artikels 7 gefordert, da dieser im „Volksbefreiungskampf“ errungen worden sei. Man werde nicht zuschauen, wie er von „ehemaligen Hitler-Knechten, bürgerlichen Politikern und der SPÖ Spitze“ mit Füßen getreten werde (zit. in Slovenski vestnik 25. 5. 1973: 4). In

Anspielung auf die Deportation der Kärntner Slowenen während des Zweiten Weltkrieges, wurde die „Minderheitenfeststellung“ in der Zeitung Slovenski vestnik als „statistischer Genozid“ bezeichnet und so in eine historische Kontinuität mit dem „physischen Genozid“ durch die Nazis gesetzt (ebd. 27. 2. 1976: 2). Auch die jugoslawische Politik interpretierte den Ortstafelsturm als „Wiederbelebung des Neonazismus“ und bezichtigte die Kärntner Geschichtsschreibung des „Revanchismus“ aufgrund der Charakterisierung der Partisanen als Verbrecher und Heimatverräter (zit. in ebd. 18. 5. 1973: 3).

In der Studentenzeitschrift Kladivo wurde ebenfalls historisch kontextualisiert. Die Argumentationskette führte auch hier zu einer Sichtweise, in welcher zwei politische Traditionen um die Vormachtstellung kämpften.

„Auf der einen Seite stehen die Kräfte der Reaktion, auf der anderen die des Fortschritts und der Demokratie. Deshalb ist es nicht richtig und für unseren demokratischen Kampf äußerst gefährlich, unter dem slowenischen Volk die Parole zu verbreiten, dass wir gegen die ‚deutsche Mehrheit‘ kämpfen würden, wie dies oft im ‚Naš tednik‘ zu lesen ist“ (1973. Nr. 4: 7 [eigene Übersetzung]).

Der Kampf für die Rechte der Kärntner Slowenen wurde in dieser Sichtweise in die lange Tradition der Demokratie- und Arbeiterbewegung eingeordnet, während die Kräfte, die gegen die Slowenen hetzten, „die schlimmsten Feinde“ jeglicher fortschrittlicher und demokratischer Bewegung seien (ebd. [eigene Übersetzung]). In weiten Kreisen der Studentenschaft begriff man sich als Teil einer weltweiten demokratischen und sozialen Bewegung mit historischer Tradition.

Dass das Eintreten für die Rechte der Kärntner Slowenen eine Frage der demokratischen Überzeugung war, betonten vor allem auch die in den Solidaritätskomitees vertretenen deutschsprachigen Akteure, welche dies auch mittels Verweisen auf die Geschichte begründeten. Die Bundes-ÖH kritisierte in einer Resolution, dass die Rechte der slowenischen Minderheit aufgrund des großen Einflusses der Deutschnationalen nicht umgesetzt würden. Die Volkszählung besonderer Art wurde abgelehnt, da sie „das Instrument antidemokratischer Kräfte“ sei.

„Es geht aber nicht an, daß sich das Parlament in seiner Arbeit von rechtsradikalen Umtrieben in Kärnten und Forderungen deutschnationaler Organisationen beeinflussen läßt“ (zit. in: Slovenski vestnik 13. 2. 1976: 2).

Einer der am häufigsten vorgetragenen Kritikpunkte seitens der Solidaritätsbewegung war, die österreichische Politik nehme Rücksicht auf die Befindlichkeiten ehemaliger Nazisten. Der

damalige Landeshauptmann von Kärnten, Leopold Wagner, untermauerte seinen Anspruch auf den „Chefposten“ in der Kärntner SPÖ z. B. folgendermaßen:

„Und ich glaube, daß ich auch in nationalen Kreisen eine gewisse Wertschätzung finde. Ich war zwar kein Napolaschüler, aber immerhin ein hochgradiger Hitler-Junge“ (zit. in: Klub slowenischer Studentinnen und Studenten in Wien 1998: 58).

Eine der Thesen der slowenischen Protestbewegung und der Solidaritätskomitees war, dass die österreichische Politik in der „Slowenenfrage“ den deutschnationalen Kräften nachgebe. Diese Kräfte, die sich durch den nationalen Konflikt in Kärnten wieder Geltung verschafften, wurden als historische Kontinuität betrachtet. Die Schulverordnung aus dem Jahr 1958, als der verpflichtende Slowenischunterricht im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens wieder abgeschafft wurde, sei das erste Beispiel gewesen. Als der „Ortstafelsturm“ 1972 noch in Gang war, fragte man sich bereits im Slovenski vestnik, ob die Regierung – wie bei den Schulstreiks 1958 – über die „Gesetzeswidrigkeit“ der Protestaktionen hinwegsehen werde. „Werden die Machttträger auch diesmal kapitulieren?“ (Slovenski vestnik 6. 10. 1972: 1 [eigene Übersetzung]) Der Vorschlag Kreiskys, eine geheime Volkszählung durchzuführen, wurde dann auch dementsprechend gedeutet.

5.4. Ausgewählte Aspekte der Ethnizität bei den Kärntner Slowenen

Im Folgenden soll erörtert werden, wie ausgewählte Akteure der Solidaritätsbewegung die Situation in Kärnten in Bezug auf Ethnizität wahrnahmen. Ethnizität ist – wie in der vorliegenden Arbeit bereits erläutert – als Resultat eines sich Aufeinanderbeziehens zwischen zwei oder mehreren ethnischen Entitäten zu verstehen (vgl. Barth 1969). Im Wesentlichen wurde das Verhältnis zwischen der deutschsprachigen und der slowenischsprachigen Volksgruppe in Kärnten von den Aktivisten der Solidaritätsbewegung als hierarchisch geprägt betrachtet. Die politisch links orientierte Strömung interpretierte die Geschichte der Slowenen in Kärnten als Geschichte der sozialen und nationalen Unterdrückung. Dieser Auffassung nach wären die Kärntner Slowenen seit Jahrhunderten von deutscher Seite unterdrückt worden – der Bogen würde sich von der Feudalherrschaft bis in die Gegenwart spannen (vgl. Zitat aus Kladio in Kap. 5.7.) – wobei sie dennoch den Willen nach einer selbstständigen nationalen Existenz bewahrt hätten. Die konservative Strömung betonte dagegen den gottgewollten nationalen Zusammenhalt in christlicher bzw. katholischer Gemeinschaft. Der deutschnational geprägte Völkerrechtler Theodor Weiter, der sich auch an kirchlichen Versöhnungsinitiativen

zwischen Slowenen und Deutschsprachigen beteiligte, meinte z. B., Minderheiten seien „nach Gottes Schöpfungsplan dazu berufen, in diese Welt Vielfalt zu tragen“ (1975: 16).

In Kärnten wurden die Slowenen historisch fast immer als sozial unterprivilegiertes Segment der Gesellschaft dargestellt. Interessant ist an dieser Stelle ein Zitat aus einer ethnographischen Schrift des Jahres 1894, in welcher den Slowenen aus dem Kärntner Gailtal Eigenschaften zugeschrieben werden, die allgemein mit der unteren sozialen Schicht in Verbindung stehen:

„Der Gailthaler Slovene ist ein gefälliger, dienstwilliger Charakter, der den Hut tiefer zieht, als er soll; er ist genügsam und arbeitsam, sucht für sich und sein Gespann auch weit von der Heimat Arbeit, übernimmt sie oft gegen zu kleinen Lohn; im Gespräch ist er mittheilend, seinem Sinne nach ohne Hinterhalt; ... in manchen Dingen ist er rechthaberisch, daher oft zu seinem Schaden prozeßsüchtig. Auf Reinlichkeit im Hause hält er weniger als der deutsche Gailthaler“ (zit. in Flaschberger / Reiterer 1980: 86).

Unbestritten ist, dass der Zugang zur bürgerlichen Schicht bis weit in die Gegenwart an das Beherrschen der deutschen Sprache gebunden war (vgl. Reiterer 2002: 65). Es gab zwar ab Mitte des 19. Jahrhunderts eine slowenische Nationalbewegung mit Verankerung in breiten Schichten der Bevölkerung (siehe Taborbewegung in Kap. 2.4.2.5.), jedoch setzte sich bei der Südkärntner Bevölkerungsmehrheit die Meinung durch, wirtschaftlicher Erfolg und sozialer Aufstieg gingen mit der Annahme „deutscher“ Identität einher. Der französische Sozial- und Kulturanthropologe Amselle bezeichnete dieses Phänomen der Instrumentalisierung von Ethnizität im Sinne der Übernahme einer anderen „besseren“ ethnischen Identität im afrikanischen Kontext als „conversions ethniques“ (zit. nach Chevron 2002: 118). Dieses Phänomen war bei den Slowenen in Kärnten nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie u. a. ein Resultat deutschnational geprägter Politik, wonach slowenisches Nationalbewusstsein als Verrat an der Kärntner Heimat ausgelegt und die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs mit Germanisierung verbunden wurde. Ein beträchtlicher Teil der slowenischen Bevölkerung musste davon überzeugt werden, dass sich eine erfolgsversprechende Zukunft nur durch die Übernahme der „höheren deutschen Kultur“ realisieren ließe. Die untergeordnete Stellung der Slowenen wurde sowohl von slowenisch-nationaler als auch von deutschnationaler Seite diagnostiziert, war also Konsens. Während aber die Protagonisten der slowenischen Nationalbewegung dies als Ergebnis politischer Unterdrückung interpretierten, deuteten es Deutschnationale als Ausdruck einer natürlichen Beziehung zwischen den beiden Völkern. Vor allem nach der Revolution im Jahr 1848 und den aufkommenden Nationalbewegungen wurde häufig behauptet, die beiden Kärntner Volksgruppen hätten tausend Jahre friedlich

miteinander gelebt, bis landfremde slowenische Unruhestifter Zwietracht gesät hätten (vgl. Moser 1982: 24 f.). Die vorherrschende Geschichtsbetrachtung in Kärnten setzte die Überlegenheit deutscher Kultur als selbstverständlich voraus, während die Abwehr gegen die Germanisierung als national-slowenischer Import gegen einen natürlichen Prozess dargestellt wurde. Das „begehrliche kampflustige Slowenentum“ hätte seine „Fangarme“ nach Kärnten ausgestreckt und „den Apfel der Zwietracht unter die Volksstämme des schönen Landes“ geworfen (Hofmann von Wellenhof zit. in: Haas / Stuhlpfarrer 1977: 47). Weitgehend wurde das nationale und soziale Aufbegehren der slowenischen Bevölkerung als Kampf gegen die natürliche Ordnung der Dinge dargestellt. Die Geschichte wurde als jahrhundertealte Eintracht dargestellt, als Beispiel sei der bekannte Kärntner Sprachwissenschaftler Eberhard Kranzmayer angeführt:

„Deutsche Städter und Grundherren, deutsche Arbeiter und Bauern bestimmten schon im Hochmittelalter Weltbild und Lebensform der landsässigen Slowenen. In Eintracht und ohne Spur von Mißhelligkeiten lebten beide Völker miteinander, dem Deutschen oblag es, dieser Arbeitsgemeinschaft die letzten Neuerungen und Umwälzungen der großen Welt zu vermitteln“ (zit. in Moser 1982: 26).

Bis in die Gegenwart sind ähnliche Interpretationen in Publikationen diverser „Heimatverbände“ anzutreffen. Neben der problematischen Auslegung bezüglich der Ethnizität, wohnt dieser Deutungsweise auch ein sozial-konservatives Element inne. Vermittelt wird die Vorstellung einer harmonischen „Arbeitsgemeinschaft“ (ebd.), bestehend aus Grundherren, Arbeitern und Bauern. Der Prozess der Germanisierung wurde als ein den Gesetzen der Evolution folgender Vorgang dargestellt, bei welchem sich schlicht die entwickeltere Kultur durchsetzen würde. Der Vorgang der Germanisierung wurde als freiwillige Annahme einer höheren Entwicklungsstufe beschrieben. Wenn sich aber slowenischer Widerstand gegen diese Annahme bemerkbar machte und an der Bildung des slowenischen Nationalbewusstseins gearbeitet wurde, bezeichnete man dies als widernatürliche „Wühlarbeit“ fremder Einflüsse.

Die eben angeführten Zitate deutschnationaler Autoren wurden Texten entnommen, in welchen sich Lehrende der Klagenfurter Universität kritisch mit der aus ihrer Sicht vorherrschenden Geschichtsschreibung in Kärnten auseinandersetzten. Es handelt sich um Publikationen, welche Resultat der Beteiligung von Teilen des Universitätspersonals an der Solidaritätsbewegung sind. Derartige Publikationen waren Ende der 1970er Jahre und Anfang der 1980er Jahre recht zahlreich. Es kann sicher daraus geschlossen werden, dass sich durch die Diskussion über die Minderheitenrechte in Kärnten und die Tätigkeit der

Solidaritätsbewegung bei Teilen der intellektuellen Schichten der deutschsprachigen Mehrheitsbevölkerung ein Bedürfnis entwickelte, die dominante Kärntner Geschichtsbetrachtung im Hinblick auf den Nationalitätenkonflikt zu dekonstruieren. Diese Publikationen thematisieren das, was in der Kultur- und Sozialanthropologie unter dem Konzept „Ethnizität“ zu starken Auseinandersetzungen führte. Meist wurde von diesen Autoren der Nationalitätenkonflikt im Sinne eines allgemeinen Ringens um soziale Rechte gedeutet, bei welchem, historisch betrachtet, dem deutschsprachigen Bürgertum in seinem Kampf um Privilegien die reaktionäre Rolle zukam (vgl. z. B. Haas / Stuhlpfarrer 1977: 39-52). Für den von mir untersuchten Zeitrahmen der 1970er Jahre ist diese Interpretationsweise charakteristisch. Die gesellschaftlichen Bedingungen begannen sich aber vor allem aus zwei Gründen langsam zu verändern. Durch die starke Position Jugoslawiens in den internationalen Beziehungen und durch die Gründung des slowenischen Gymnasiums in Klagenfurt verbesserte sich allmählich die Bildungssituation und das Selbstbewusstsein der Kärntner Slowenen, sodass es schon in den 1980er Jahren kaum mehr zutreffend war, undifferenziert von den Slowenen als unterdrückter Minderheit im umfassenden Sinn zu sprechen. Hinzugefügt muss an dieser Stelle werden, dass sich die soziale Struktur der Kärntner Slowenen auch deshalb veränderte, weil sich beträchtliche Teile bereits assimiliert hatten. Heute hat die jüngere Generation der Kärntner Slowenen ein signifikant höheres durchschnittliches Bildungsniveau als die jüngere Bevölkerungsgruppe der Mehrheit vorzuweisen (Reiterer 1996: 202 ff.). Bei der älteren Bevölkerungsgruppe verhält sich dies umgekehrt (ebd.). M. E. gibt es für diese Entwicklung mehrere Gründe. Einerseits ist es vermutlich darauf zurückzuführen, dass Minderheiten teilweise gezielter als Mehrheiten dazu tendieren, eine eigene Elite heranzubilden, andererseits haben sich große Teile der sozial am schlechtesten gestellten Schichten der Kärntner Slowenen assimiliert, da die Erhaltung der slowenischen Sprache für sie existenzbedrohend hätte sein können⁵¹, was eine typische Problematik in Zusammenhang mit Ethnizität ist. Zudem war die slowenische Herkunft auch ein soziales Stigma. Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auf die Untersuchung Eidheims bei den Lappen Norwegens. Eidheim thematisiert darin Ethnizität als soziales Stigma. Z. B. würden Lappen meist nur Lappisch sprechen, wenn sie sich außer Hörweite von Norwegern befinden, bzw. sprechen sie es sehr leise ([1969] 1998: 49 f.). Dieses Phänomen kann auch bei

⁵¹ Bekannt ist z. B. ein Fall in Bärental, wo alle Kinder vom zweisprachigen Unterricht abgemeldet wurden. Viele dieser Kinder sprachen gar kein Deutsch und konnten dem Unterricht in deutscher Sprache nicht folgen. Der Förster einer dort ansässigen Gutsverwaltung hatte die Abmeldung vom Slowenischunterricht organisiert. Da in dieser Gegend beinahe jeder, entweder als Pächter oder als Forstarbeiter, unter Druck gesetzt werden konnte, hatten alle Eltern ihre Kinder vom Slowenischunterricht abgemeldet (Kalt 1976: 9).

den Slowenen in Kärnten, vor allem bei der älteren Generation, oft beobachtet werden.

Für den von mir untersuchten Zeitrahmen kann also davon ausgegangen werden, dass sich die soziale Stellung der slowenischen Bevölkerung innerhalb weniger Jahre durchaus verbesserte. Dem slowenischen Gymnasium kam dabei eine wichtige Rolle zu. Es ist leicht vorstellbar, dass es in dieser Bildungsinstitution eher möglich war, gemeinsame Interessen zu erkennen und zu formulieren, und dass sich zudem auch ein stärkeres Zusammengehörigkeitsgefühl etablierte. Im Zusammenhang mit dem allgemein höheren Bildungsgrad entstand bei jungen Kärntner Slowenen ein neues Selbstbewusstsein und der Wille, sich aktiv in die Politik einzuschalten. Dies änderte jedoch vorerst wenig daran, dass dem Slowenischen weiterhin ein relativ niedriges Sozialprestige zukam. Erst durch den fehlenden politischen Antagonismus seit dem Zerfall Jugoslawiens ist es in den letzten Jahren zu einer Aufwertung des Slowenischen gekommen. Was früher potenziell staatsfeindlich war, nämlich der Bezug zur slowenischen Identität, ist heute von Vorteil und wird mit wirtschaftlichem Erfolg in Verbindung gebracht.

5.5. Die Minderheitenfrage als Klassenfrage

Als vom linken politischen Lager in den 1970er Jahren der ethnische Konflikt in Kärnten als Ausdruck des Ringens um soziale Rechte bzw. als Klassenkampf gedeutet wurde, dienten theoretische Konzepte der Arbeiterbewegung wie das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und der „Zusammenhang der nationalen mit der sozialen Frage sowie von nationalem Befreiungskampf und Klassenkampf“ als Grundlage (Steingress 1982: 402). Der Soziologe und Aktivist in der Solidaritätsbewegung mit den Kärntner Slowenen, Gerhard Steingress, schreibt z. B., dass der Austromarxismus bzw. einer seiner Hauptvertreter, Otto Bauer, einen wissenschaftlich nicht begründbaren „naive[n] Kosmopolitismus“ und „nationale[n] Revisionismus“ vertreten hätte und leitet daraus ab, dass die österreichische Sozialdemokratie aufgrund dieser theoretisch-ideologischen Schwäche „durchaus im Interesse des deutschnationalen und reaktionären Lagers“ gehandelt hätte (ebd.: 401). Die Stichhaltigkeit dieser These kann an dieser Stelle nicht überprüft werden. Wichtig ist in unserem Zusammenhang, dass die nationale Auseinandersetzung von maßgeblichen Teilen der Solidaritätsbewegung als im sozialen Antagonismus aufgehoben betrachtet wurde. Demnach steht „deutschnational“ und „reaktionär“ für das an Privilegien festhaltende Bürgertum. Weniger als um Toleranz gegenüber einer anderen Kultur geht es in dieser Analyse des

Konflikts um handfeste Interessen. Unter der Bezeichnung „deutschnational“ verbirgt sich in dieser Sichtweise keine Nationalbewegung, sondern ein an imperialistischen Großmachtinteressen und bürgerlichen Klasseninteressen orientiertes politisches Lager, oder, leninistisch gesprochen, die nationale Bourgeoisie einer Unterdrücker-Nation. Die Beurteilung des Charakters einer nationalen Bewegung sollte dabei immer vom „Klassenstandpunkt“ aus getroffen werden. Aus dieser Perspektive müsse z. B. die Frage nach dem Selbstbestimmungsrecht und der

„Zweckmäßigkeit der Lostrennung dieser oder jener Nation [...] in jedem einzelnen Fall vollkommen selbständig vom Standpunkt der Interessen der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung und der Interessen des Klassenkampfes des Proletariats für den Sozialismus gelöst werden“ (Lenin zit. in ebd.: 407).

Diese vom Klassenstandpunkt aus getroffene Beurteilung nationaler Konflikte exemplifiziert, in welcher Weise die Minderheitenfrage in Kärnten von einer starken Strömung innerhalb der Solidaritätsbewegung interpretiert wurde.

Auch für die slowenischen Aktivisten des Kladio war der Konflikt sozial determiniert. Die Kärntner slowenische Linke entwickelte eine scharfe Polemik gegen die in Kärnten herrschenden Sozialdemokraten. Im Kladio hieß es über Hans Sima, von 1965 bis 1974 sozialdemokratischer Landeshauptmann von Kärnten, er rede ständig von der gemeinsamen Heimat Kärnten sowie vom friedlichen Zusammenleben und von Toleranz, womit die unvereinbaren Interessen von Kapital und werktätiger Bevölkerung verdeckt würden (Kladio 1971. Nr. 4: 12). Karikaturen bäuerlich-slowenischer Namen wie „Dobrnikov Tevžej“ und „Skutlnova Jerca“ wurden deutschen Dynastien von Großindustriellen und Adeligen wie Orsini-Rosenberg, Liechtenstein und Thurn gegenübergestellt (ebd.). Ein gemeinsames Interesse an der von der SPÖ propagierten „friedlichen Kärntner Heimat“ wurde bestritten. In diesem Fall wird eine sozial-politisch oppositionelle Haltung in Form ethnischer Kriterien ausgedrückt – die slowenische Bäuerin Skutlnova Jerca gegen den deutsch(sprachig)en Adeligen Orsini-Rosenberg. Barth, dem großen Theoretiker der Ethnizität zufolge, präge eine solche Deutung die Richtung des kulturellen Wandels. Oppositionelle Gruppen tendierten seiner Ansicht nach dazu, strukturell ähnlich zu werden und drückten ihre Unterschiede in Form von ein paar klaren Diakritika aus. Politische Konfrontation tendiere somit dazu, die kulturellen Unterschiede zu reduzieren (Barth [1969] 1998: 35). Die kulturellen Unterschiede zwischen slowenischer und deutscher Bevölkerung in Kärnten waren lange Zeit in der unterschiedlichen sozialen Herkunft determiniert. Etwas verkürzt gesprochen, gab es in

Kärnten eine slowenische Kultur der Bauern und Landarbeiter und eine deutsche Kultur der Grundherren und des städtischen Bürgertums.

Eine nähere Beschreibung des Auflösungsprozesses dieses Verhältnisses kann im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden, jedoch kann sein Einsetzen in den Beginn der industriellen Revolution datiert werden. Der in der vorliegenden Arbeit untersuchte Zeitrahmen ist für Fragen der Ethnizität von entscheidender Bedeutung, da die junge slowenische Generation der 1970er Jahre im Allgemeinen einen signifikanten sozialen Aufstieg erreichen konnte. Dies bedeutet, dass von kulturellen Unterschieden zwischen Kärntner Slowenen und Deutschsprachigen, im Sinne einer unterschiedlichen Lebensweise und unterschiedlicher Wertvorstellungen, heute kaum noch gesprochen werden kann. Barths These von der Angleichung oppositioneller Gruppen trifft in diesem Fall zu. Wie in der vorliegenden Arbeit mehrfach argumentiert, dient vor allem das Geschichtsverständnis als Diakritikum. Dass es hierbei im Laufe der Zeit immer wieder zu anscheinend irrationalen Handlungen auf beiden Seiten kommt, wie z. B. zur Konstruktion von unversöhnlichen historischen Feindbildern, wird erst bei näherem Hinsehen verständlich. So ist z. B. die Feindbildfunktion des Kärntner Heimatdiensts für die Selbstaffirmation der Kärntner Slowenen nicht von geringer Bedeutung. Im Kärntner Heimatdienst wird die diffuse, als feindselig empfundene Mehrheit erst fassbar (Heintel 1982: 324).

5.6. Die Ethnisierung des politischen Antagonismus

Die linke Strömung der Solidaritätsbewegung wies immer wieder auf den Zusammenhang zwischen antislowenischer und antikommunistischer Propaganda hin (Kladivo 1976. Nr. 2: 6). Die Kärntner Slowenen wurden während der Existenz des sozialistischen Jugoslawiens oftmals als „Titokommunisten“ (Ruf der Heimat zit. in Obid / Messner / Leben 2002: 38) oder als „kommunistisch-katholische Einheitsfront“ (Ruf der Heimat zit. in ebd.) bezeichnet. So wurde dem politisch-ideologischen Feind ein ethnisches Gesicht verpasst und umgekehrt dem ethnischen Gegner ein politisch-ideologisches. Das antislowenische Ressentiment in Kärnten war zu dieser Zeit tatsächlich untrennbar mit dem Antikommunismus verbunden. In diesem Zusammenhang hatten konservative Strömungen bei den Kärntner Slowenen und innerhalb der Solidaritätsbewegung manchmal Schwierigkeiten den Konflikt zu analysieren. Das Zusammenspiel minderheitenfeindlicher und antikommunistischer Aktivitäten wurde von kirchlich-konservativen und liberalen Akteuren ideologisch bedingt weitgehend ausgeblendet.

In der vom „Deutsch-slowenischen Koordinationsausschuß des Diözesanrates“ in mehreren Bänden herausgegebenen Broschüre „Das gemeinsame Kärnten. Skupna Koroška“ schrieb Valentin Inzko, der auch in der von der Bundesregierung eingerichteten Studienkommission für Probleme der slowenischen Volksgruppe in Kärnten als kirchlicher Vertreter mitwirkte, z. B. Folgendes:

„Die seitens Jugoslawiens nach 1945 in Kärnten gestarteten politischen Aktionen mit einer gezielten ideologischen Unterwanderung der Volksgruppe hatten nach Jahren intensiver Arbeit die Formierung eines linksorientierten politischen Lagers innerhalb der slowenischen Volksgruppe zur Folge“ (Inzko 1975: 41).

Die vom Koordinationsausschuss des Diözesanrates herausgegebene Broschüre war zum Zweck der Versöhnung und Annäherung zwischen Slowenen und Deutschsprachigen gedacht. Beide Seiten sollten u. a. in selbstkritischer Weise den eigenen Beitrag zum Konflikt reflektieren. Als Kärntner Slowene suchte Inzko die Fehler allerdings ausschließlich auf Seiten der slowenischen Linken sowie Jugoslawiens. Dies entwertet das selbstkritische Vorhaben m. E. erheblich, denn Inzko kann wohl kaum dem linken Spektrum zugeordnet werden. Auch hinsichtlich der umstrittenen historischen Momente kritisiert Inzko nicht das konservativ-klerikale Kärntner slowenische Lager, sondern den Staat Jugoslawien:

„Ursachen des deutsch-slowenischen Gegensatzes müssen aber ebenso auch auf slowenischer Seite gesucht werden. Die nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg erfolgte Besetzung Südkärntens wirkt mit all ihren Begleiterscheinungen nach“ (ebd.: 40).

Inzko bezieht in beiden Fällen eindeutig Stellung für den erst entstehenden österreichischen Staat, obwohl nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie sowie nach dem Untergang des Dritten Reiches der jugoslawische Anspruch auf Südkärnten um nichts weniger legitim war als der österreichische. Inzko impliziert eine Berechtigung der so genannten Kärntner Urangst⁵², welche sich aus antislawischen/antislowenischen Ressentiments und Antikommunismus speiste. Die linke Strömung der Solidaritätsbewegung dekonstruierte – wie oben dargestellt – im Unterschied dazu die „Urangst“ als deutschnational verklärte Geschichtsinterpretation.

⁵²Die „Kärntner Urangst“ bezeichnet die Furcht vor südslawischen Ansprüchen auf Teile Kärntens.

5.7. Ethnizität und die Problematik nationaler und ethnischer Identifikation

Auch eine völlige Reduzierung von kulturellen Unterschieden zwischen ethnischen Gruppen korreliert nicht mit der organisatorischen Relevanz von ethnischer Identität oder mit einer Auflösung von gegenseitigen Abgrenzungen (Barth [1969] 1998: 32). Wie weiter oben bereits dargestellt, sind die kulturellen Unterschiede zwischen Slowenen und Deutschsprachigen in Kärnten kaum bzw. nicht mehr vorhanden, während es bis weit in die Gegenwart „eine hohe Korrelation zwischen der ethnischen Zuordnung und der sozialen Stellung“ (Reiterer 2002: 64) gab. So war z. B. die Bezeichnung „windischer Bauer“ in älteren ethnographischen Schriften über Kärnten eine „stehende Redewendung“ (ebd.). Da sich die kulturellen Unterschiede im Sinne einer unterschiedlichen Lebensweise und unterschiedlicher Wertvorstellungen im letzten Jahrhundert auflösten, muss die Zugehörigkeit zur ethnischen Gemeinschaft an anderen wahrnehmbaren Kriterien festgemacht werden, welche einen hohen emotionalen Wert besitzen. Als ebendiese Kriterien konnten im Zuge meiner Forschung die unterschiedlichen Interpretationen der historischen Ereignisse festgestellt werden. Die Dokumentenanalyse, welche in der Durchsicht von Zeitungen, Zeitschriften, Büchern und anderweitigen Publikationen aus den 1970er Jahren sowie von aktuellen Publikationen bestand, ergab – wie bereits weiter oben ausführlicher dargestellt – dass das historische Geschehen im Kontext des „Kärntner Abwehrkampfes“ und des Zweiten Weltkrieges die vorherrschenden Zuordnungen determiniert. Das heißt aber nicht, dass ein deutschsprachiger Kärntner zum Kärntner Slowenen wird, wenn er den antifaschistischen Kampf positiv bewertet oder die Feierlichkeiten zum 10. Oktober ablehnt. Die slowenische Sprache und die Herkunft sind wesentliche Bestandteile für die Identität als Kärntner Slowene, jedoch auch diese allein sind nicht ausschlaggebend für die Einordnung zur ethnischen Bezugsgruppe. So fühlen sich die „Windischen“ nicht als Kärntner Slowenen und werden von diesen auch nicht als „vollwertige“ Slowenen anerkannt, sondern meist abwertend als „nemčurji“ („deutschtümelnde“ Slowenen) oder „nezavedni“ (national nicht bewusst) bezeichnet. Deutschsprachige Kärntner, welche sich in der Solidaritätsbewegung engagierten, wurden von ihren deutschsprachigen Kollegen und Parteifreunden belächelt. Im Gespräch mit mir meinte der für die SPÖ von 1973-1976 im Gemeinderat von Völkermarkt tätige Udo Manner, dass er innerhalb der eigenen Partei „gehänselt“ wurde, weil er sich für die Kärntner Slowenen einsetzte. Man warf ihm vor, er vertreibe die Wähler (Interview 2009). Fredrik Barth ([1969] 1998) fasste ethnische Zuschreibungen als Kategorien auf, welche Personen in ihrer grundlegenden, allgemeinsten Identität klassifizieren. Ähnlich wie das Geschlecht und die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht, ist auch die ethnische Identität in hohem Maß

vorbestimmt und entzieht sich der freien Entscheidung des Individuums. Barth führt an, dass es sich bei einem Wechsel der ethnischen Identität ähnlich verhalte wie bei Männern, die sich wie Frauen benehmen und deshalb verspottet werden, oder bei Proletariern, die sich vornehm gebärden und deshalb ausgelacht werden (ebd.: 18). Mitglieder ethnischer Gruppen können auf ähnliche Weise agieren, um die Dichotomie und die Differenzen zu erhalten. Dies führe zur Standardisierung der Interaktionen und zum Aufkommen von Abgrenzungen, welche ethnische Diversität generieren und deren Bestehen innerhalb eines größeren, umfassenderen sozialen Systems fördern (ebd.). Dieses für Ethnizität typische Phänomen kommt auch bei den Kärntner Slowenen vor, wenn diese teilweise eine verachtende Haltung gegenüber den „Windischen“ an den Tag legen. Das liegt jedoch nicht bloß an der dadurch beförderten Reproduktion der ethnischen Dichotomie, sondern zumindest zum Teil auch daran, dass „Windische“ in der Tendenz minderheitenfeindlicher als deutschsprachige Kärntner sein können, da sie sich oft durch „überkompensatorische Distanzierung“ von den Slowenen „abheben wollen“ (Flaschberger / Reiterer 1980: 95.). Von einem in diesem Zusammenhang interessanten Vorfall wurde in der Wochenzeitung des Zentralverbandes slowenischer Organisationen (ZSO) *Slovenski vestnik* berichtet: Eine Schülerin des slowenischen Gymnasiums in Klagenfurt wollte ihre Busfahrkarte auf Slowenisch kaufen. Anscheinend hatte sie damit den Busfahrer unangenehm berührt, sodass dieser die Schülerin, obwohl sie ihr Anliegen mehrmals wiederholte, nicht verstehen wollte (2. 10. 1970: 4). Im *Slovenski vestnik* wird ironisch kommentiert, dass der Busfahrer (vom *Slovenski vestnik* namentlich genannt!) auf „Hochdeutsch“, das er „in den Suetschacher Wäldern“ gelernt habe, einen Fahrgast gefragt hätte, was das Mädchen denn wolle (ebd.).⁵³ Aus diesem Beispiel geht 1.) die überkompensatorische Distanzierung des Busfahrers von der Minderheit hervor und 2.) kommt darin die Verachtung der Slowenen gegenüber den „Windischen“ zum Ausdruck. Dies verweist auf den von Barth ([1969] 1998: 18) beschriebenen Mechanismus bei einem Wechsel der ethnischen Identität. Auch in der Studentenzeitschrift *Kladivo* wird dieser Vorfall in einem Nebensatz kommentiert. Dort wird er allerdings als Ausdruck der Teile-und-herrsche-Politik verstanden: „[...] der slowenische Bauer soll sich gegenüber dem deutschen Arbeiter aufspielen, der ‚windische‘ Chauffeur des Postbusses gegenüber der slowenischen Schülerin“ (*Kladivo* 1971. Nr. 2: 10 [eigene Übersetzung]), ansonsten solle das Volk brav arbeiten, dann seien die Profite in Sicherheit und die Gesellschaft in Ordnung (ebd.). Die Aktivisten des *Kladivo* reagierten in diesem Fall nicht auf die für ethnische Gruppen typische

⁵³Der *Slovenski vestnik* legt im Artikel nahe, dass der Busfahrer des Slowenischen sehr wohl mächtig gewesen sei.

Weise, sondern erklärten den nationalen Konflikt aus dem sozialen Gesamtzusammenhang heraus.

5.8. Ethnische/Nationale Differenzierung oder mehrsprachige Gesellschaft?

Trotz der stark sozial orientierten Argumentation des Kladio-Kreises wäre es dennoch falsch anzunehmen, die Kladio-Aktivisten hätten ethnische und nationale Identifikation abgelehnt, sich stattdessen ausschließlich auf soziale Emanzipation orientiert, und das Aufgehen der nationalen und ethnischen Differenzierung in einer mehrsprachigen Gesellschaft angestrebt. Eine Polemik gegen den Obmann der Österreichischen Widerstandsbewegung, Julius Kretschmer, welcher die Kärntner Slowenen als eine Sprachminderheit bezeichnete, beweist, dass keinesfalls davon ausgegangen werden kann, die slowenischen Gründer der Solidaritätskomitees hätten eine Gesellschaft ohne nationale Differenzierung zum Ziel gehabt. „Wir Kärntner Slowenen sind eine nationale, keine Sprachminderheit“ (Kladio 1976. Nr. 6: 15 [eigene Übersetzung]) titelte das Kladio und begründete dies wie folgt:

„National, weil wir uns geschichtlich in enger ökonomischer, sozialer, kultureller und politischer Beziehung zum heutigen Muttervolk [matični narod] entwickelten, weil wir Kärntner Slowenen in unserer Geschichte auch selbst zur Entwicklung des slowenischen Volkes beitrugen, weil uns mit dem zentralen slowenischen Hinterland nicht bloß die aufständischen Handlungen slowenischer Fronbauern gegen die deutsche Feudalherrschaft verbinden ('Windischer Bauernkrieg') sondern auch die große Tat der Kärntner Partisanen, welche in der slowenischen und jugoslawischen Befreiungsfront gegen den Nazismus und die Vernichtung des Volkes kämpften. Hitler wollte mit seinen Plakaten 'Kärntner sprich deutsch!' nicht bloß eine 'Sprachminderheit' ausrotten. Hitler hat uns mit grausamen Handlungen ins Gedächtnis gerufen, dass er das gesamte slowenische Volk ausrotten wollte, dass er vorhatte, es nicht nur 'sprachlich', sondern auch sozial, ökonomisch, kulturell und biologisch zu vernichten. Deshalb ist es kein Wunder, dass sich unser slowenisches Nationalbewusstsein gerade im antifaschistischen Kampf entscheidend herausbildete. [...] Wir werden klar trennen müssen, was unsere österreichische Staatsbürgerschaft und was unsere Zugehörigkeit zum slowenischen Volk ist“ (Kladio 1976. Nr. 6: 15 f. [eigene Übersetzung]).

Die nationale Identifikation war bei den Kärntner Slowenen in den 1970er Jahren noch sehr stark ausgeprägt. Das kollektive nationale Wir-Bewusstsein war für das gesamte politische Spektrum der Slowenen in Kärnten von großer Bedeutung. Im von mir durchgeführten Interview meinte der ehemalige Kladio-Aktivist und derzeitige Bundessprecher der KPÖ Mirko Messner hingegen, dass die Auflösung nationaler Identifikation das Ziel des Kladio-Kreises gewesen sei:

„Unsere gewollte Dialektik war: die Minderheitenfrage muss aufgelöst werden. Es muss die Frage einer Gesellschaft sein, die mehrsprachig ist. In Perspektive betrachtet ist es also keine Frage der Durchsetzung von Minderheitenrechten“ (Interview 2009).

Dieses Zitat ist ein Hinweis darauf, dass sich der Diskurs über Ethnizität und nationale Identifikation in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt hat. Während es in den 1970er Jahren auch im linken politischen Spektrum bei den Kärntner Slowenen vollkommen üblich war, die nationale Identifikation positiv zu besetzen, scheint sich in den letzten zwei Jahrzehnten der Trend durchzusetzen, die Sprachbeherrschung von der Identifikation mit einem ethnischen Kollektiv zu trennen. Auf der Website des Zentralverbandes slowenischer Organisationen (ZSO) fand ich z. B. einen Essay von Bernhard Perchinig, welcher unter Berufung auf Fredrik Barths Konzept der Ethnizität dazu anregt, „die diabolische Verbindung“ von Sprachkompetenz mit Identitätsdiskursen zu trennen und den Fokus auf Mehrsprachigkeit statt auf Ethnizität zu richten (Online: 2009). Auch der Obmann des ZSO Marjan Sturm verwirft den Bezug zur Nation und meint in kosmopolitischer Weise: „Ubi bene, ibi patria“ (2007: 102). Ebenso wird die nationale Identifikation von der traditionell christlich-konservativen Organisation NSKS kaum noch betont. Der Obmann des NSKS Valentin Inzko spricht in seiner Antrittsrede immer von der slowenischen „Volksgruppe“ („narodna skupnost“) (Online 2010), womit nur die aus Kärnten stammenden Slowenen gemeint sind. Die Rede ist in einem sehr optimistischen Ton gehalten und versucht vor allem, die gemeinsamen Interessen der „slowenischen Volksgruppe“, Österreichs und Sloweniens als Partner in der EU hervorzuheben (ebd.). Die Rhetorik der Obmänner des traditionell linken und des traditionell rechten slowenischen Verbandes ist m. E. sehr ähnlich. Beide verwerfen die nationale Identifikation und betonen eine regionale bzw. provinzielle Identität, welche aber gleichzeitig kosmopolitisch ausgerichtet sein soll. Marjan Sturm verweist hinsichtlich Identität einerseits auf die Kärntner „Volkskultur“, insbesondere die Volkslieder, andererseits auf die multikulturelle Herkunft seiner Tochter (2007: 102). Valentin Inzko verbindet die Identität als Kärntner Slowene mit Weltoffenheit, indem er betont, wie erfolgreich Kärntner Slowenen „von hier bis Bangkok“ sind (Online 2010 [eigene Übersetzung]).

Meiner These nach ist dieser kosmopolitische und antinationale Konsens der unterschiedlichen politischen Lager Ausdruck des sozialen Aufstiegs vieler Kärntner Slowenen.⁵⁴ Die diskursbestimmenden Schichten der Gesellschaft sind in Österreich

⁵⁴ Dies bedeutet keinesfalls, dass bei anderen Minderheiten sozialer Aufstieg ebenfalls immer mit Antinationalismus korrelieren muss. Entscheidend für die Orientierung ist der konkrete gesellschaftliche Kontext. Die Katalanen oder Basken haben z. B. eine stärker ausgeprägte autonome Sphäre, sie sind

antinationalistisch oder sogar antinational eingestellt. Daran haben sich m. E. die in die österreichische Gesamtgesellschaft gut integrierten diskursbestimmenden Schichten der Kärntner Slowenen angepasst. Der soziale Aufstieg vieler Kärntner Slowenen ist sehr stark auf die Entwicklung in den 1970er Jahren zurückzuführen. Durch das Bundesgymnasium für Slowenen in Klagenfurt entstand – wie weiter oben dargestellt – allmählich eine breitere Bildungsschicht, aus welcher zu Beginn der 1970er Jahre eine jugendliche Protestbewegung erwuchs, die neben der politischen Aktivität sehr viel im Bereich der Kultur und Bildung leistete.⁵⁵

6. Schlussbetrachtung und Ausblick

In der vorliegenden Arbeit wurde der Rekurs auf die Vergangenheit als stärkster Grenzmarker der Ethnizität in Kärnten identifiziert. Nur aus dieser Perspektive und unter Einbeziehung der identitäts- und sinnstiftenden Funktion von Ethnizität, wird die Emotionalität, mit der die Auseinandersetzung in Kärnten geführt wird, nachvollziehbar. Der Soziologe Albert F. Reiterer spricht von einem menschlich-persönlichen Bedürfnis nach Sinnstiftung, das Übersichtlichkeit und Ordnung schafft (Reiterer 2002: 31). Die Grenzen der kulturellen Zugehörigkeit werden von historisch-sozialer Kontinuität markiert (ebd.). Wenn überhaupt von kulturellen Unterschieden zwischen Kärntner Slowenen und deutschsprachigen Kärntnern gesprochen werden kann, dann werden diese durch die Einordnung der ethnischen/nationalen Gruppe und des Individuums in eine soziale Kontinuität markiert. Eindeutig wahrnehmbare Unterschiede in der Lebensweise sowie bei Wert- und Normvorstellungen sind nicht vorhanden. Die Grenzmarker bestehen aus historischen Schuldzuweisungen und ethisch-

zahlenmäßig in ihrem autochthonen Gebiet deutlich stärker vertreten, ihre Sprache hat für die Bewältigung des Alltages eine viel höhere Bedeutung. Dadurch ist der vom Staat ausgeübte nationale Anpassungsdruck der Elite der Minderheit gegenüber geringer (Dies gilt für den demokratischen Rechtsstaat Spanien, nicht für das ehemalige Franco-Regime).

⁵⁵Es wurden Arbeitskreise zu verschiedenen Schwerpunkten organisiert, Theaterstücke geschrieben und inszeniert, Vereine und Gruppen gegründet, das gesamte Kulturleben der Kärntner Slowenen erlebte einen enormen Aufschwung, quantitativ und qualitativ. Die Kärntner slowenischen Schriftsteller Janko Messner und Florjan Lipuš verfassten das Theaterstück „Ekstremist Matija Gubec“ (Der Extremist Matija Gubec. Matija Gubec war Anführer eines Bauernaufstandes im 16. Jh. Er wurde 1573 in Zagreb öffentlich hingerichtet und gilt als Nationalheld.), das vom Klub slowenischer Studenten in Südkärntner Dörfern als Agitationsstück und Aufforderung zur Teilnahme an Demonstrationen aufgeführt wurde. Es entstand die Musikgruppe „Ansambel Drava“, die sich in ihren Texten stark mit der Situation in Kärnten auseinandersetzte, der Gemischte Chor „Rož“ interpretierte auf seinen Konzerten Lieder unterdrückter Völker.

moralischen Verurteilungen der Anderen und der damit einhergehenden Selbstaffirmation. Die Zugehörigkeit zur Bezugsgruppe wird an Kriterien festgemacht, die einen hohen emotionalen Wert besitzen.

Wie bereits weiter oben problematisiert, lässt sich am Beispiel der Repräsentanten der slowenischen Minderheit derzeit eine bestimmte Entwicklung des Ethnizitätsdiskurses feststellen. Der Trend geht in Richtung einer Trennung von Sprachbeherrschung und nationaler Identifikation. Diese Orientierung gilt mehrheitlich für die Bevölkerungsgruppe der Kärntner Slowenen mit höherer Bildung sowie für ihre Sympathisanten in der deutschsprachigen Mehrheitsbevölkerung. Im für die vorliegende Arbeit relevanten Zeitrahmen der 1970er Jahre war hingegen die Verbundenheit mit dem „Mutternvolk“ bzw. dem „Mutterstaat“ noch zentral. Nun soll eine regional definierte ethnische Identität die nationale Identifikation ersetzen (siehe die in Kap. 5.8. angeführten Zitate von Inzko 2009 und Sturm 2007) oder es soll gar jegliche Verbindung zwischen ethnischer Identität und Sprachbeherrschung getrennt werden (siehe in Kap. 5.8. angeführtes Zitat von Perchinig 2009). Multikulturalität wird affirmiert, ethnische Identifikation abgelehnt (Online: Perchinig 2009). Es stellt sich jedoch die Frage, was von der Multikulturalität übrig bleibt, wenn es keine ethnische Identifikation mehr geben sollte. Oder anders gefragt: Wie kann der Begriff „Multikulturalität“ positiv definiert werden, wenn gleichzeitig die ethnische Identifikation grundsätzlich ablehnt wird?

Die Kärntner Ortstafeldebatte ist indes Beleg dafür, dass es der slowenischen Bevölkerung Kärntens nicht bloß auf eine funktionalistisch interpretierte Sprachkompetenz ankommt. Nicht zufällig rückten die Ortstafeln ins Zentrum der Debatte, denn gerade sie verweisen auf Identität. Orts- und Flurbezeichnungen sind vor allem ein Verweis auf Kontinuität, Tradition und ethnische Herkunft. In Diskussionen über zweisprachige Ortstafeln wird man oft mit dem Argument konfrontiert, dass, wenn in Kärnten zweisprachige Ortstafeln aufgestellt würden, man auch in Wien türkische Straßenschilder anbringen müsste. An diesem Beispiel wird ersichtlich, dass es sich bei der Ortstafeldebatte in erster Linie um einen Herkunfts- und Identitätsdiskurs handelt. Türkische Bezeichnungen für Wiener Bezirke, Plätze etc. sind nämlich nicht vorhanden, da die Türken in Wien keine autochthone Bevölkerungsgruppe darstellen. Es war auch noch nie zu vernehmen, dass ein türkischer Verband ein Anliegen in diese Richtung geäußert hätte. In Südkärnten trägt hingegen fast jeder Bach, Berg, Hügel, Wald und jedes Dorf einen slowenischen Namen. Oft gibt es gar keine deutsche Entsprechung zur slowenischen Bezeichnung oder diese wurde künstlich geschaffen und wird von der

Bevölkerung kaum verwendet wie z. B. Villacher Alpe für Dobratsch/Dobrač.

Symbolische Akte, wie die Anbringung zweisprachiger Ortstafeln, sind zudem deshalb von Bedeutung, da das Slowenische lange als soziales Stigma galt. Die Situation hat sich diesbezüglich zwar enorm verändert – wie bereits weiter oben erläutert ist die jüngere Bevölkerungsgruppe der Kärntner Slowenen durchschnittlich höher gebildet als die der Mehrheitsbevölkerung – nichtsdestotrotz empfinden es wohl aufgrund der langjährigen Stigmatisierung viele Slowenen als besonders wichtig, dass ihre Muttersprache auch symbolisch anerkannt wird. Die höhere Bildung ist wohl auch ein Grund dafür, dass symbolischen Akten eine derart hohe Bedeutung beigemessen wird.

Einer soziologischen Untersuchung im Südosten Kärntens zufolge war vor 30 Jahren die Selbsteinschätzung der deutschsprachigen Kärntner selbstbewusster und positiver als die Selbsteinschätzung der Slowenen (Flaschberger / Reiterer 1980: 87). Der Grund ist darin zu sehen, dass dem Slowenischen lange Zeit ein niedriges Sozialprestige anhaftete. Teile der slowenischsprachigen Bevölkerung empfanden ihre Herkunft als soziales Stigma. Die slowenische Protestbewegung und die österreichweite Solidaritätsbewegung trugen mit Sicherheit einen Teil dazu bei, dass sich dieses negative Selbstbild zum Positiven veränderte. Interessant wäre es, eine Untersuchung über Selbst- und Fremdeinschätzung bei der heute jüngeren Bevölkerungsgruppe Südkärntens durchzuführen. M. E. wäre es durchaus möglich, dass sich dieses Verhältnis bereits umgekehrt hat, junge Kärntner Slowenen also ein positiveres Selbstbild haben als junge Deutschsprachige.

Im Allgemeinen kann gesagt werden, dass der Antagonismus zwischen der slowenischen und der deutschsprachigen Volksgruppe in Kärnten heute weit weniger stark ausgeprägt ist, als dies noch in den 1970er Jahren der Fall war. Zwar sind vor allem die zweisprachigen Ortstafeln nach wie vor ein „Reizthema“, eine Intensität des Konflikts wie in den 1970er Jahren ist jedoch kaum vorstellbar. Heute ist der Gedanke vorherrschend, wonach Österreich und Slowenien als Partner in der Europäischen Union gemeinsame Interessen verfolgen sollten (vgl. Feldner / Sturm 2007: 223-226). Im Jahr 2007 erschien das Buch „Kärnten neu denken“, das in Form eines Dialogs zwischen dem Obmann des Zentralverbandes slowenischer Organisationen und ehemaligen Aufschriftenaktivisten, Marjan Sturm, und dem Obmann des Kärntner Heimatdiensts und Mitinitiator zahlreicher Kampagnen gegen die Erfüllung der Rechte der Kärntner Slowenen, Josef Feldner, verfasst ist. Das Buch sollte beispielgebend für die Versöhnung zwischen Kärntner Slowenen und deutschsprachigen Kärntnern sein. Beide bemühen sich, tradierte und trennende Geschichtsbilder zu hinterfragen

und zu überwinden. Marjan Sturm beteiligte sich in weiterer Folge an einem Gedenken an die „Verschleppten“ (Ruf der Heimat. 2009 Nr. 86.: 8 ff.), wie die Nachkriegsopfer der slowenischen Partisanen genannt werden, und Josef Feldner kann dem Partisanenkampf aus heutiger Sicht etwas Positives abgewinnen, nämlich, dass dieser „gegen den Nationalsozialismus geführt wurde“ (Feldner 2007: 60). Geht man davon aus, dass die Geschichtsinterpretation und Gedenkkultur über das gesamte „kurze Jahrhundert“⁵⁶ der entscheidende Grenzmarker zwischen slowenischer Minderheit und deutschsprachiger Mehrheit in Kärnten gewesen ist, scheint dieser neue Konsens zwischen Sturm und Feldner tatsächlich von großer Bedeutung zu sein. Obwohl die Versöhnung der Obmänner zweier ehemals unversöhnlich scheinender Organisationen bei vielen ihrer Parteigänger Irritationen und Protest hervorrief, vollziehen die beiden aber m. E. nur einen objektiv stattfindenden Prozess innerhalb der politischen Eliten Europas nach. Durch den Zerfall Jugoslawiens und die Mitgliedschaft Österreichs und Sloweniens in der Europäischen Union wurde der Konflikt entschärft. Sturm und Feldner bauen ihre Versöhnung im Wesentlichen auf einem allgemeinen historischen Grundkonsens auf: auf der Ablehnung des Faschismus und des Kommunismus. Deshalb beklagt Sturm im Gespräch mit Feldner, dass der Kärntner Heimatdienst hinsichtlich des Partisanenkampfes vor allem die „Dimension des Kommunismus“ und nicht die „Dimension des Antifaschismus“ wahrnehme (Sturm 2007: 56) und einige Seiten später gesteht Feldner dieses positive antifaschistische Merkmal – wie oben angeführt – dem Partisanenkampf dann auch zu.

Der Antifaschismus war auch eines der zentralen Motive für die Solidaritätsbewegung in den 1970er Jahren. Damals argumentierten vor allem linke Gruppierungen, dass das österreichische und das slowenische Nationalbewusstsein im Kern antifaschistisch seien (siehe in Kap. 4.8. angeführtes Zitat aus Kladio) und dass man gemeinsam mit „antifaschistischen österreichischen Patrioten“ (Kladio 1973 Nr. 4: 7 [eigene Übersetzung]) einen demokratischen Kampf gegen die „reaktionären und chauvinistischen Kräfte“ (ebd. [eigene Übersetzung]) austrage. Wie bereits erörtert, unterschied sich die antifaschistische Kritik an der Kärntner Gesellschaft seitens der Anhänger der traditionell konservativen slowenischen Organisation NSKS von der linken Kritik dadurch, dass erstere manchmal dazu neigten, die Kärntner Mehrheitsbevölkerung kollektiv eines nazistischen Gedankenguts zu zeihen, während letztere die aus ihrer Sicht antislowenischen und demokratiefeindlichen

⁵⁶Mit diesem Begriff bezeichnet der Historiker Eric Hobsbawm (1996) die Epoche zwischen der Oktoberrevolution 1917 und dem Ende des Kommunismus in Osteuropa zu Beginn der 1990er Jahre.

Aktivitäten als Werkzeug „antikommunistischer Propaganda“ (Kladivo 1973 Nr. 4: 6) identifizierten.

In diesem Zusammenhang lohnt sich ein Blick auf den gegenwärtigen Diskurs über die Rolle Österreichs während des Zweiten Weltkriegs. Im Unterschied zu den 1970er Jahren gibt es heute bezüglich des Antifaschismus einen Konsens zwischen der österreichischen politischen Elite und der Mehrheit der antifaschistischen Gruppierungen. Ein wesentliches Element dieses „antifaschistischen Grundkonsenses“ bildet die Ablehnung der so genannten Opferthese:

„Zwar sprach der damalige Bundeskanzler Franz Vranitzky 1991 erstmals von einer Mitschuld Österreichs am Holocaust und machte somit die zur Festigung des österreichischen Opfermythos immer wieder herbeizitierte Moskauer Deklaration unbrauchbar – der Mythos lebt in Österreich dennoch fort“ (Steinthaler 2008: 13).

Das angeführte Zitat beschreibt den vermeintlichen Kurswechsel der politischen Elite. Aus Rücksicht auf deutschnationale Wählerschichten wurde jedoch die „Opferthese“ vom politischen Establishment Österreichs nie übermäßig betont. Auch Jörg Haider bekannte Aussage von Österreich als „ideologische Missgeburt“ (zit. in Online: Die Presse. o. J.) steht im Kontext des Deutschnationalismus. Für Deutschnationale war nicht nur Österreich sondern auch die „Opferthese“ eine „ideologische Missgeburt“, da sie von einer eigenständigen österreichischen Nationalität ausgeht. Haider äußerte in diesem Zusammenhang folgendes:

„Mit der Fiktion, Österreich sei das ‚erste Opfer Hitlers‘ gewesen, schob man die Mitverantwortung ab. Mit der Forcierung des Begriffs der Österreichischen Nation wollte man weniger die Heimatliebe fördern als die kulturellen Bande zu Deutschland durchtrennen“ (zit. in Auinger 2000: 129).

In den gegenwärtigen Debatten über die Rolle Österreichs bei Naziverbrechen wird der Eindruck vermittelt, die „Opferthese“ sei jahrzehntelanger „Common Sense“ gewesen. Waren es vor wenigen Jahrzehnten noch vor allem rechte politische Gruppierungen, welche die „Opferthese“ kategorisch ablehnten, so sind es heute vor allem linke Strömungen, die sie als Mythos bezeichnen. Bei manchen antifaschistischen Gruppierungen hat sich das Interpretationsmuster so weit verschoben, dass Österreich und seine Bevölkerung als Avantgarde des Nazismus erscheinen:

„70 Jahre nach dem ‚Anschluss‘ Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland wird vielerorts noch immer von einer ‚gewaltsamen Okkupation‘ und von Österreich als ‚erstem Opfer‘ des Nationalsozialismus geschwafelt. Dass der März 1938 für viele Menschen kein so negatives Ereignis war, zeigen die Berichte und Bilder von tausenden jubelnden Menschen auf den Straßen in ganz Österreich. Auch in Kärnten/Koroška wurden Hakenkreuzfahnen gehisst und große Reden auf zum

Bersten gefüllten Plätzen geschwungen“ (Online: AK gegen den kärntner [sic!] Konsens 2008).

Das Zitat entstammt einer Broschüre, die von österreichischen antifaschistischen Aktivisten herausgegeben wurde. Die Tätigkeit von Gruppen wie dem AK gegen den kärntner (sic!) Konsens steht in einer gewissen Kontinuität mit der Solidaritätsbewegung in den 1970er Jahren, da sich diese Gruppierung als antifaschistisch und anti-deutschnational begreift sowie auf die Verwendung der slowenischen Sprache Wert legt. Vergleicht man aber die weiter oben dargestellte Interpretation des Antifaschismus durch die Solidaritätsbewegung der 1970er Jahre mit der des AK gegen den kärntner (sic!) Konsens, gibt es kaum Gemeinsamkeiten. Obwohl sich die Herausgeber der zitierten aktuellen antifaschistischen Broschüre in Kontinuität mit der Solidaritätsbewegung sehen, trifft ihr Angriff auf das „Geschwafel“ von „gewaltsamer Okkupation“ eher die ehemaligen Aktivisten der Solidaritätsbewegung als die Verharmloser von Nazi-Verbrechen. Das angeführte Zitat des AK gegen den kärntner (sic!) Konsens könnte sogar mit Nazi-Propaganda verwechselt werden. Das Bild von „tausenden jubelnden Menschen“ und die negative Beurteilung der Sichtweise, wonach Österreich gewaltsam okkupiert wurde, hätte nämlich genauso gut ein NS-Nostalgiker entwerfen können. „Anschluss“ war und ist der in der Öffentlichkeit am häufigsten verwendete Begriff für die Okkupation Österreichs durch Nazi-Deutschland. Das spricht dafür, dass die „Opferthese“ von den politischen Entscheidungsträgern nie allzu stark propagiert wurde. Linke Autoren setzten den Begriff „Anschluss“ hingegen meist unter Anführungszeichen, da sie ihn als verharmlosend empfanden.

Die Problematik der Nazi-Kontinuitäten in Österreich wurde von den antifaschistischen Aktivisten der 1970er Jahre zwar keineswegs verdrängt oder verharmlost, man stellte ihnen jedoch ein demokratisches österreichisches Nationalbewusstsein entgegen. Während in den 1970er Jahren vor allem von linken politischen Akteuren die gemeinsame demokratische und antifaschistische Tradition slowenischer und österreichischer Nationalbewusstseinsbildung betont wurde, zielt die zitierte zeitgeistige Version des Antifaschismus darauf ab, möglichst breite Bevölkerungsschichten Österreichs als Nazi-Sympathisanten darzustellen.

Die angeführten Zitate exemplifiziert, dass eine Diskursverschiebung bei den gegenwärtigen Debatten um die Rolle Österreichs während des Zweiten Weltkriegs stattgefunden hat. Die linke Strömung innerhalb der Solidaritätsbewegung mit den Kärntner Slowenen in den 1970er Jahren entlarvte den Faschismus als Werkzeug zur Unterdrückung, Manipulation und Kontrolle der Bevölkerung. Das angeführte Zitat gegenwärtiger antifaschistischer Aktivisten legt dagegen den umgekehrten Schluss nahe, dass der Faschismus ein Werkzeug der

Bevölkerung gewesen sei.

Es ist aufschlussreich, wie sehr sich bestimmte Paradigmen im Lauf weniger Jahrzehnte verändern oder sogar in ihr Gegenteil verkehren können. In der Studentenzeitschrift *Kladivo* ist in den 1970er Jahren kein einziger Artikel zu finden, in welchem die Österreicher als besonders begeisterte Nazis dargestellt werden. Der Antifaschismus wurde als verbindendes Element zwischen den Kärntner Slowenen und der demokratischen Tradition in Österreich betrachtet. Eine Kritik der so genannten Opferthese wäre im *Kladivo* der 1970er Jahre undenkbar gewesen, da die gesamte Argumentationslinie der jungen linken slowenischen Aktivisten darauf hinauslief, das demokratische Vermächtnis der österreichischen Nationalbewusstseinsbildung zu betonen. Ein Kernelement dieser Argumentation war der Verweis auf Österreich als das erste Opfer von Hitlers Angriffspolitik: „[D]ie schlimmsten Feinde der Kärntner Slowenen“ seien „gleichzeitig auch die schlimmsten Feinde der österreichischen Nationalität [...] – wie damals so auch heute“ (*Kladivo* 1976. Nr. 6: 16). Dies bedeutet allerdings keinesfalls, dass deshalb die Verbrechen vieler Österreicher während des Zweiten Weltkriegs ausgeblendet worden wären. Im Gegenteil: Immer wieder wurde auf nazistische Kontinuitäten der österreichischen politischen Elite hingewiesen. Der Unterschied zwischen dem damaligen Antifaschismus und der angeführten neueren antifaschistischen Interpretation besteht darin, dass man in den 1970er Jahren den Antifaschismus vor allem mit einer Elitenkritik verband, während heute die angeblich begeisterte Mittäterschaft der Bevölkerung ins Zentrum gerückt wird. Auf Fotografien von Demonstrationen der Solidaritätsbewegung mit den Kärntner Slowenen in den 1970er Jahren ist häufig ein Transparent mit der Aufschrift „Ein Volk, das andere unterdrückt, kann selbst nicht frei sein“ zu erkennen. Dieser Lehrsatz von Karl Marx kann als Zusammenfassung der damaligen Interpretation des Antifaschismus gelten und beschreibt die Auffassung von Ethnizität seitens der Aktivisten der Solidaritätsbewegung. Dieser alte Leitsatz der Arbeiterbewegung richtete sich gegen den Imperialismus des 19. Jahrhunderts, betont aber auch den relationalen Charakter der Ethnizität, wie er später von Fredrik Barth (1969) theoretisch begründet wurde.

7. Quellen

Literaturverzeichnis

Anderson, Benedict (1996): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt am Main.

Auinger, Herbert (2000): Haider. Nachrede auf einen bürgerlichen Politiker. Wien.

Baier, Walter (2009): Das kurze Jahrhundert. Kommunismus in Österreich. KPÖ 1918 bis 2008. Wien.

Banks, Marcus (1996): Ethnicity: Anthropological Constructions. London.

Barth, Fredrik (1998): Introduction. In: Fredrik Barth (Hg.): Ethnic Groups and Boundaries. The Social Organization of Culture Difference. Long Grove [1. Aufl. Oslo 1969]. 9-38.

Bourdieu, Pierre (1998): Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Frankfurt am Main.

Busch, Brigitte (1999): Der virtuelle Dorfplatz. Minderheitenmedien, Globalisierung und kulturelle Identität. Klagenfurt.

Chevron, Marie-France (2002): Ethnische Zugehörigkeit, Lebensweise und Umweltverhalten in den Städten von Mali. In: Marie-France Chevron / Christoph Reinprecht / Gaoussou Traoré (Hg.): Umwelt und Urbanität in Westafrika. Beiträge zur Müllverwertung und Abfallproblematik. Frankfurt am Main. 114-127.

Chevron, Marie-France (2006): Die Bedeutung von Bastians Gesellschafts- und Menschheitsgedanke für die heutige Ethnologie. Eine Theorie der Entwicklung und der Begegnung. In: Hermann Mückler / Werner Zips / Manfred Kremser (Hg.): Ethnohistorie. Empirie und Praxis. Wien. 47-63.

Deuer, Wilhelm (1990): Abwehrkampf und Volksabstimmung als geistige Herausforderung. Voraussetzungen, Wege, und Ziele der Propaganda. In: Kärntner Landesarchiv (Hg.): Der 10. Oktober 1920. Kärntens Tag der Selbstbestimmung. Vorgeschichte – Ereignisse – Analysen. Klagenfurt. 61-132.

Eidheim, Harald (1998): When Ethnic Identity is a Social Stigma. In: Fredrik Barth (Hg.): Ethnic Groups and Boundaries. The Social Organization of Culture Difference. Long Grove

[1. Aufl. Oslo 1969]. 39-57.

Eriksen, Thomas Hylland (1993): *Ethnicity & Nationalism. Anthropological Perspectives.* London / Boulder.

Feldner, Josef / Sturm, Marjan (2007): *Kärnten neu denken. Zwei Kontrahenten im Dialog.* Klagenfurt.

Fischer, Gero (1980): *Das Slowenische in Kärnten. Bedingungen der sprachlichen Sozialisation. Eine Studie zur Sprachenpolitik.* Klagenfurt.

Flaschberger, Ludwig / Reiterer Albert F. (1980): *Der tägliche Abwehrkampf. Erscheinungsformen und Strategien der ethnischen Assimilation bei den Kärntner Slowenen.* Wien.

Gatterer, Claus (1973): *Österreich und seine Minderheiten.* In: Österreichischer Arbeiterkammertag und Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hg.): *Arbeit und Wirtschaft.* Nr. 4. Wien. 8-18.

Gellner, Ernest (1999): *Nationalismus. Kultur und Macht.* Berlin.

Gingrich, Andre (1998): *Ethnizität für die Praxis. Drei Bereiche, sieben Thesen und ein Beispiel.* In: Karl R. Wernhart / Werner Zips (Hg.): *Ethnohistorie. Rekonstruktion und Kulturkritik. Eine Einführung.* Wien. 99-111.

Gstettner, Peter (1988): *Zwanghaft Deutsch? Über falschen Abwehrkampf und verkehrten Heimatdienst.* Klagenfurt.

Haas, Hanns / Stuhlpfarrer, Karl (1977): *Österreich und seine Slowenen.* Wien.

Handke, Peter (2008): *Zum Gedenken an Lipej.* In: Lipej Kolenik (u. a.): *Von Neuem. Die Kärntner Slowenen unter der britischen Besatzungsmacht nach 1945. Zeitzeugen, Beiträge und Berichte.* Klagenfurt. 272.

Heckmann, Friedrich (1992): *Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen.* Stuttgart.

Heintel, Peter (1982): *Zur Sozialpsychologie des Mehrheiten- /Minderheitenproblems.* In: „Arbeitsgemeinschaft Volksgruppenfragen“ an der Universität Klagenfurt (Hg.): *Kein einzig Volk von Brüdern. Studien zum Mehrheiten-/Minderheitenproblem am Beispiel Kärntens.*

Wien. 301-328.

Hobsbawm, Eric J. (Hg.). (1984): The Invention of Tradition. Cambridge.

Hobsbawm, Eric J. (1992): Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Frankfurt am Main / New York [1. Aufl. 1991].

Hobsbawm, Eric J. (1996): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München / Wien.

Hroch, Miroslav (1968): Die Vorkämpfer der nationalen Bewegung bei den kleinen Völkern Europas. Eine vergleichende Analyse zur gesellschaftlichen Schichtung der patriotischen Gruppen. Prag.

Inzko, Valentin (1975): Die Situation der österreichischen Slowenen. In: Deutsch-slowenischer Koordinationsausschuß des Diözesanrates (Hg.): Das gemeinsame Kärnten. Skupna Koroška. Bd. 3. Klagenfurt. 27-44.

Inzko, Valentin / Waldstein, Ernst (1975): Vorwort. In: Deutsch-slowenischer Koordinationsausschuß des Diözesanrates (Hg.): Das gemeinsame Kärnten. Skupna Koroška. Bd. 3. Klagenfurt. 5-6.

Jančar, Drago (1970): Kako bi človek ne pisal pamfletov po tem 10. oktobru? In: Slovenski vestnik 4. 12. 1970: 7 [Ersterscheinung in: Naši razgledi 13. 11. 1970].

Jelen, Tone (2007): Auf den Spuren der Hoffnung. Odyssee eines Kärntner Slowenen (1938-1945). Klagenfurt.

Kalt, Hans (1976): Minderheiten in Österreich. Worum geht es eigentlich? Wien.

Kattinig, Franz (Hg.) (1977): Das Volksgruppengesetz. Eine Lösung? Der Standpunkt der Kärntner Slowenen. Klagenfurt.

Klub mladje (Hg.) (1976): Mladje Dokumentation zum TV-Film „Fremde in der Heimat. Ein Bericht über die Situation der Kärntner Slowenen“ von Trautl Brandstaller (ORF 18. Juni 1975). Klagenfurt.

Klub slowenischer Studenten in Wien (Hg.) (1980): Kärnten bleibt deutsch. Zur Tradition und Gegenwart der Feiern zum 10. Oktober. Wien / Klagenfurt.

Kohn, Hans (1946): The Idea of Nationalism. A Study in its Origins and Background. New

York.

Kolenik, Lipej (2008): Wir fanden uns in alten Verhältnissen wieder. In: Lipej Kolenik (u. a.): Von Neuem. Die Kärntner Slowenen unter der britischen Besatzungsmacht nach 1945. Zeitzeugen, Beiträge und Berichte. Klagenfurt. 90-104.

Kronsteiner, Otto (1982): Der Ortstafelstreit und seine soziolinguistischen Hintergründe. In: „Arbeitsgemeinschaft Volksgruppenfragen“ an der Universität Klagenfurt (Hg.): Kein einzig Volk von Brüdern. Studien zum Mehrheiten-/Minderheitenproblem am Beispiel Kärntens. Wien. 54-62.

Langthaler, Wilhelm (2010): Befreiung weltweit. Revolutionäre Subjekte jenseits der Arbeiterklasse. Wege aus dem „Krieg der Kulturen“. Wien.

Langthaler, Wilhelm / Pirker, Werner (2003): Ami go home. Zwölf gute Gründe für einen Antiamerikanismus. Wien.

Losurdo, Domenico (2007): Kampf um die Geschichte. Der historische Revisionismus und seine Mythen – Nolte, Furet und die anderen. Köln.

Mayring, Philipp (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken. Weinheim und Basel [1. Aufl. 1990].

Menz, Florian / Lalouschek, Johanna / Dressler, Wolfgang U. (1989): „Der Kampf geht weiter“. Der publizistische Abwehrkampf in Kärntner Zeitungen seit 1918. Klagenfurt.

Merkač, Franc / Fallend, Karl (1983): „... ich bin mehr Slowene geworden ...!“ Sozialpsychologische Aspekte einer gewaltfreien politischen Aktion slowenischer Jugendlicher in Kärnten. Klagenfurt.

Messner, Mirko (1977): Kako naprej? In: Kladio 1977. Nr. 4: 1-2.

Moser, Manfred (1982): Sprachliche und soziale Identität der Slowenen in Kärnten. In: „Arbeitsgemeinschaft Volksgruppenfragen“ an der Universität Klagenfurt (Hg.): Kein einzig Volk von Brüdern. Studien zum Mehrheiten-/Minderheitenproblem am Beispiel Kärntens. Wien. 16-34.

Obid, Vida (1979): Die slowenische Literatur in Kärnten seit 1945. Klagenfurt.

Obid, Vida / Messner, Mirko / Leben, Andrej (2002): Haiders Exerzierfeld. Kärntens

SlowenInnen in der deutschen Volksgemeinschaft. Wien.

Omelko, Viktor (1974): Die katholische Kirche und die Slovenen in Kärnten. In: Informations- und Pressedienst der österreichischen Widerstandsbewegung. Nr. 1: Kärnten – ein Alarmzeichen. Wien. 37-48.

Pan, Franz (1999): Der Minderheitenschutz im Neuen Europa und seine historische Entwicklung. Wien.

Perchinig, Bernhard (1989): „Wir sind Kärntner und damit hat sich’s ...“ Deutschnationalismus und politische Kultur in Kärnten. Klagenfurt.

Plamenatz, John (1976): Two Types of Nationalism. In: Eugene Kamenka (Hg.): Nationalism. The Nature and Evolution of an Idea. London. 22-36.

Pleterski, Janko (1965): Narodna in politična zavest na Koroškem. Narodna zavest in politična orientacija prebivalstva slovenske Koroške v letih 1848-1914. Ljubljana.

Pleterski, Janko (2004): Souveränität und ethnische Politik. Beiträge zur Geschichte der Slowenen in Österreich 1945-1976. Klagenfurt.

Rehmann, Jan (2009): Transversaler Rassismus und theoretischer Überschuss – eine Einführung in Losurdos Nietzsche-Lektüre. In: Domenico Losurdo: Nietzsche. Der aristokratische Rebell. Intellektuelle Biographie und kritische Bilanz. Band I. Berlin. 1-21.

Reiterer, Albert F. (1986): Doktor und Bauer. Ethnischer Konflikt und sozialer Wandel: Die Sozialstruktur der slowenischen Minderheit in Kärnten. Klagenfurt.

Reiterer, Albert F. (2002): Postmoderne Ethnizität und globale Hegemonie. Frankfurt am Main.

Reiterer, Albert F. / Flaschberger Ludwig (1999): Ethnischer Konflikt und Alltag. Frankfurt am Main.

Saxer, Robert (1977): Der Fall Warasch in den Kärntner Tageszeitungen. Klagenfurt.

Sima, Valentin (1982): Der 10. Oktober 1980 – ein Fest der „Versöhnung“ und der „Begegnung in Kärnten“? Thesen zur offiziellen Politik um die Organisation der Feierlichkeiten zum 60. Jubiläum der Kärntner Volksabstimmung. In: „Arbeitsgemeinschaft Volksgruppenfragen“ an der Universität Klagenfurt (Hg.): Kein einzig Volk von Brüdern.

Studien zum Mehrheiten-/Minderheitenproblem am Beispiel Kärntens. Wien. 259-300.

Steinacher, Hans (1943): Sieg in deutscher Nacht. Ein Buch vom Kärntner Freiheitskampf. Wien.

Steinacher, Hans (1970): Kärntens Fahnen grüßen alle seine Kinder! Die Gemeinschaft der Landsleute beider Sprachen. In: Sonderbeilage der Volkszeitung zum 10. Oktober 1970. Klagenfurt. 23.

Steingress, Gerhard (1982): Die Kärntner Volksabstimmung und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Kritische Anmerkungen zu einem problematischen Faktum. In: „Arbeitsgemeinschaft Volksgruppenfragen“ an der Universität Klagenfurt (Hg.): Kein einzig Volk von Brüdern. Studien zum Mehrheiten-/Minderheitenproblem am Beispiel Kärntens. Wien. 399-435.

Steinthal, Evelyn (2008): Einleitung. In: Evelyn Steinthal (Hg.): Frauen 1938. Verfolgte – Widerständige – Mitläuferinnen. Wien. 10-15.

Sturm Marjan (2007): In: Josef Feldner / Marjan Sturm: Kärnten neu denken. Zwei Kontrahenten im Dialog. Klagenfurt.

Svetina, Tone (1965 – 1987): Ukana I – V. Ljubljana.

Svetina, Tone (1976): Narodnoosvobodilni boj in naša nacionalna zavest. In: Slovenski vestnik 23. 1. 1976: 7.

Tehovnik, Aleksandra (1998): Chronologischer Überblick: Kärnten in den Jahren zwischen 1969 und 1977. In: Klub slowenischer Studentinnen und Studenten in Wien (Hg.): Der Ortstafelkonflikt in Kärnten. Klagenfurt. 9-22.

Trinks, Ulrich (Hg.) (1976): Für die Rechte der Minderheiten. Wien.

Turrini, Peter (1980): Klappentext. In: Janko Messner: Kärntner Heimatbuch. Triest.

Unkart, Ralf / Glantschnig, Gerold / Ogris, Alfred (1984): Zur Lage der Slowenen in Kärnten. Die slowenische Volksgruppe und die Wahlkreiseinteilung 1979 – eine Dokumentation. Klagenfurt.

Valentin, Hellwig (2005): Der Sonderfall. Kärntner Zeitgeschichte 1918-2004. Klagenfurt.

Veiter, Theodor (1975): Die slowenische Volksgruppe in Kärnten – Bemühungen um ihre

Gleichberechtigung. In: Deutsch-slowenischer Koordinationsausschuß des Diözesanrates (Hg.): Das gemeinsame Kärnten. Skupna Koroška. Bd. 3. Klagenfurt. 14-26.

Vospernik, Reginald (1973): Ali smo Avstrijci narod nacistov? In: Naš tednik 2. 8. 1973: 1 & 8.

Wadl, Wilhelm (1990): Die Kärntner Volksabstimmung. Vorbereitung – Ablauf – Ergebnisanalyse – Nachwirkungen. In: Kärntner Landesarchiv (Hg.): Der 10. Oktober 1920. Kärntens Tag der Selbstbestimmung. Vorgeschichte – Ereignisse – Analysen. Klagenfurt. 165-198.

Weichlein, Siegfried (2006): Nationalbewegungen und Nationalismus in Europa. Darmstadt.

Wernhart, Karl R. / Zips, Werner (1998): Einführung in die theoretischen und methodologischen Grundlagen der Ethnohistorie. In: Karl R. Wernhart / Werner Zips: Ethnohistorie. Rekonstruktion und Kulturkritik. Eine Einführung. Wien. 13-40.

Wutte, Martin (1927): Deutsch-Windisch-Slowenisch. Zum 7. Jahrestag der Kärntner Volksabstimmung. Klagenfurt.

Zdovc, Pavel (1993): Slovenska krajevna imena na avstrijskem Koroškem. Die slowenischen Ortsnamen in Kärnten. Wien.

Zwitter, Fran (1979): Die Kärntner Frage. Klagenfurt.

Zwitter, Franc (1970): V novo leto 1970 in v novo desetletje. In: Slovenski vestnik 9. 1. 1970: 1.

Zwitter, Franc (1972): Pred občnim zborom Zveze slovenskih organizacij na Koroškem. In: Slovenski vestnik 12. 5. 1972: 1.

Zeitungen und Zeitschriften

(Hier werden alle Zeitungen und Zeitschriften angeführt, aus welchen im Text mehrfach zitiert wurde.)

Kärntner Tageszeitung

Kladivo

Kleine Zeitung

Mladje

Naš tednik

Ruf der Heimat

Slovenski vestnik

Volkswille

Volkszeitung

Internetquellen

AK gegen den kärntner (sic!) Konsens (Red.). (2008): ... konnten am Morgen des 12. März als erster „Gau“ die vollständige „Machübernahme“ melden Vom „Anschluss“ in Kärnten/Koroška. Online: <http://u-berg.lnxnt.org/materialien/ubergzeitung08.pdf> (Zugriff: 30. 11. 2009).

Die Presse (o. J.): Ideologische Missgeburt. Haider's umstrittenste Sager. Online: http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/421893/index.do?gal=421893&index=2&direct=513883&_vl_backlink=/home/politik/innenpolitik/513883/index.do&popup= (Zugriff: 27. 9. 2010).

Entner, Brigitte (2007): Vergessene Opfer? Die “Verschleppten” vom Mai 1945 im Spiegel historischer Aufarbeitung und regionaler Geschichtspolitik. Online: http://www.uni-klu.ac.at/his/downloads/Beitrag_Entner.pdf (Zugriff: 17. 9. 2010).

Gstettner, Peter (2002): Der Kärntner Ortstafelsturm vor 30 Jahren. Eine sozialpsychologische Analyse der Mikropolitik rund um das Jahr 1972 in Kärnten. Online: http://www.klahrgesellschaft.at/Mitteilungen/Gstettner_4_02.html (Zugriff 26. 9. 2010).

Inzko, Valentin (2010): Nahajamo se v prlomnem času. Online: <http://nsks.at/?p=1257> (Zugriff 22. 9. 2010).

Kärntner Heimatdienst (o. J.): Grenzland Kärnten - Ein kurzer geschichtlicher Überblick. Online: http://www.khd.at/index.php?option=com_content&view=article&id=5&Itemid=2

(Zugriff: 17. 9. 2010).

Perchinig, Bernhard (2009): Ethnizität zwischen Tradition und Moderne. Statement zur Enquete „Reform des Volksgruppenrechts“, Wien, Bundeskanzleramt, 3.12.2009. Online: http://www.slo.at/zso/wissenschaft_sl_more.php?id=1477_0_37_0_M (Zugriff: 16. 3. 2010).

Unkart, Ralf (o. J.): Die Volksabstimmung 1920 und der Kärntner Landtag. Online: http://www.zeitdokument.at/ztdok/b_tx59.html (Zugriff: 13. 4. 2010).

Interviews

Einspieler, Marjeta (2009): Persönliches Interview, geführt vom Verfasser. Klagenfurt, 12. 5. 2009.

Halmer, Maria (2009): Persönliches Interview, geführt vom Verfasser. Wien, 28. 7. 2009.

Manner, Udo (2009): Persönliches Interview, geführt vom Verfasser. Klagenfurt, 14. 5. 2009.

Messner, Mirko (2009): Persönliches Interview, geführt vom Verfasser. Klagenfurt, 14. 7. 2009.

Warasch, Filip (2009): Persönliches Interview, geführt vom Verfasser. Klagenfurt, 14. 5. 2009.

Weitere Quellen

Archiv des Klubs slowenischer StudentInnen in Wien: Kekeiss, Stefan (1975): Protestschreiben vom 22. 2. 1975 an den Bundesminister für Justiz Christian Broda. Wien.

Archiv des Klubs slowenischer StudentInnen in Wien: Gemeinsames schreiben des Klubs slowenischer Studenten in Wien, des Bundes Kärntner Studenten, des Kommunistischen Studentenverbandes und des Verbandes sozialistischer Studenten Österreichs vom 14. 11. 1974 bzw. 19. 3. 1975 an diverse Organisationen zum Zwecke der Gründung eines Solidaritätskomitees mit den Kärntner Slowenen in Wien. Wien.

8. Anhang

Zusammenfassung

Gegenstand der vorliegenden Arbeit ist die Kärntner slowenische Protestbewegung und die österreichweite Solidaritätsbewegung mit den Kärntner Slowenen, die sich Anfang der 1970er Jahre zu bilden begann. Im ersten Abschnitt der Arbeit werden die Begriffe und Phänomene Ethnizität, Nation(alismus) und Minderheit historisch und theoretisch diskutiert. Die bewusste Auseinandersetzung mit dem Phänomen Ethnizität geht ganz wesentlich auf Fredrik Barths Einleitung zum Sammelband „Ethnic Groups and Boundaries“ (1969) zurück. Seinem Konzept zufolge ist Ethnizität keine kulturelle Essenz einer sozialen Einheit, sondern Resultat eines sich Aufeinanderbeziehens zweier oder mehrerer ethnischer Entitäten. In Debatten über Ethnizität, Nation(alismus) und Minderheit kam es im politischen und akademischen Diskurs in den letzten Jahrzehnten teilweise zu starken Auseinandersetzungen. Die unterschiedlichen Standpunkte werden dargestellt und analysiert. Strömungen, die Nationalität und ethnische Identität als bloße Konstruktionen darstellen, wird entgegengehalten, dass aufgrund der kulturellen Prägung der Menschen genau genommen alle sozialen Phänomene Konstrukte sind. Daran anknüpfend wird die Frage gestellt, warum trotzdem gerade ethnischen und nationalen Kollektiven das Faktum ihrer Konstruiertheit zum Vorwurf gemacht wird. Um einer rein geistesgeschichtlich verhafteten Ideologiekritik vorzubeugen, werden die Phänomene Nationalismus und Ethnizität historisch beleuchtet und somit in eine konkrete soziale Realität eingebettet. Der zweite Abschnitt der vorliegenden Arbeit stellt die sich in den 1970er Jahren bildende slowenische Protest- und die österreichweite Solidaritätsbewegung in Form einer Monographie dar. Im ersten Schritt werden die historischen Schlüsselmomente dargestellt, die dazu beigetragen hatten, dass die Solidaritätsbewegung entstanden war. Im zweiten Schritt folgt die Charakterisierung der wichtigsten Strukturen und Akteure der Bewegung. Im Zuge dessen wird veranschaulicht, aus welchen gesellschaftlichen Strömungen und Schichten sich die Bewegung zusammensetzte und welchen Wirkungsgrad sie entfalten konnte. Im dritten Abschnitt werden die anthropologischen Schlüsselkonzepte Ethnizität und Identität mit der Protest- und Solidaritätsbewegung in Verbindung gesetzt sowie die gesellschaftlichen Verhältnisse verdeutlicht, die dazu geführt hatten, dass sich die Kärntner Slowenen als eine benachteiligte Minderheit fühlten. Danach wird die Funktion der gegensätzlichen Geschichtsinterpretation als entscheidender Grenzmarker der Ethnizität in Kärnten aufgezeigt, worauf neuere Konzepte von Identität mit denen der Solidaritätsbewegung der 1970er Jahre kontrastiert werden.

Abstract

The topic of this thesis is the Carinthian Slovene protest movement and the solidarity movement with the Carinthian Slovenes which emerged throughout Austria in the early 1970s. The first part of the thesis provides a historical and theoretical discussion of the concepts of ethnicity, nation(alism) and minority. The conscious investigation of the phenomenon of ethnicity is strongly connected to Fredrik Barth's introduction of the book "Ethnic Groups and Boundaries" (1969). In his view, ethnicity is regarded not as the cultural essence of one single social entity, but rather as a result of interaction between two or more ethnic groups. In the last few decades, the debates about ethnicity, nation(alism) and minority lead to several intense disputes in political and academic discourse. The different positions of these disputes are presented and analyzed. Positions according to which nationality and ethnic identity are seen as mere constructions are confronted with the thesis that due to the fact that all human beings have a certain cultural backgrounds actually all social phenomena can be regarded as constructs. In the following, the question is raised why ethnic and national collectives are criticized for the fact of being constructed in particular. In order to prevent a criticism of ideology that is merely related to the history of ideas ("Geistesgeschichte"), the phenomena of nationalism and ethnicity are discussed from a historical point of view and can thus be embedded within a concrete social reality. The second part of the thesis aims at describing the Slovene protest movement and the Austrian solidarity movement which started to develop in the 1970s. First of all, the historical key moments that lead to the formation of the solidarity movement, are described. Secondly, the main structures and protagonists of the movement, its social and political structure as well as its impact on society are characterized. In the third part of the thesis, the anthropological key concepts ethnicity and identity are put in connection with the protest- and solidarity movement. In order to do so, the social circumstances which lead to the fact that the Carinthian Slovenes considered themselves a disadvantaged minority, need to be illustrated. Hereafter, the role of opposed interpretations of history as one of the crucial indicators of ethnicity in Carinthia is discussed. Finally, the focus is laid on a contrastive analysis of new conceptions of identity and the ones of the solidarity movement in the 1970s.

Povzetek

Predmet raziskave je protestno gibanje koroških Slovencev in vseavstrijsko solidarnostno gibanje s slovensko manjšino, ki se je začelo razvijati na začetku 1970-ih let. Prvi del naloge skuša opredeliti pojme in fenomene etničnosti, nacija, nacionalizem in manjšina zgodovinsko in teoretsko. Zavestno ukvarjanje s fenomenom etničnosti se bistveno naslanja na Fredrik Barthov uvod v zborniku „Ethnic Groups and Boundaries“ (1969). Po njegovem konceptu etničnost ni kulturno bistvo neke socialne skupine, temveč rezultat dveh ali več etničnih entitet v stiku. V razpravah o etničnosti, naciji, nacionalizmu in manjšini je prišlo v političnem in akademskem diskurzu v zadnjih desetletjih do precej različnih gledanj, ki sem jih v raziskavi prikazal in analiziral. Strujam, ki pojmujejo narodnost in etnično identiteto zgolj kot konstrukta, skušam ugovarjati, saj so zaradi kulturnega značaja človeka pravzaprav vsi socialni fenomeni konstrukti. S tem v zvezi se pojavi vprašanje, zakaj prav etnične in narodne kolektive opozarjajo na dejstvo njihove konstruiranosti. Da se ne bi ukvarjal le z duhovnozgodovinsko omejeno kritiko ideologije, sem osvetlil fenomena nacionalizem in etničnost zgodovinsko in ju s tem vključil v konkretno socialno realnost. Drugi del naloge monografsko prikazuje slovensko protestno in vseavstrijsko solidarnostno gibanje, ki se je oblikovalo v 70-ih letih. Najprej so prikazani zgodovinsko ključni momenti, ki so prispevali k temu, da se je solidarnostno gibanje porodilo. Nato sledi karakterizacija najvažnejših struktur in akterjev gibanja in ponazoritev družbenih tokov in slojev, iz katerih se je gibanje sestavljalo, ter stopnje njegovega družbenega učinka. V tretjem delu povezujem ključna antropološka koncepta, etničnost in identiteto, s protestnim in solidarnostnim gibanjem. Predmet prikaza so pravitako družbeni odnosi, ki so privedli do tega, da so se koroški Slovenci kot manjšina počutili zapostavljene. Nasprotstvo pri interpretaciji zgodovine se izkaže kot odločilna ločnica etničnosti na Koroškem. Na koncu sledi še primerjava novejših konceptov o identiteti s koncepti solidarnostnega gibanja 1970-ih let.

Lebenslauf

Milan Obid

Persönliche Daten

Geboren am 01. 09. 1981 in Klagenfurt

Ausbildung

2001 – 2010	Diplomstudium der Kultur- und Sozialanthropologie sowie der Slowenistik an der Universität Wien
1992 – 2000	Besuch des BG/BRG für Slowenen in Klagenfurt

Auslandsaufenthalte

2007	Dreiwöchiges Sommerkolleg in Nižnij Novgorod, Russland
2005 – 2006	Zwei Auslandssemester an der philosophischen Fakultät der Universität Ljubljana, Slowenien

Berufstätigkeit

2010	Gemeinsam mit Julija Schellander Autor des Buches „Wiener Impressionen. Auf den Spuren slowenischer Geschichte in Wien. Dunajske impresije. Po sledovih slovenske zgodovine na Dunaju“ für den Verband Wiener Volksbildung – Edition Volkshochschule
2008	Geringfügige Anstellung bei der „Promedia Verlagsges.m.b.H.“
2007	Redaktionspraktikum bei der slowenischen Wochenzeitung „Novice“ in Klagenfurt

2003/2004	Ferialpraktikum am slowenischen wissenschaftlichen Institut in Klagenfurt (SZI)
2001	Anstellung in der Redaktion bei Radio Agora in Klagenfurt
2000	Mitarbeit im interkulturellen Zentrum in Klagenfurt (IKUC)
1998/1999	Freie Mitarbeit mit monatlicher Sendung bei Radio Korotan in Klagenfurt
Sonstiges	
2007 – 2009	Vorsitzender des Klubs slowenischer StudentInnen in Wien
2003 – 2005	Vorsitzender der Studienrichtungsvertretung Slawistik an der Universität Wien